

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Staatssekretariat für Migration
Quellenweg 6
3003 Bern

25. Januar 2017

Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs); Plangenehmigungsverfahren, Teilinkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes (AsylG) vom 25. September 2015; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 3. September 2014 verabschiedete der Bundesrat die Botschaft zur Änderung des Asylgesetzes ("Beschleunigung der Asylverfahren"). Diese sieht vor, dass zukünftig die Mehrheit der Asylverfahren rasch in den Zentren des Bundes rechtskräftig abgeschlossen wird. Der Erlass zur Beschleunigung der Asylverfahren wurde am 25. September 2015 vom Parlament verabschiedet und im Jahr 2016 an der Volksabstimmung von den Stimmberechtigten sowie von allen Kantonen angenommen. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) hat die Umsetzung in drei Gesetzespakete aufgeteilt.

Das erste Paket wurde am 1. Oktober 2016 durch den Bundesrat in Kraft gesetzt. Es handelt sich hierbei um Bestimmungen, die ohne Ausführungsbestimmungen auf Verordnungsstufe umgesetzt werden können. Es wurden Massnahmen zur Verbesserung des Wegweisungsvollzugs eingeführt und die Zuständigkeiten von Bund und Kantonen in bestimmten Bereichen neu geregelt.

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2016 wurde der Kanton Aargau eingeladen, bis zum 26. Januar 2017 zu den Ausführungsbestimmungen des zweiten Pakets Stellung zu nehmen. Dieses beinhaltet:

- Bestimmungen zum Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich,
- Bestimmungen zur Gleichbehandlung von staatenlosen Personen und Flüchtlingen in Bezug auf die vom Bund ausgerichteten Beiträge und Bestimmungen zur Vergütung der Kosten für Flüchtlingsgruppen durch den Bund,
- sowie Bestimmungen zur Aufbewahrung und Löschung medizinischer Daten von ausländischen Personen im Rahmen des Vollzugs der Weg- und Ausweisung.

Das zweite Paket tritt voraussichtlich Mitte 2017 in Kraft.

Das dritte und letzte Paket betrifft alle übrigen Bestimmungen zur Beschleunigung des Asylverfahrens (Rechtschutzbestimmungen, Verfahrensbestimmungen) und dürfte im Jahr 2019 in Kraft treten.

1. Neue Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich (VPGA)

1.1 Allgemeine Bemerkungen

Bauten und Anlagen, die dem Bund zur Unterbringung von Asylsuchenden oder zur Durchführung von Asylverfahren dienen, sollen neu mit einer Plangenehmigung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) errichtet oder umgebaut werden. Der Entwurf der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich legt insbesondere fest, wie Private, Gemeinden und Kantone angehört werden.

1.2 Zu einzelnen Artikeln der VPGA

Art. 2 Abs. 3

Mit Art. 2 Abs. 3 wird eine Einschränkung der Berücksichtigung des kantonalen Rechts vorgenommen. Diese Einschränkung deckt sich aber nicht mit der Garantie des kantonalen Rechts gemäss Art. 95a Abs. 3 Satz 2 Asylgesetz (AsylG) in der Fassung gemäss Änderung vom 25. September 2015:

"Das kantonale Recht ist im Rahmen des Plangenehmigungsverfahrens und der Interessenabwägung zu berücksichtigen."

Danach ist das kantonale Recht im Rahmen des Plangenehmigungsverfahrens und der Interessenabwägung uneingeschränkt zu berücksichtigen. Ein Recht des Bundesrats, die Geltung des kantonalen Rechts einzuschränken, kann dem Asylgesetz nicht entnommen werden. Die Bestimmung sollte daher gestrichen werden.

Art. 5 Abs. 1

Gemäss Art. 5 Abs. 1 reicht das Staatssekretariat für Migration (SEM) dem EJPD ein Vorprüfungsgesuch ein. In diesem Gesuch müssen die Auswirkungen des Vorhabens auf Raum, Umwelt und Dritte aufgezeigt werden können. Die Beantwortung dieser spezifischen Fragen ist jedoch nur unter Einbezug des betroffenen Kantons sinnvoll. Der Einleitungssatz von Abs.1 ist demnach wie folgt zu ergänzen:

"¹ Das SEM erarbeitet unter Einbezug des betroffenen Kantons das Vorprüfungsgesuch und reicht es dem EJPD ein. Es umfasst insbesondere: (...)."

Art. 7 Abs. 2

Art. 7 Abs. 2 beschreibt wie die Profilierung erfolgen muss. Hier ist festzustellen, dass der Bund Vorgaben in einem Bereich macht, in dem er nicht zuständig ist. Die Gesetzgebungskompetenz liegt bei den Kantonen. Die Bestimmung sollte daher gestrichen werden.

Art. 7 Abs. 4

Art. 7 Abs. 4 sieht vor, dass das SEM die beteiligten Gemeinden spätestens sieben Tage im Voraus über die Aussteckung und Profilierung informiert. Um sicherzustellen, dass auch der involvierte Kanton rechtzeitig darüber informiert ist, muss auch dieser durch das SEM in Kenntnis gesetzt werden. Abs. 4 ist demnach wie folgt zu ergänzen:

"⁴ Das SEM informiert den betroffenen Kanton und die betroffene Gemeinde spätestens sieben Tage im Voraus über die Aussteckung und Profilierung."

Art. 10 Abs. 2

Um von der Durchführung eines Mitwirkungsverfahrens abzusehen, hat das SEM nachzuweisen, dass die betroffene Bevölkerung schon früher in geeigneter Weise mitwirken konnte. Die Begriffe "früher" und "in geeigneter Weise" sind nicht klar definiert und können daher zu Umsetzungsproblemen führen. Die Bestimmung sollte daher präziser formuliert oder ganz gestrichen werden.

Art. 11–13

Aufgrund des erläuternden Berichts ist davon auszugehen, dass nach den Vorstellungen des Bundes die betroffenen Gemeinden und der Kanton neben ihren Stellungnahmen gemäss der Art. 12 Abs. 1 und 13 Abs. 1 auch noch separat Einsprache erheben müssen, wollen sie ihre Beschwerderechte nicht verlieren (vgl. Erläuternder Bericht zu Art. 11). Dies wird als unnötiger administrativer Aufwand erachtet. Aus diesem Grund sollten die Stellungnahmen gemäss Art. 12 Abs. 1 und 13 Abs. 1 von Rechts wegen als Einsprachen gelten, sofern sie sich negativ zum aufgelegten Gesuch äussern und entsprechend einen begründeten Antrag stellen.

Art. 12 Abs. 1

Es sollte den Gemeinden eine Frist gesetzt werden, bis wann sie dem Kanton ihre Stellungnahmen übermitteln müssen. Der Kanton braucht genügend Zeit, um seine Stellungnahme gemäss Art. 13 Abs. 2 fristgerecht einzureichen.

Art. 15 Abs. 1

In Art. 15 Abs. 1 wird darauf hingewiesen, dass ein Bereinigungsverfahren gemäss Art. 62b des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG; SR 172.010) vorgesehen ist. Bei diesem Bereinigungsverfahren werden jedoch nur die Fachbehörden des Bundes berücksichtigt. Um sicherzustellen, dass das Verfahren zügig vorangetrieben werden kann, muss auch der Kanton zum Bereinigungsverfahren eingeladen werden. Nur so kann die reibungslose Zusammenarbeit zwischen EJPD und dem beteiligten Kanton gewährleistet werden. Es ist demnach folgende Ergänzung vorzunehmen:

„^{1bis} Das EJPD lädt auch den betroffenen Kanton zum Bereinigungsverfahren nach Art. 62b RVOG ein“.

2. Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (Asylverordnung 2, AsylV 2)

2.1 Allgemeine Bemerkungen

Die vorgeschlagenen Änderungen in der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (Asylverordnung 2, AsylV 2; Art. 24, 24a, 26, 27a) sollen einerseits eine Gleichbehandlung von staatenlosen Personen und Flüchtlingen auch in Bezug auf die vom Bund bezahlten Beiträge gewährleisten und andererseits soll das Finanzierungssystem für Resettlement-Flüchtlinge angepasst werden.

2.2 Zu einzelnen Artikeln der AsylV 2

Art. 24 Abs. 1 lit. c

Keine Bemerkungen.

Art. 24a, 26 Abs. 1, 27a

Der Bund leistet heute Kostenersatz für anerkannte Flüchtlinge (Ausländerausweis B) während längstens fünf Jahren ab Einreichung des Asylgesuchs (Art. 88 Abs. 3 AsylG i.V.m. Art. 24 Abs. 1 lit. a AsylV 2), sofern der anerkannte Flüchtling nicht erwerbstätig ist. Ebenso erstattet der Bund für gewisse Resettlement-Flüchtlinge die Globalpauschale länger als fünf Jahre, wenn diese bereits bei ihrer Einreise behindert, betagt oder krank gewesen sind oder als unbegleitete Minderjährige in die Schweiz gereist sind.

In Art. 24a AsylV 2 wird die Dauer der Kostenerstattungspflicht gemäss Art. 88 Abs. 3^{bis} nAsylG konkretisiert. Es ist neu ein System vorgesehen, wonach die Globalpauschale für alle Resettlement-Flüchtlinge während sieben Jahren seit der Einreise auch bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ausgerichtet wird. Der begünstigte Personenkreis wird aber nach fünf Jahren gemäss Art. 88 Abs. 3^{bis}

nAsylG eingeschränkt: die zusätzlichen Beiträge dienen somit zur Deckung von Kosten für unbegleitete Minderjährige, Betagte und Personen mit schweren körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen (wie heute gemäss Art. 24 Abs. 4 AsylV2), die nach fünf Jahren Aufenthalt in der Schweiz noch nicht wirtschaftlich selbstständig sind oder keine Ansprüche auf Sozialversicherungsleistungen haben, die den Lebensbedarf zu decken vermögen.

Mit der Nichtberücksichtigung der Erwerbsquote bei der Berechnung der Pauschale (neuer Art. 27a) soll für die Kantone ein finanzieller Anreiz geschaffen werden. Es sollen möglichst viele Personen so rasch als möglich in den Arbeitsmarkt integriert werden. Die Kantone können so finanzielle Reserven für diejenigen Personengruppen innerhalb der Resettlement-Flüchtlinge bilden, die länger als fünf Jahre entschädigt werden.

Selbst das SEM geht davon aus, dass rund 25 % der Resettlement-Flüchtlinge mit grösster Wahrscheinlichkeit dauerhaft oder während langer Zeit sozialhilfeabhängig sein werden und somit die Kosten von Kanton und Gemeinden zu tragen sind. Da entsprechende Erfahrungswerte fehlen, sind diese Zahlen ungesichert. Es kann also durchaus sein, dass ein grösserer Teil der Resettlement-Flüchtlinge die wirtschaftliche Selbstständigkeit nicht erreichen wird – dies mit entsprechender Kostenfolge. Zudem bedürfen Menschen mit einer Behinderung, Krankheit oder unbegleitete Minderjährige einer zusätzlichen Pflege respektive Betreuung. Dies führt zu deutlichen Mehrkosten im Kanton und in den Gemeinden. Durch das neue Finanzierungssystem spart der Bund rund 7 Millionen Franken (= 196 Millionen Franken [altes Finanzierungssystem] – 189 Millionen Franken [neues Finanzierungssystem]). Aus den genannten Gründen wird der Wechsel des Finanzierungssystems abgelehnt.

Unter der Federführung der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) und der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) sind aktuell Datenerhebungen und Gespräche betreffend Änderungen der Bundessubventionen für unbegleitete Minderjährige (MNA) sowie für die Integration von vorläufig aufgenommenen Personen und Flüchtlingen im Gang. Die in der Vorlage vorgesehenen Änderungen des Finanzierungssystems sollten den politischen Diskussionen über eine adäquatere Bundesabgeltung der Kosten der Kantone nicht vorgreifen.

3. Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA)

3.1 Allgemeine Bemerkungen

Im Zusammenhang mit der letzten Änderung des AsylG vom 25. September 2016 wurde mit Art. 71b AuG neu eine Rechtsgrundlage geschaffen, welche die Weitergabe medizinischer Daten an Behörden und Organisationen erlaubt, die mit dem Vollzug von Wegweisungen befasst sind. Aus diesem Grund ist es folgerichtig, die Aufbewahrungs- und Lösungsfristen in der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA) zu regeln.

3.2 Zu Art. 15p VVWA

Der Entwurf von Art. 15p VVWA sieht vor, dass die medizinischen Daten, die zur Beurteilung der Transportfähigkeit beschafft und bearbeitet wurden, nach dem Vollzug der Weg- oder Ausweisung unverzüglich zu löschen sind. Diese Änderung ist aus folgenden Gründen abzulehnen:

Bereits heute verfügen die kantonalen Migrationsbehörden über medizinische Akten von Betroffenen, die auch – bei Weitem, aber nicht nur – den Aspekt der Transportfähigkeit betreffen. Die Medizinalakten werden den Migrationsbehörden gestützt auf entsprechende Vollmachten entweder vom Betroffenen selbst, von Ärzten, vom Betreuungsdienst oder sonstigen Amtsstellen zur Verfügung gestellt. Sie bilden die notwendige Grundlage für die Beurteilung aller im Zusammenhang mit dem asyl- und ausländerrechtlichen Verfahren (inklusive Wegweisungsvollzug) stehenden Fragen. Diese Daten bilden bereits heute Bestandteil der kantonalen Akten und werden zusammen mit den übrigen Akten

archiviert. In Anwendung der entsprechenden Vereinbarung mit dem Staatsarchiv werden die medizinischen Akten als Bestandteil der gesamten Akten nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist dem Staatsarchiv angeboten und dann je nachdem dem Staatsarchiv übergeben oder vernichtet.

Der Verordnungsentwurf sieht in Art. 15p VVWA vor, dass für medizinische Akten, die den Teilaspekt der Transportfähigkeit betreffen, eine von den übrigen medizinischen Akten abweichende Spezialregelung gelten soll. Eine solch unterschiedliche Handhabung von medizinischen Akten, die in ihrer Gesamtheit die Grundlage für die Aufgabenerfüllung der kantonalen Migrationsbehörden bilden, ist nicht nachvollziehbar. Es kommt immer wieder vor, dass im Nachhinein zu Entscheiden und Vorgehensweisen (auch) beim Wegweisungsvollzug Stellung genommen oder anderweitig Rechenschaft abgelegt werden muss (zum Beispiel gegenüber der eidgenössischen Kommission zur Verhütung von Folter, die gemäss gesetzlichem Auftrag die Rückführungen überwacht). Anhand der Akten müssen Entscheide und Vorgehensweisen jederzeit nachvollziehbar sein. Fehlen jedoch die dafür massgeblichen medizinischen Unterlagen, wird die Nachvollziehbarkeit verunmöglicht.

Zusätzlich ist zu bedenken, dass eine sofortige Vernichtung der medizinischen Akten bezüglich Transportfähigkeit bei Fällen von Wiedereinreisen (insbesondere Dublin-Fälle) oder Mehrfachgesuchen kontraproduktiv wäre. Es würde dazu führen, dass jeweils nach kurzer Zeit die medizinischen Akten zur Transportfähigkeit wieder beschafft werden müssten, um die erneute Rückführung durchführen zu können. Dies stellt einen erheblichen, unnötigen bürokratischen Aufwand für sämtliche beteiligten Stellen dar und führt zu einer Verzögerung des Wegweisungsvollzugs. Für die Betroffenen kann es zudem auch in deren eigenem Interesse sein, wenn sämtliche medizinischen Akten sofort verfügbar sind und entsprechende medizinische Massnahmen unverzüglich eingeleitet werden können.

Aus vorstehenden Gründen ist der neue Art. 15p VVWA abzulehnen und eine alternative Regelung zu beantragen, wonach die medizinischen Akten betreffend Transportfähigkeit – gleich wie die übrigen medizinischen Akten – zusammen mit dem Dossier aufbewahrt und nach Ablauf der üblichen Dossier-Aufbewahrungsdauer vernichtet werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Stephan Attiger
Landammann

Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Kopie

- dora.bucher@sem.admin.ch
- gael.buchs@sem.admin.ch



KANTON
APPENZELL INNERRHODEN



SEMPE006243

Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 25
Telefax +41 71 788 93 39
regina.doerig@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Staatssekretariat für Migration
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

Appenzell, 4. Januar 2017

Beschleunigung der Asylverfahren / Plangenehmigungsverfahren, Teilkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes (AsylG) vom 25. September 2015 Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 31. August 2016, mit welchem Sie um Stellungnahme zur eingangs genannten Vorlage ersuchen.

Wir sind mit dem Vorhaben grundsätzlich einverstanden, wünschen aber folgende Anpassungen:

Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich (VPGA)

Der Standeskommission ist es wichtig, die Rechte der Kantone im Plangenehmigungsverfahren sicherzustellen. Daher beantragen wir folgende Änderungen:

Art. 5 Abs. 1 VPGA:

Das SEM soll das Vorprüfungsgesuch *unter Einbezug des betroffenen Kantons* erarbeiten und dem EJPD einreichen.

Art. 7 Abs. 2 VPGA:

Der Bund macht mit diesem Artikel Vorgaben in einem Bereich (Profilierung), in dem er nicht zuständig ist. Die Gesetzgebungskompetenz hierfür liegt bei den Kantonen, daher ist dieser Absatz ersatzlos zu streichen.

Art. 7 Abs. 4 VPGA:

Das SEM sollte nicht nur die betroffene Gemeinde spätestens 7 Tage im Voraus über die Aussteckung und Profilierung informieren, sondern *zusätzlich auch noch den betroffenen Kanton*.

Art. 10 Abs. 2 VPGA:

Es ist vorgesehen, dass das SEM von der Durchführung eines Mitwirkungsverfahrens absehen kann, wenn nachgewiesen ist, dass die betroffene Bevölkerung schon früher in geeigneter Weise mitwirken konnte. Die Begriffe „früher“ und „in geeigneter Weise“ sind unklar, was zu Umsetzungsproblemen führen kann. Die Bestimmung sollte präziser formuliert oder ganz weggelassen werden.

Art. 15 Abs. 1 VPGA:

Im vorgesehenen Bereinigungsverfahren nach Art. 62b des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG) werden nur die Fachbehörden des Bundes berücksichtigt. Um sicherzustellen, dass das Verfahren zügig vorangetrieben werden kann, sollte aber auch der betroffene Kanton zum Bereinigungsverfahren eingeladen werden. Nur so kann die reibungslose Zusammenarbeit zwischen dem Bund und dem beteiligten Kanton gewährleistet werden. Der Einbezug des involvierten Kantons sollte daher ausdrücklich in der Verordnung verankert werden.

Art. 27 Abs. 2 Bst. b VPGA:

Der Begriff „erscheinen“ lässt viel Interpretationsspielraum zu. Er ist bereits in der Verordnung genauer zu definieren.

Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (AsylV 2)

Grundsätzlich liegen die geplanten Änderungen bei der Globalpauschale für Resettlement-Flüchtlinge in der Logik einer Pauschalabgeltung und sollen das System vereinfachen. Dies ist im Prinzip zu begrüßen. Es ist auch nachvollziehbar, dass die Berechnungen aufgrund der vielen Variablen schwierig sind. Umso wichtiger ist es aber, die effektiven Auswirkungen der Änderungen mittels eines Monitorings zu überwachen. Das neue Finanzierungssystem für Resettlement-Flüchtlinge, wie auch die vorgesehenen Änderungen zur Aufhebung der privilegierten Stellung von staatenlosen Personen in Bezug auf den Aufenthalt, wird vom Bund als grundsätzlich kostenneutral beschrieben. Dabei geht der Bund von Annahmen in Punkto Integration aus. Sollten sich diese Annahmen dann aber nicht bestätigen, müssen die rechtlichen Grundlagen abermals revidiert werden, denn das Prinzip der Kostenneutralität ist unbedingt zu wahren.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- dora.bucher@sem.admin.ch
- gael.buchs@sem.admin.ch
- Gesundheits- und Sozialdepartement, Sekretariat, Hoferbad 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Regierungsrat, 9102 Herisau

Staatssekretariat für Migration SEM
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch



Herisau, 20. Januar 2017

Eidg. Vernehmlassung; Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs) Plangenehmigungsverfahren, Teilinkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes (AsylG) vom 25. September 2015; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2016 eröffnete das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) das Vernehmlassungsverfahren in obgenannter Sache.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Die vorgeschlagenen Bestimmungen in den drei Verordnungen sind grundsätzlich zu befürworten. In einzelnen Punkten wird um eine Überprüfung im Sinne der nachfolgenden Ausführungen ersucht.

1. VPGA

- Art. 5 Abs. 3: Auch die Kantone sollten in die Anhörung des EJPD zum Vorprüfungsgesuch miteinbezogen werden. Sie verfügen über die nötigen Kenntnisse der zu berücksichtigenden örtlichen Gegebenheiten.
- Art. 6: Soweit es sich um Strukturen zur Unterbringung von Asylsuchenden handelt, sollte das Gesuch neben den Massnahmen zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch Überlegungen bzw. Massnahmen zur Gewährleistung der nötigen Sicherheit und Ordnung in der Umgebung enthalten.
- Art. 7 Abs. 2: Die Bestimmung ist zu streichen, da die Legitimation für den Erlass fehlt und sie überdies nicht mit der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe übereinstimmt.
- Art. 7 Abs. 4: Es ist nicht nur die betroffenen Gemeinde, sondern auch der Kanton über die Aussteckung und Profilierung zu informieren. Weiter wird die Frist von sieben Tage im Voraus als zu kurz und nicht angemessen beurteilt.



- Art. 8: Die Einleitung der Anhörung muss zwingend mit der Aussteckung und Profilierung gemäss Art. 7 koordiniert sein. Dies bedeutet, dass die Kantone und Gemeinden frühzeitig die Unterlagen vor der Aussteckung bzw. Profilierung erhalten. Deshalb sollte eine Koordinationspflicht aufgenommen werden. Es kann dem Projekt schaden, wenn bei einem politisch so sensiblen Vorhaben schon Profile erstellt werden, und dem Kanton und der Gemeinde die Unterlagen für Fragen aus der Bevölkerung nicht zeitgerecht zur Verfügung stehen.
- Art. 15 Abs. 1: In das Anhörungs- und Bereinigungsverfahren sollte auch der Kanton involviert werden.
- Art. 25 Abs. 2 lit. c: Wie unter Art. 6 ausgeführt, sind entsprechende Bedingungen oder Auflagen auch für Massnahmen zur Gewährleistung der nötigen Sicherheit und Ordnung in der Umgebung der Struktur aufzunehmen.
- Art. 30 Abs. 2: Das Asylwesen unterliegt erfahrungsgemäss grossen Schwankungen betreffend die Zahl der neu einreisenden Asylsuchenden. Dies hat entsprechende Auswirkungen auf die Unterbringungs- und Betreuungsstrukturen, weshalb die nötige Flexibilität bei der Anpassung der Strukturen für eine Zunahme, aber auch einen Rückgang zu wahren ist. Dass das Plangenehmigungsverfahren bezüglich der Neuerrichtung von Asylunterkünften auf zehn Jahre befristet werden soll, ist deshalb nur schwer nachzuvollziehen. Die Befristung sollte gestrichen werden.

2. AsylIV 2

- Art. 24a, Art. 26 Abs. 1 und Art. 27a: Bereits heute sind im Asylbereich die Tageskosten für unbegleitete Minderjährige nahezu doppelt so hoch wie die Globalpauschale. Angesichts der zu erwartenden Zusammensetzung der jeweiligen sogenannten Flüchtlingsgruppen gemäss Art. 56 AsylG, der damit verbundenen höheren Kosten als im übrigen Flüchtlingsbereich sowie speziell der Einzelkosten für die länger unterstützten Flüchtlinge gemäss Art. 24a Abs. 2 ist eine Zahlung während zehn Jahren ab Beginn des Monats nach erfolgter Einreise gerechtfertigt oder es wäre die bereits heute zu geringe Globalpauschale für anerkannte Flüchtlinge anzuheben.
- allgemein: Die finanziellen Auswirkungen der Änderungen auf die Kantone und Gemeinden ist mit einem geeigneten Monitoring zu verfolgen. Es ist zweifelhaft, ob die Höhe der angesetzten Globalpauschale bei Resettlement-Flüchtlingsgruppen kostendeckend sein wird. Es sollte eine Übergangsbestimmung aufgenommen werden, wonach die Globalpauschale für diese Gruppe nach fünf Jahren zu überprüfen ist.

3. VVWA

- Art. 15p: Es ist richtig, die Aufbewahrungs- und Lösungsfristen der medizinischen Daten in der VVWA zu regeln. Die Daten würden gemäss dem Entwurf nach erfolgtem Vollzug der Wegweisung gelöscht. Unter dem erfolgten Vollzug ist in diesem Zusammenhang eine kontrollierte Ausreise der betreffenden Person zu verstehen. Bei "untergetauchten" ausreisepflichtigen Personen besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass sie später wieder in staatlichen Strukturen auftauchen oder von der Polizei in der Schweiz aufgegriffen werden. Daher sind die Daten von "untergetauchten" ausreisepflichtigen Personen nicht zu löschen und entsprechend auszunehmen.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

EJPD
Staatssekretariat für Migration
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

Per Mail an:

dora.bucher@sem.admin.ch
gael.buchs@sem.admin.ch

25. Januar 2017

RRB-Nr.:	69/2017
Direktion	Polizei- und Militärdirektion
Unser Zeichen	2016.POM.602 / m6hv
Ihr Zeichen	
Klassifizierung	Nicht klassifiziert



**Vernehmlassung des Bundes: Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs) Plangenehmigungsverfahren, Teilinkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes (AsylG).
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen herzlich für die Gelegenheit, zu eingangs erwähntem Geschäft Stellung zu nehmen.

1 Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich (VPGA)

Der Regierungsrat hat im Rahmen der Vernehmlassung zur Teilrevision des Asylgesetzes (Neustrukturierung des Asylbereichs, RRB 1209/2013) die Einführung von Art. 24c AsylG „kurzfristige Nutzung von Bauten und Anlagen des Bundes zur Unterbringung Asylsuchender“ ausdrücklich begrüsst.

2 Änderung der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen

Der Regierungsrat begrüsst, dass für alle Flüchtlinge, die einer Flüchtlingsgruppe nach Artikel 56 AsylG angehören, die Globalpauschale 1 während sieben Jahren ausgerichtet wird und zwar unabhängig von der Erwerbssituation. Es ist nachvollziehbar, dass die Berechnungen aufgrund der vielen Variablen schwierig sind. Umso wichtiger ist es, die reellen Auswirkungen der Änderungen durch ein geeignetes Monitoring zu überwachen.

In Bezug auf das neue Finanzierungssystem für die Resettlement-Flüchtlinge nach Artikel 24a, 26 Absatz 1 und 27a bittet der Regierungsrat um Berücksichtigung folgender Bemerkungen.

Die Annahme, wonach 75% der Resettlement-Flüchtlinge nach fünf Jahren Aufenthalt entweder in den Arbeitsmarkt integriert oder durch die Leistungen einer Sozialversicherung finanziert sein sollen, ist aus der Erfahrung mit anderen Flüchtlingen mit einer gewissen Skepsis zu bewerten. Es ist nicht ersichtlich, wie das SEM auf diese Prozentsätze kommt. Weiter scheint bei der Berechnung die hohe Anzahl begleiteter oder unbegleiteter Minderjähriger, die den Resettlement Gruppen eigen ist (aufgrund der gewollten Priorisierungskriterien), nicht adäquat repräsentiert zu sein.

Ob sich die vom Bund getroffenen Annahmen so bewahrheiten, wird auch von den Integrationsleistungen und –programmen abhängen. Insofern ist es wichtig, dass der Bund bei der Aufnahme weiterer Resettlement-Gruppen zusätzlich zu den bestehenden Integrationsleistungen (über die Integrationspauschale sowie die kantonalen Integrationsprogramme) weitere Gelder bereitstellt für die Integration dieser per Definition besonders vulnerablen Menschen – so wie der Bund dies beim Pilotprojekt Resettlement getan hatte.

Die finanziellen Auswirkungen der Änderungen hängen stark davon ab, wie gross der Prozentsatz an vulnerablen Personen im Rahmen von Resettlement-Gruppen ist. Da die längerfristigen Kosten von den Kantonen getragen werden, wird von Seiten der Kantone erwartet, dass der Bund die Festsetzung von Quoten für vulnerable Personen gemeinsam mit den Kantonen vornimmt bzw. mit dem Einverständnis der Kantone definiert.

Im Erläuternden Bericht wird ausgeführt, dass dem Bund mit dem neuen Finanzierungssystem für 1500 Personen während sieben Jahren jährliche Kosten von rund 27 Mio. bzw. 189 Mio. Franken entstehen. Im Weiteren wird aufgezeigt, dass sofern der Bund für die Gruppe der dauerhaft oder während langer Zeit sozialabhängigen Personen nach dem alten Finanzierungssystem während durchschnittlich 15 Jahren aufkommen würde, sich die Kosten auf rund 196 Mio. Franken belaufen würden. Dem Regierungsrat ist nicht klar, welche finanziellen Konsequenzen aus dieser Differenz für den Kanton Bern entstehen könnten. Er möchte festhalten, dass er die Übernahme allfälliger Mehrkosten ablehnt.

Aktuell sind zudem Datenerhebungen und Gespräche betreffend Änderungen der Bundessubventionen für Unbegleitete Minderjährige (UMA) sowie für die Integration von vorläufig aufgenommenen Personen und Flüchtlingen im Gange. Der Kanton Bern geht davon aus, dass die in dieser Vorlage vorgesehenen Änderungen des Finanzierungssystems den laufenden Diskussionen über eine adäquatere Bundesabgeltung der Kosten der Kantone nicht vorgreifen.

Zur besseren Übersicht und für das Monitoring ist ferner erforderlich, dass das SEM Resettlement-Flüchtlingen (wie auch unbegleiteten Minderjährigen) in der Datenbank ZEMIS einen spezifischen Code zuteilt, der dann auch auf den monatlichen FINASI-Listen erscheint. Das würde den Kantonen das Monitoring dieser Personengruppen erheblich vereinfachen. So könnten beispielsweise auch präzisere Aussagen zur Erwerbstätigkeit gemacht werden.

3 Änderung der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA)

Der Regierungsrat begrüsst die rechtsetzerische Klärung für die Aufbewahrung und Löschung medizinischer Daten zur Beurteilung der Transportfähigkeit.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin



Beatrice Simon

Der Staatsschreiber



Christoph Auer

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
- Finanzdirektion
- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- KKJPD
- MIP

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Bern

Per E-Mail an:
dora.bucher@sem.admin.ch
gael.buchs@sem.admin.ch

Liestal, 17. Januar 2017

Vernehmlassung

**betreffend Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs)
Plangenehmigungsverfahren, Teilkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes
(AsylIG) vom 25. September 2015**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Stellungnahme und teilen mit, dass die Bemühungen des Bundes zur Beschleunigung der Asylverfahren aus Kantonssicht grundsätzlich zu begrüßen sind. Zu den entworfenen Verordnungsänderungen haben wir folgende Bemerkungen anzubringen:

1. Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich (VPGA)

Den vorgeschlagenen Ausführungsbestimmungen stimmen wir prinzipiell zu, bedauern allerdings, dass der Sachplan Asyl gemäss Artikel 4 nicht gleichzeitig den Kantonen zugestellt worden ist.

Artikel 5 Absatz 1: Die betroffenen Kantone müssen zwingend in die Erarbeitung verbindlich mit einbezogen werden. Der Text ist deshalb wie folgt zu ergänzen: Das SEM und die betroffenen Kantone erarbeiten das Vorprüfungsgesuch gemeinsam.

Artikel 7 Absatz 4: Die betroffenen Kantone sind unbedingt zeitgleich mit den Gemeinden zu informieren.

2. Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (AsylV 2)

Die Ausdehnung der Frist der Vergütung der Globalpauschale für alle Flüchtlinge (B und VAF) auf sieben Jahre seit Einreise ist zu begrüßen.

Im Gegensatz zur Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) erscheinen uns die heutigen Instrumente zur Kostenkontrolle im Prinzip als ausreichend. Auf zusätzliche Datenerhebungen in neuen Monitorings kann unseres Erachtens verzichtet werden.

3. **Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA)**

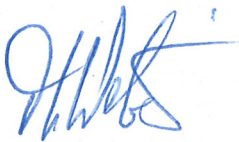
Nach Artikel 15p sind die medizinischen Daten nach dem Vollzug der Weg- oder Ausweisung unverzüglich zu löschen. Im Regelfall dürfte dies angemessen und unproblematisch sein. Allerdings gibt es in der Praxis immer wieder Fälle, in denen Personen nach vollzogener Wegweisung erneut in die Schweiz einreisen und dann innert relativ kurzer Zeit ein weiteres Mal mit demselben Aufwand – auch hinsichtlich der medizinischen Daten – ausgeschafft werden. Hier wäre es hilfreich und verfahrensbeschleunigend, wenn die medizinischen Daten noch vorhanden wären.

Weil diese Personen meist einigermaßen zeitnah wieder in die Schweiz zurückkehren, könnte anstelle der vorgeschlagenen unmittelbaren Löschung der medizinischen Daten beispielsweise deren Löschung spätestens ab einem gewissen Zeitpunkt (z.B. 5 Jahre nach dem Vollzug der Wegweisung) festgelegt werden. Der Aufwand für die Kantone dürfte sich in Grenzen halten, können diese Fälle doch recht einfach terminiert und nach Zeitablauf überprüft werden und, wenn die Person nicht mehr aufgetaucht ist, die Daten gelöscht werden.

Durchaus sinnvoll ist es hingegen, die medizinischen Daten bei (noch) nicht durchführbarem Vollzug weiterhin aufbewahren zu können, damit auf diese zu einem späteren Zeitpunkt zurückgegriffen werden kann.

Wir hoffen, Ihnen mit unseren Anmerkungen dienen zu können, und bedanken uns nochmals für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung.

Freundliche Grüsse



Thomas Weber, Regierungspräsident



Peter Vetter, Landschreiber



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Per Mail (pdf und word)

Staatssekretariat für Migration
dora.bucher@sem.admin.ch
gael.buchs@sem.admin.ch

Basel, 18. Januar 2017

Regierungsratsbeschluss vom 17. Januar 2017

Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs) Plangenehmigungsverfahren, Teilinkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes vom 25. September 2015

Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2016 haben Sie die Kantone zur Stellungnahme zur Teilinkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes vom 25. September 2015 eingeladen. Wir lassen Ihnen nachstehend unsere Bemerkungen und Anträge zukommen.

1. Grundsätzliche Einschätzung

Die Stossrichtung und die Eckwerte zur Neustrukturierung wurden an zwei nationalen Asylkonferenzen vom 21. Januar 2013 und vom 28. März 2014 vom Eidg. Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) gemeinsam mit der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) sowie den Städten und Gemeinden verabschiedet. Das Stimmvolk hat den mit der Neustrukturierung verbundenen Änderungen des Asylgesetzes am 5. Juni 2016 mit grosser Mehrheit zugestimmt. Der Regierungsrat Basel-Stadt steht nach wie vor ausdrücklich für eine rasch mögliche Umsetzung der Neustrukturierung des Asylwesens und damit für die Beschleunigung des Asylverfahrens ein.

2. Bemerkungen und Anträge zu den einzelnen Erlassen

2.1 Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich (VPGA)

2.1.1 Einleitende Bemerkung

Einen wichtigen Bestandteil der Neustrukturierung bildet das **Plangenehmigungsverfahren**. Ordentliche Baubewilligungsverfahren, die besonders langwierig sind, sollen durch ein neues bundesrechtliches Plangenehmigungsverfahren ersetzt werden. Die Einführung eines solchen Ver-

fahrens wurde in den gemeinsamen Erklärungen der Asylkonferenzen gutgeheissen. Sie wurde auch von der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) an der Plenarversammlung vom 7. März 2013 sowie von der Mehrheit der Kantone (25) in der Vernehmlassung zum Gesetzesentwurf zur Beschleunigung der Asylverfahren begrüsst (Art. 95a bis 95l nAsylG). Mit der nun vorliegenden Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich (VPGA) sollen die gesetzlichen Grundlagen zum Plangenehmigungsverfahren ausgeführt werden. Diese Ausführungsbestimmungen sind generell zu begrüessen.

Allerdings ist bedauernswert, dass der Sachplan Asyl nicht gleichzeitig mit der jetzigen Vernehmlassung vorliegt. Beim gleichzeitigen Vorliegen des Sachplans Asyl und den darin enthaltenen Standorten für alle notwendigen Bundeszentren in den neuen sechs Asylregionen wäre es möglich gewesen, den materiellen Gehalt der Verordnung an konkreten Beispielen zu prüfen.

Bei einem Plangenehmigungsverfahren des Bundes sind die Kantone zur Mitwirkung verpflichtet, da es sich bei den von den Kantonen erarbeiteten Stellungnahmen um einen unverzichtbaren Bestandteil handelt (siehe dazu auch BGr. 1C_78/2012 vom 10. Oktober 2012). Wir gehen davon aus, dass die Kantone dem Bund als Gesuchsteller die entstandenen Kosten in Rechnung stellen werden.

2.1.2 Änderungsanträge VPGA

Art. 2 Abs. 1 und Abs. 3 VPGA

Wir gehen davon aus, dass Enteignungsverfahren (kombiniertes Verfahren) nur im äussersten Notfall als „ultimo ratio“ eingesetzt werden und „grundsätzlich nicht vorkommen“ werden, wie dies in der Einleitung (Kap. 1.3.1.) des erläuternden Bericht festgehalten wird.

Weiter ist wichtig, dass das EJPD in seinen Interessensabwägungen umsichtig vorgeht und kantonales Recht sowie Gemeinderecht angemessen gewichtet.

Antrag:

Änderung und Ergänzung von Art. 2 Abs. 3: „~~Das kantonale~~ Kantonales und kommunales-Recht wird werden berücksichtigt, soweit...“

Art. 5 Abs. 1 VPGA

Gemäss Art. 5 Abs. 1 reicht das Staatssekretariat für Migration (SEM) dem EJPD ein Vorprüfungsgesuch ein. In diesem Gesuch müssen die Auswirkungen des Vorhabens auf Raum, Umwelt und Dritte aufgezeigt werden können. Die Beantwortung dieser spezifischen Fragen ist jedoch nur unter Einbezug des involvierten Kantons bzw. seiner zuständigen Amtsstellen möglich.

Antrag:

Ergänzung von Art. 5 Abs. 1: „Das SEM erarbeitet unter Einbezug des betroffenen Kantons das Vorprüfungsgesuch und reicht es dem EJPD das Vorprüfungsgesuch ein. Es umfasst ...“

Art. 7 Abs. 2 VPGA

Art. 7 Abs. 2 beschreibt, wie die Profilierung erfolgen muss. Hier ist festzustellen, dass der Bund Vorgaben in einem Bereich macht, in dem er nicht zuständig ist. Die Gesetzgebungskompetenz liegt bei den Kantonen. Überdies ist die Formulierung nicht mit der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe IVHB vereinbar; dies hat das IOHB überprüfen lassen. Der Bund hat keine Grundlagen auf Stufe Verfassung oder Gesetz, um eine solche Bestimmung zu erlassen. Konflikte und rechtliche Auseinandersetzungen wären damit vorprogrammiert.

Antrag:

Abs. 2 wird ersatzlos gestrichen.

Art. 7 Abs. 4 VPGA

Gemäss Art. 7 Abs. 4 informiert das SEM die beteiligten Gemeinden spätestens sieben Tage im Voraus über die Aussteckung und Profilierung. Um sicherzustellen, dass auch der involvierte Kanton rechtzeitig darüber informiert ist, muss auch dieser vom SEM in Kenntnis gesetzt werden.

Antrag:

Ergänzung von Art. 7 Abs. 4: „Das SEM informiert den betroffenen Kanton und die betroffene Gemeinde spätestens sieben Tage im Voraus über die Aussteckung und Profilierung.“

Art. 8 bis 15 VPGA

Wir begrüssen die Mitwirkungsmöglichkeit der Bevölkerung ausdrücklich (Art. 10), da diese letztlich zur Akzeptanz der Bundeszentren am jeweiligen Standort beiträgt.

Art. 10 Abs. 2 VPGA

Um von der Durchführung eines Mitwirkungsverfahrens abzusehen, hat das SEM nachzuweisen, dass die betroffene Bevölkerung schon früher in geeigneter Weise mitwirken konnte.

Die Begriffe neu „früher“ und „in geeigneter Weise“ sind nicht klar definiert und können daher zu Umsetzungsproblemen führen

Antrag:

Art. 10 Abs. 2 ist präziser formulieren oder ersatzlos streichen

Art. 12 Abs. 1 VPGA

Die im erläuternden Bericht erwähnte Frist von in der Regel 1,5 Monaten ist im Art. 12 Abs. 1 der Verordnung nicht festgehalten. Es stellt sich die Frage, ob nicht auch diese Frist explizit zu regeln ist – zum Schutze der betroffenen Gemeinden.

Art. 15 Abs. 1 VPGA

Gemäss dieser Bestimmung richtet sich das Bereinigungsverfahren (auch) nach Art. 62b Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz. Bei diesem Bereinigungsverfahren werden jedoch nur die Fachbehörden des Bundes berücksichtigt. Um sicherzustellen, dass das Verfahren zügig vorangetrieben werden kann, muss auch der Kanton zum Bereinigungsverfahren eingeladen werden. Nur so kann die reibungslose Zusammenarbeit zwischen EJPD und dem beteiligten Kanton gewährleistet werden.

Antrag:

Der Einbezug des involvierten Kanton muss ausdrücklich in der Verordnung verankert sein.

Art. 27 Abs. 2 Bst. b VPGA

Sofern Einsprachen aussichtslos erscheinen und das SEM die Wiederherstellung zusichern kann, kann das EJPD die sofortige Ausführung gestatten. Der Begriff "erscheinen" lässt viel Interpretationsspielraum zu und ist daher – wenn möglich – bereits in der Verordnung zu definieren.

Art. 28 VPGA

Nachträgliche Projektänderungen sollten besonders mit Blick auf das grosse öffentliche Interesse bei diesen Projekten mit Bedacht vorgenommen werden. Insbesondere grössere Änderungen dürfen nicht zum Regelfall werden.

2.2 Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (AsylV 2)

Die Aufnahme von Flüchtlingsgruppen ist grundsätzlich zu begrüssen. In ihren Leitlinien vom Juni 2012 hatte die SODK festgehalten, dass sie sich für die Aufnahme von Flüchtlingsgruppen einsetzt und so dazu beiträgt, diese humanitäre Tradition der Schweiz wieder aufleben zu lassen.

Die in der AsylV 2 geplanten Änderungen im Bereich der Globalpauschale für Resettlement-Flüchtlinge liegen zwar in der Logik einer Pauschalabgeltung und könnten das Finanzierungssystem vereinfachen. Dies ist im Prinzip nachvollziehbar. Es ist auch nachvollziehbar, dass die Berechnungen aufgrund der vielen Variablen schwierig sind. Umso wichtiger ist es, die realen Auswirkungen der vorgeschlagenen Änderungen mittels geeignetem Monitoring zu überwachen, falls diese umgesetzt werden sollten.

Das neue Finanzierungssystem für Resettlement-Flüchtlinge gemäss Art. 24a wird vom Bund als grundsätzlich kostenneutral beschrieben. Dabei geht der Bund aber von Annahmen punkto Integration aus, die in keiner Weise den bisherigen Erfahrungswerten im Bereich Integration Flüchtlinge entsprechen.

Folgendes ist hierbei besonders zu berücksichtigen:

Art. 24, Art. 24a, Art. 26 Abs. 1 und Art. 27a

Die Berechnungen des SEM sind einem zentralen Punkt nicht nachvollziehbar: Die Annahme, wonach 75% der Resettlement-Flüchtlinge nach fünf Jahren Aufenthalt entweder in den Arbeitsmarkt integriert oder durch Leistungen einer Sozialversicherung finanziert sein sollen, ist aus der Erfahrung mit anderen Flüchtlingen nicht bestätigt. Es ist nicht ersichtlich, wie das SEM auf diesen Prozentsatz kommt. Weder liegt konkretes Datenmaterial vor (die Evaluation des 2013 vom Bundesrat beschlossenen Pilotprojekts Resettlement ist noch ausstehend) noch ist die Annahme von 75% folgerichtig. Denn für die Gruppe der Resettlement-Flüchtlinge sollen explizit und absichtsvoll Personen berücksichtigt werden, welche besonders verletzlich sind. Physisch und/oder psychisch versehrte Flüchtlinge mit schweren Beeinträchtigungen sind im Integrationsprozess mit ungleich grösseren Herausforderungen konfrontiert als andere Flüchtlinge. Sie brauchen wesentlich mehr Zeit oder schaffen den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt nicht. Weiter kann bei diesem Prozentwert die hohe Anzahl begleiteter oder unbegleiteter Minderjähriger, die ebenfalls zur Zielgruppe für Resettlement-Flüchtlinge gehören, nicht adäquat einbezogen worden sein, da auch diese durchschnittlich mehr als fünf Jahre auf Sozialhilfe-Unterstützung angewiesen sein dürften. Dass der Bund neu während sieben Jahren und nicht wie bei Flüchtlingen während fünf Jahren Globalpauschalen ausrichten würde, dürfte nicht ausreichen, genügend Mittel für all diejenigen Personen zu öffnen, welche langfristig nicht in Arbeit integriert werden können.

Antrag:

Art. 24 Abs. 4 und 5 sind in ihrer heutigen Fassung beizubehalten.

Es ist wichtig, dass der Bund bei der Aufnahme weiterer Resettlement-Gruppen zusätzlich zu den bestehenden Integrationsleistungen (individuelle und einmalige Integrationspauschale für vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge und Gelder für kantonale Integrationsprogramme) weitere Gelder bereitstellt für die Integration dieser per Definition besonders vulnerablen Menschen – so wie dies der Bund im Rahmen des Pilotprojekts Resettlement getan hat.

Antrag:

Es wird ein Monitoring installiert, welches die Kostenentwicklungen in der Gruppe der Resettlement-Flüchtlinge aufzeigt.

Sollte sich die Annahme des Bundes bestätigen, wonach 75% der Resettlement-Flüchtlinge nach fünf Jahren Aufenthalt entweder in den Arbeitsmarkt integriert oder durch Leistungen einer Sozialversicherung finanziert sein sollen, könnte eine Anpassung der AsylV 2 über Finanzierungsfragen im Sinn des jetzt vorgelegten Vorschlags an die Hand genommen werden.

Die den Änderungen zugrundeliegenden Berechnungen weisen zwischen den heutigen und allfälligen zukünftigen Kosten ein Delta von 7 Mio. Franken (196 zu 189 Mio. Franken) aus. Die finanziellen Auswirkungen der Änderungen hängen stark davon ab, wie gross der Prozentsatz an vulnerablen Personen im Rahmen von Resettlement-Gruppen ist.

Antrag:

Sollten die längerfristigen Kosten von den Kantonen getragen werden müssen, wird von uns erwartet, dass der Bund den Anteil an Vulnerablen in der Gruppe der Resettlement-Flüchtlinge mit dem Einverständnis der Kantone definiert.

Aktuell sind Datenerhebungen und Gespräche betreffend Änderungen der Bundessubventionen für Unbegleitete Minderjährige (MNA) sowie für die Integration von vorläufig aufgenommenen Personen und Flüchtlingen im Gange. Die in der Vorlage vorgesehenen Änderungen des Finanzierungssystems dürfen den politischen Diskussionen über eine adäquatere Bundesabgeltung der Kosten der Kantone nicht vorgreifen. Die AsylV 2 müsste demnach aufgrund späterer Ergebnisse gegebenenfalls wieder angepasst werden können.

Art. 24 Abs. 1 Buchstabe c AsylV 2

Die vorgesehenen Änderungen zur Aufhebung der privilegierten Stellung von staatenlosen Personen in Bezug auf den Aufenthalt sind aufgrund der geänderten gesetzlichen Grundlange nachvollziehbar. Jedoch kann aufgrund des Berichtes nicht nachvollzogen werden, ob die Kostenneutralität – wie im Bericht festgehalten – wirklich gegeben ist.

Antrag:

Die Kostenentwicklung muss laufend analysiert werden und wenn nötig, sind erneut Änderungen des Finanzierungssystems vorzunehmen.

2.3 Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA)

Mit Art. 71b Ausländergesetz wurde eine Rechtsgrundlage geschaffen, welche die Weitergabe medizinischer Daten an Behörden und Organisationen erlaubt, die mit dem Vollzug von Wegweisungen befasst sind. Aus diesem Grund ist es folgerichtig, die Aufbewahrungs- und Löschungsfristen in der VVWA zu regeln. Die Daten sollen daher nach erfolgtem Vollzug der Wegweisung gelöscht werden. Unter dem erfolgten Vollzug ist in diesem Zusammenhang eine kontrollierte Ausreise der betreffenden Person zu verstehen. Bei "untergetauchten" ausreisepflichtigen Personen besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass sie später wieder in staatlichen Strukturen auftauchen oder von der Polizei in der Schweiz aufgegriffen werden.

Antrag:

Die Daten von "untergetauchten" ausreisepflichtigen Personen sind nicht zu löschen, sondern für weitere 12 Monate im Datenpool zu belassen.

Für Rückfragen stehen Ihnen zur Verfügung:

- Martin Sandtner, Leiter Planungsamt (martin.sandtner@bs.ch)
- Renata Gäumann, Asylkoordination BS (renata.gaeumann@bs.ch)
- Michel Girard, Leiter Migrationsamt (michel.girard@bs.ch)

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Département fédéral de justice et police DFJP
Secrétariat d'Etat aux migrations SEM

Sous format PDF et Word à
dora.bucher@sem.admin.ch et
gael.buchs@sem.admin.ch

Fribourg, le 24 janvier 2017

**Accélération des procédures d'asile (Restructuration du domaine de l'asile)
Procédure d'approbation des plans de constructions, mise en vigueur partielle de la
modification du 25 septembre 2015 de la loi sur l'asile (LAsi)**

Madame, Monsieur,

Concernant l'objet susmentionné, nous nous référons au dossier mis en consultation le 12 octobre 2016 par Madame la Conseillère fédérale Simonetta Sommaruga. Nous vous remercions pour son élaboration et pouvons nous déterminer comme suit :

**Projet de nouvelle ordonnance sur la procédure d'approbation des plans dans le
domaine de l'asile (OAPA)**

Il s'agit de dispositions d'exécution. Nous nous sommes déjà prononcés sur le fond dans le cadre de la consultation sur la modification de la LAsi. L'article ayant fait polémique est l'article 95b, al.1 LAsi qui prévoit que le DFJP peut recourir si nécessaire à l'expropriation. Le Conseil d'Etat n'a pas de remarques particulières à formuler. Au passage, nous relevons que le législateur a expressément exclu de la procédure d'approbation des plans les projets visant une utilisation temporaire (art. 3 al. 1).

Modification de l'ordonnance 2 sur l'asile (OA2)

Cette modification supprime le droit des apatrides à l'octroi d'une autorisation d'établissement après un séjour de 5 ans en Suisse, comme cela a été fait pour les réfugiés en 2014 avec, en corollaire, l'obligation de la Confédération de rembourser les frais occasionnés au plus tard pendant 5 ans à compter de la reconnaissance de l'apatridie.

Cette disposition précarise la situation des apatrides, même si la Confédération insiste sur le fait qu'elle verse déjà un forfait global en faveur de certains réfugiés à réinstaller pendant une durée supérieure à 5 ans si, à leur arrivée en Suisse, ces réfugiés étaient invalides, âgés ou malades, ou s'ils sont arrivés en Suisse en tant que Mineurs non accompagnés (cf. rapport explication page 22). Il sied de relever à cet égard que la maladie, notamment psychique, n'est souvent pas détectée à l'arrivée en Suisse du réfugié, mais seulement bien plus tard. Dans ce contexte, les cantons doivent

alors veiller à faire les démarches nécessaires auprès du SEM pour obtenir une prolongation du versement de ces forfaits, ce qui alourdit fortement la tâche administrative.

Par ailleurs, nous relayons ici l'avis de la Conférence latine des affaires sanitaires et sociales et de la Conférence latine des directeurs cantonaux des finances qui, dans leur courrier du 21 septembre 2016 adressé au Conseil fédéral, demandent que les durées de versement des forfaits, nettement insuffisantes, soient augmentées. En effet, l'intégration complète et la pleine autonomie financière d'une grande majorité des réfugiés dans les délais admis par la Confédération n'est pas réaliste.

C'est pourquoi nous estimons que la durée fixée à 5 ans pour le versement des forfaits est beaucoup trop courte, non seulement pour les apatrides, mais également pour les réfugiés et nous demandons que ces éléments soient pris en compte lors des prochaines discussions qui auront lieu lorsque les résultats des enquêtes menées auprès de tous les cantons suisses paraîtront.

Ordonnance sur l'exécution du renvoi et de l'expulsion d'étrangers (OERE)

Ces dispositions concernent la conservation et l'effacement des données médicales servant à évaluer l'aptitude au transport. Il est nécessaire de réglementer ce domaine très sensible au niveau de la protection de la personnalité et du secret médical. Par ailleurs, il est aussi important que les autorités d'exécution des renvois aient connaissance de l'état de santé de la personne à renvoyer et puissent mettre en place des mesures de sécurité adéquates.

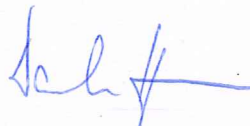
Par conséquent, nous saluons ces nouvelles dispositions.

Nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.



Maurice Ropraz
Président

Au nom du Conseil d'Etat :



Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat



Genève, le 25 janvier 2017

Le Conseil d'Etat

208-2017

Madame Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Département fédéral de justice et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement

26. Jan. 2017

Ac. _____

Concerne : consultation fédérale relative à l'accélération des procédures d'asile, au projet d'ordonnance sur l'approbation des plans dans le domaine de l'asile et aux projets de modification de deux autres ordonnances spécifiques dans le cadre de la restructuration du domaine de l'asile

Madame la Conseillère fédérale,

Notre Conseil a bien reçu votre lettre du 12 octobre 2016 par laquelle vous l'avez invité à se prononcer à l'occasion de la consultation citée en marge et il vous en remercie.

A ce sujet, nous avons pris acte de l'approbation donnée par le peuple, dans le cadre de la restructuration du domaine de l'asile, aux modifications de la loi sur l'asile permettant notamment d'accélérer certaines procédures, tout en offrant une assistance juridique étendue aux migrants qui sollicitent la protection de la Suisse.

Si notre Conseil ne peut que saluer la volonté de réorganiser les structures fédérales de l'asile et d'adapter la législation correspondante à l'évolution et à l'intensité des flux migratoires, il tient également à ce que les procédures puissent être menées en toute sérénité et en totale conformité avec l'ensemble des dispositions pertinentes du droit des gens.

Dans cette perspective, nous avons le souci que toute accélération des procédures ne se fasse pas au détriment des garanties juridiques qui doivent impérativement être accordées aux demandeurs d'asile et que toute modification des textes en vigueur soit accompagnée des mécanismes permettant de s'assurer du caractère raisonnablement exigible, possible et licite d'un éventuel renvoi et de respecter ainsi le principe universel du non-refoulement.

Dans le cadre de la consultation en cours, notre Conseil salue plus particulièrement la volonté de la Confédération de réglementer la conservation et l'effacement des données médicales transmises au Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM) aux fins de l'évaluation de l'aptitude au transport des personnes appelées à quitter la Suisse en fin de procédure. Cela étant, il se permet de suggérer qu'un délai d'au moins six mois soit prévu pour la conservation des données médicales après l'exécution du renvoi ou de l'expulsion, dès lors que l'expérience a abondamment démontré que de nombreuses personnes déboutées reviennent rapidement en Suisse après un premier refoulement. Cette échéance de

conservation des données médicales permettrait d'éviter la prolongation d'une nouvelle procédure de renvoi.

Nous nous félicitons également du fait que la future ordonnance sur l'approbation des plans dans le domaine de l'asile préserve la participation des particuliers, des communes et des cantons aux procédures de consultation sur les constructions et les installations qui serviront à la Confédération pour l'hébergement de requérants d'asile ou le déroulement de procédures d'asile et qui les concernent très directement.

Enfin, s'agissant des modifications de l'ordonnance 2 sur l'asile relative au financement (OA2), notre Conseil craint que les cantons, compte tenu de la grande vulnérabilité des personnes composant les groupes de réfugiés au sens de l'art. 56 LAsi et de leur difficulté à intégrer le marché du travail dans un contexte économique tendu, voient la somme totale des montants versés par la Confédération au titre du forfait global diminuer, avec pour conséquence un report de charges sur l'aide sociale. Par conséquent, notre Conseil préconise la mise en place d'un suivi approprié des effets réels de ces modifications légales. Le cas échéant, il conviendra d'adapter le dispositif en fonction des évaluations produites, afin que le principe de la neutralité des coûts soit respecté.

Cela étant, vous voudrez bien trouver dans l'annexe jointe les commentaires détaillés du Conseil d'Etat sur les projets soumis à son examen.

Nous vous remercions de l'attention que vous aurez bien voulu prêter à ces lignes et vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

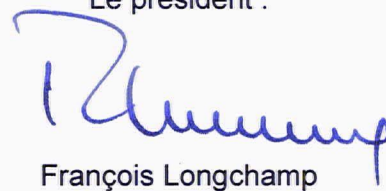
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Anja Wyden Guelpa

Le président :



François Longchamp

Annexe mentionnée

Copie à : Mme Dora Bücher et M. Gaël Buchs
Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM)
Service juridique
Quellenweg 6
3003 Berne-Wabern

Modifications de l'Ordonnance sur l'exécution du renvoi et de l'expulsion d'étrangers (OERE – RS 142.281)

Art. 15p :

La deuxième phrase de la disposition précitée prévoit que le SEM et les services cantonaux compétents pour exécuter les renvois ou les expulsions effacent les données médicales "aussitôt que le renvoi ou l'expulsion a été exécuté".

Force est toutefois de constater que l'art. 15p nOERE ne permet absolument pas de s'adapter aux réalités du terrain. En effet, il est notoire que les autorités migratoires cantonales font face à un grand nombre de retours (illégaux), à plus ou moins brève échéance, d'étrangers qui ont été renvoyés dans leur pays d'origine (en particulier des personnes provenant des Balkans, d'Afrique du Nord et d'Amérique du Sud). Ce constat est encore plus criant s'agissant des personnes faisant l'objet d'une procédure Dublin, lesquelles reviennent (illégalement) en Suisse quelques semaines, voire seulement quelques jours, après leur renvoi dans l'Etat responsable (cela est particulièrement vrai pour ceux qui sont renvoyés dans les Etats limitrophes à la Suisse, ainsi qu'en Espagne). Les motifs les plus souvent avancés par les intéressés sont, outre la présence de la famille en Suisse et les conditions socioéconomiques difficiles dans le pays d'origine ou dans l'Etat Dublin responsable, les possibilités de soins ou la continuation d'un traitement médical déjà entrepris dans notre pays.

A cela s'ajoute le fait que l'expérience a déjà démontré que l'entreprise Oseara SA (qui a été mandatée par le SEM pour l'accompagnement médical des requérants d'asile NEM ou déboutés transportés par voie aérienne) a déjà sollicité la production des anciens rapports médicaux pour vérifier l'évolution de l'état de santé, lorsqu'il s'agit en particulier de problèmes psychiques ou psychiatriques.

Par ailleurs, il ressort également qu'un bon nombre de médecins traitants invitent l'office cantonal de la population et des migrations (OCPM) à se référer au rapport médical déjà établi par leur soin.

Enfin, compte tenu de la charge de travail des médecins, en particulier ceux œuvrant pour le Programme santé migrants (PSM), et de la déontologie qui les anime, il n'est pour le moins pas toujours aisé d'obtenir rapidement des avis médicaux univoques sur la possibilité d'exécuter un renvoi. C'est pourquoi l'OCPM se réfère souvent à un rapport médical déjà existant et ne demande en principe une réactualisation de ce dernier pour poursuivre la procédure d'exécution que lorsqu'il date de plus de trois mois ou que l'étranger invoque de nouveaux problèmes de santé.

L'obligation faite au SEM et aux services cantonaux compétents pour exécuter les renvois ou les expulsions, à teneur de l'art. 15p nOERE, aura ainsi pour fâcheuse conséquence de compliquer considérablement le travail des autorités concernées et, surtout, de prolonger de façon inconsidérée la procédure de renvoi.

Par conséquent, on ne saurait manifestement suivre le rapport explicatif d'octobre 2016, lorsqu'il indique que la conservation ultérieure des données médicales devient "superflue", après l'exécution du renvoi ou de l'expulsion (cf. p. 22, ad. Article 15p).

Aussi, pour toutes les raisons précitées, nous proposons qu'un délai soit prévu (au minimum de 6 mois), pour la conservation des données médicales après l'exécution du renvoi ou de l'expulsion.

Ordonnance 2 sur l'asile relative au financement (OA 2 – RS 142.132)

Art. 24a (Durée de l'obligation de rembourser les frais concernant des groupes de réfugiés) et art. 26 al. 1

Selon l'art. 88 al. 3 LAsi, "les indemnités forfaitaires pour les réfugiés, les personnes à protéger titulaires d'une autorisation de séjour et les réfugiés sous le coup d'une expulsion au sens des art. 66a ou 66abis CP ou 49a ou 49abis CPM [...] sont versées pendant cinq ans au plus à compter du dépôt de la demande d'asile". L'art. 88 al. 3bis nLAsi prévoit, quant à lui, que dorénavant "pour les personnes admises en Suisse dans le cadre de l'asile octroyé à des groupes de réfugiés en vertu de l'art. 56, la Confédération peut verser les indemnités forfaitaires visées à l'al. 3 pendant plus de cinq ans, notamment si ces personnes sont handicapées ou âgées à leur arrivée en Suisse " (cf. également FF 2014 7771, 7840).

Autrement dit, la règle est une durée de versement des indemnités forfaitaires pendant 5 ans, alors que l'exception est le versement des indemnités forfaitaires pour une durée supérieure à 5 ans (notamment lorsqu'il s'agit de personnes handicapées ou âgées).

Dans ces conditions, on a de la peine à saisir le dispositif de l'art. 24a nOA 2, qui prévoit, à son premier alinéa (la règle), le versement des forfaits globaux "pendant 7 ans" (au lieu des 5 ans prévus par l'art. 88 al. 3 LAsi), alors que son deuxième alinéa (l'exception) mentionne – en conformité avec l'art. 88 al. 3bis nLAsi – que le versement de forfaits globaux à certaines catégories de "réfugiés à réinstaller" peuvent être d'"une durée supérieure à cinq ans".

Par ailleurs, le terme "âgé" est une notion indéterminée. En effet, la question de savoir à partir de quel âge on peut considérer qu'une personne est âgée se pose. Il aurait été ainsi souhaitable que l'art. 24a OA 2 – qui a principalement pour but de concrétiser l'art. 88 al. 3bis nLAsi – précise l'âge à partir duquel la Confédération estime qu'une personne, appartenant à "un groupe de réfugiés en vertu de l'art. 56 LAsi", est "âgée". Le principe de prévisibilité, les impératifs budgétaires cantonaux et la possibilité de vérifier le versement du juste montant des indemnités forfaitaires dues au canton commandent également que l'âge limite à partir duquel le canton doit s'attendre à recevoir une indemnisation supérieure à 5 ans, pour cette catégorie déterminée de réfugiés, soit mentionné expressément à l'art. 24a nOA 2. A cet égard, il est à noter que l'actuelle lettre b de l'alinéa 4 de l'art 24 OA 2 (l'alinéa 4 va toutefois être abrogé par la prochaine entrée en vigueur de l'art. 24a nOA 2) arrête à 60 ans l'âge à partir duquel il y a lieu de considérer une personne comme "âgée". On ne comprend pas, du reste, les raisons pour lesquelles l'âge limite précité n'a pas été repris dans le nouvel art. 24a OA 2. Dès lors, s'il est parfaitement compréhensible que pour des "raisons administratives", il n'y a pas lieu de prévoir de façon précise les cas de figure dans lesquels il s'impose de considérer qu'une personne est "dans un très mauvais état de santé" (cf. rapport explicatif d'octobre 2016, p. 20, ad. Article 24a), un tel postulat ne saurait cependant être repris pour déterminer si une personne est "âgée" en vertu de l'art. 88 al. 3bis nLAsi.

Enfin, le rapport explicatif d'octobre 2016 rappelle, à juste titre, que la disposition de l'ordonnance peut être complétée par d'autres catégories particulières de "réfugiés à réinstaller", telles que "les réfugiés qui sont gravement atteints dans leur santé" (cf. p. 21, ad. Article 24a), par opposition aux personnes "handicapées" (catégorie de réfugiés expressément mentionnée tant à l'art. 88 al. 3bis nLAsi qu'à l'art. 24a nOA 2). Aussi, pour éviter toute confusion entre ces deux catégories de réfugiés, il aurait été opportun de mentionner expressément, à l'art. 24a nOA 2, "les réfugiés qui sont gravement atteints dans leur santé" (à l'image, par exemple, de l'art. 9 du projet d'ordonnance sur la nationalité,

lequel distingue les personnes souffrant "d'un handicap physique, mental ou psychique" [lettre a] de celles souffrant "d'une maladie grave ou de longue durée" [lettre b]). C'est également le lieu de relever que ni à l'art. 88 al. 3bis nLAsi ni à l'art. 24a nOA 2 il n'est fait mention du niveau de gravité exigé du handicap pour pouvoir bénéficier d'un prolongement de la durée du versement des indemnités forfaitaires effectué par la Confédération. Au regard du principe de prévisibilité de la loi, il aurait donc été opportun de reprendre, à l'art. 24a nOA 2, les exemples mentionnés dans le rapport explicatif d'octobre 2016 (à l'image de ce qui a été fait, par exemple, en droit de la nationalité; cf. art. 9 lettre c du projet d'ordonnance sur la nationalité). Une telle solution aurait pour net avantage d'éviter, ou du moins de réduire, les éventuelles divergences d'interprétation entre le SEM et le canton concerné et, par voie de conséquence, les longs échanges épistolaires qui s'en suivraient.

En résumé, la nouvelle disposition prévoit le versement des forfaits globaux de la Confédération pour les personnes appartenant à un groupe de réfugiés pendant une durée de sept ans suivant leur entrée en Suisse. Après cinq ans toutefois, le cercle des bénéficiaires sera limité aux mineurs non-accompagnés et aux personnes qui, cinq ans après leur entrée en Suisse, ne sont pas encore autonomes sur le plan économique et qui sont âgées ou souffrent de graves handicaps physiques ou mentaux.

Cette modification ne manquera pas de créer un transfert de charges vers les cantons, dans la mesure où selon la réglementation actuelle (cf. art. 24 al. 4 let. b et c) OA2), le forfait global est versé par la Confédération jusqu'à ce que ces personnes soient pour la première fois devenues autonomes sur le plan économique (pour les mineurs non-accompagnés au plus tard jusqu'à l'âge de 25 ans), ce qui a pour conséquence que les forfaits sont actuellement versées pendant une durée de plus de sept ans.

Nous estimons que les calculs et les hypothèses mis en avant par le SEM sont très optimistes, ceci compte tenu du fait que les personnes faisant partie de groupes de réfugiés sont par définition considérées comme vulnérables en raison de divers facteurs tels que, par exemple, l'âge ou l'état de santé. Nous sommes particulièrement sceptiques par rapport à l'hypothèse émise que 75 % des personnes concernées s'intégreront sur le marché du travail ou pourront prétendre à des prestations d'assurances sociales après une durée de séjour de 5 ans en Suisse (cf. pages 22 et 23 du rapport explicatif d'octobre 2016). En effet, l'expérience démontre que l'accès au marché du travail rencontre de nombreux obstacles qui rendent l'indépendance économique difficile. On peut donc émettre quelques réserves sur la neutralité des coûts de ce point de vue.

La concrétisation des hypothèses de la Confédération dépendra aussi des prestations et programmes d'intégration. Il est donc important que la Confédération, pour l'accueil de nouveaux groupes de réfugiés à réinstaller, mette à disposition des cantons davantage de moyens financiers en sus des prestations d'intégration actuelles (au travers du forfait d'intégration et des programmes d'intégration cantonaux) pour intégrer ces personnes qui sont par définition particulièrement vulnérables, comme l'avait fait la Confédération pour le projet pilote de réinstallation.

Dès lors que les personnes faisant partie de groupes de réfugiés sont attribuées aux cantons par la Confédération, il est souhaitable que des quotas de personnes considérées comme vulnérables soient fixés en collaboration avec les cantons ou que ces personnes soient reconnues comme vulnérables d'entente avec les cantons.

Enfin, il est particulièrement important de surveiller les effets réels de ces modifications à l'aide d'un suivi approprié, afin de vérifier si le principe de la neutralité des coûts avancé par la Confédération se trouve réalisé. Le cas échéant, il y aura lieu d'adapter le dispositif en fonction des évaluations faites.

Art. 27a

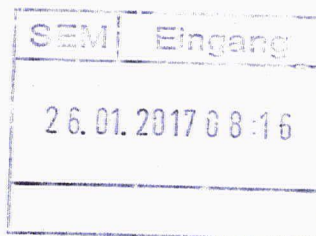
Le taux d'occupation des réfugiés à réinstaller ne sera plus pris en compte dans le calcul du forfait. Il s'agit d'une amélioration qui devrait contribuer à augmenter le montant versé au titre du forfait global tout en incitant les cantons à essayer d'intégrer au plus vite les personnes sur le marché du travail.

Disposition transitoire

Le remboursement du forfait à une durée limitée à 7 ans s'appliquera également aux groupes de réfugiés arrivés en Suisse avant l'entrée en vigueur du nouveau système de financement introduit par les présentes modifications. Le canton de Genève a accueilli de tels groupes avant l'entrée en vigueur de ces modifications et il sera dès lors directement impacté par le nouveau droit.



REPUBLIQUE ET CANTON DE GENEVE
Chancellerie d'Etat
Service administratif du Conseil d'Etat



CHA - SACE
Case postale 3964
1211 Genève 3

Madame Dora Bücher et
Monsieur Gaël Buchs
Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM)
Service juridique
Quellenweg 6
3003 Berne-Wabern

N° du courrier : 208-2017

Genève, le 25 janvier 2017

Concerne : consultation fédérale relative à l'accélération des procédures d'asile, au projet d'ordonnance sur l'approbation des plans dans le domaine de l'asile et aux projets de modification de deux autres ordonnances spécifiques dans le cadre de la restructuration du domaine de l'asile

Madame, Monsieur,

La Chancelière d'Etat nous prie de vous transmettre, sous ce pli, une copie du courrier adressé ce jour, à Madame Simonetta Sommaruga, conseillère fédérale, relatif à l'objet mentionné sous rubrique.

Veuillez agréer, Madame, Monsieur, l'assurance de notre considération distinguée.

Service administratif
du Conseil d'Etat

Annexe mentionnée



Genève, le 25 janvier 2017

Le Conseil d'Etat

208-2017

Madame Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Département fédéral de justice et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Concerne : consultation fédérale relative à l'accélération des procédures d'asile, au projet d'ordonnance sur l'approbation des plans dans le domaine de l'asile et aux projets de modification de deux autres ordonnances spécifiques dans le cadre de la restructuration du domaine de l'asile

Madame la Conseillère fédérale,

Notre Conseil a bien reçu votre lettre du 12 octobre 2016 par laquelle vous l'avez invité à se prononcer à l'occasion de la consultation citée en marge et il vous en remercie.

A ce sujet, nous avons pris acte de l'approbation donnée par le peuple, dans le cadre de la restructuration du domaine de l'asile, aux modifications de la loi sur l'asile permettant notamment d'accélérer certaines procédures, tout en offrant une assistance juridique étendue aux migrants qui sollicitent la protection de la Suisse.

Si notre Conseil ne peut que saluer la volonté de réorganiser les structures fédérales de l'asile et d'adapter la législation correspondante à l'évolution et à l'intensité des flux migratoires, il tient également à ce que les procédures puissent être menées en toute sérénité et en totale conformité avec l'ensemble des dispositions pertinentes du droit des gens.

Dans cette perspective, nous avons le souci que toute accélération des procédures ne se fasse pas au détriment des garanties juridiques qui doivent impérativement être accordées aux demandeurs d'asile et que toute modification des textes en vigueur soit accompagnée des mécanismes permettant de s'assurer du caractère raisonnablement exigible, possible et licite d'un éventuel renvoi et de respecter ainsi le principe universel du non-refoulement.

Dans le cadre de la consultation en cours, notre Conseil salue plus particulièrement la volonté de la Confédération de réglementer la conservation et l'effacement des données médicales transmises au Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM) aux fins de l'évaluation de l'aptitude au transport des personnes appelées à quitter la Suisse en fin de procédure. Cela étant, il se permet de suggérer qu'un délai d'au moins six mois soit prévu pour la conservation des données médicales après l'exécution du renvoi ou de l'expulsion, dès lors que l'expérience a abondamment démontré que de nombreuses personnes déboutées reviennent rapidement en Suisse après un premier refoulement. Cette échéance de

conservation des données médicales permettrait d'éviter la prolongation d'une nouvelle procédure de renvoi.

Nous nous félicitons également du fait que la future ordonnance sur l'approbation des plans dans le domaine de l'asile préserve la participation des particuliers, des communes et des cantons aux procédures de consultation sur les constructions et les installations qui serviront à la Confédération pour l'hébergement de requérants d'asile ou le déroulement de procédures d'asile et qui les concernent très directement.

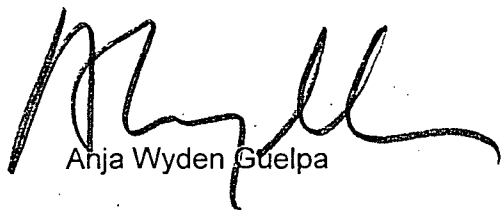
Enfin, s'agissant des modifications de l'ordonnance 2 sur l'asile relative au financement (OA2), notre Conseil craint que les cantons, compte tenu de la grande vulnérabilité des personnes composant les groupes de réfugiés au sens de l'art. 56 LAsi et de leur difficulté à intégrer le marché du travail dans un contexte économique tendu, voient la somme totale des montants versés par la Confédération au titre du forfait global diminuer, avec pour conséquence un report de charges sur l'aide sociale. Par conséquent, notre Conseil préconise la mise en place d'un suivi approprié des effets réels de ces modifications légales. Le cas échéant, il conviendra d'adapter le dispositif en fonction des évaluations produites, afin que le principe de la neutralité des coûts soit respecté.

Cela étant, vous voudrez bien trouver dans l'annexe jointe les commentaires détaillés du Conseil d'Etat sur les projets soumis à son examen.

Nous vous remercions de l'attention que vous aurez bien voulu prêter à ces lignes et vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

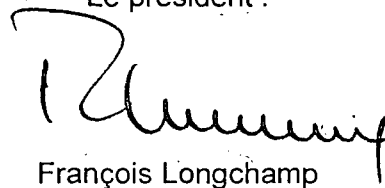
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Anja Wyden Guelpa

Le président :



François Longchamp

Annexe mentionnée

Copie à : Mme Dora Bücher et M. Gaël Buchs
Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM)
Service juridique
Quellenweg 6
3003 Berne-Wabern

Annexe à la réponse du Conseil d'Etat genevois sur la consultation fédérale relative à
l'accélération des procédures d'asile (restructuration du domaine de l'asile) et aux
ordonnances correspondantes

**Modifications de l'Ordonnance sur l'exécution du renvoi et de l'expulsion d'étrangers
(OERE – RS 142.281)**

Art. 15p :

La deuxième phrase de la disposition précitée prévoit que le SEM et les services cantonaux compétents pour exécuter les renvois ou les expulsions effacent les données médicales "aussitôt que le renvoi ou l'expulsion a été exécuté".

Force est toutefois de constater que l'art. 15p nOERE ne permet absolument pas de s'adapter aux réalités du terrain. En effet, il est notoire que les autorités migratoires cantonales font face à un grand nombre de retours (illégaux), à plus ou moins brève échéance, d'étrangers qui ont été renvoyés dans leur pays d'origine (en particulier des personnes provenant des Balkans, d'Afrique du Nord et d'Amérique du Sud). Ce constat est encore plus criant s'agissant des personnes faisant l'objet d'une procédure Dublin, lesquelles reviennent (illégalement) en Suisse quelques semaines, voire seulement quelques jours, après leur renvoi dans l'Etat responsable (cela est particulièrement vrai pour ceux qui sont renvoyés dans les Etats limitrophes à la Suisse, ainsi qu'en Espagne). Les motifs les plus souvent avancés par les intéressés sont, outre la présence de la famille en Suisse et les conditions socioéconomiques difficiles dans le pays d'origine ou dans l'Etat Dublin responsable, les possibilités de soins ou la continuation d'un traitement médical déjà entrepris dans notre pays.

A cela s'ajoute le fait que l'expérience a déjà démontré que l'entreprise Oseara SA (qui a été mandatée par le SEM pour l'accompagnement médical des requérants d'asile NEM ou déboutés transportés par voie aérienne) a déjà sollicité la production des anciens rapports médicaux pour vérifier l'évolution de l'état de santé, lorsqu'il s'agit en particulier de problèmes psychiques ou psychiatriques.

Par ailleurs, il ressort également qu'un bon nombre de médecins traitants invitent l'office cantonal de la population et des migrations (OCPM) à se référer au rapport médical déjà établi par leur soin.

Enfin, compte tenu de la charge de travail des médecins, en particulier ceux œuvrant pour le Programme santé migrants (PSM), et de la déontologie qui les anime, il n'est pour le moins pas toujours aisé d'obtenir rapidement des avis médicaux univoques sur la possibilité d'exécuter un renvoi. C'est pourquoi l'OCPM se réfère souvent à un rapport médical déjà existant et ne demande en principe une réactualisation de ce dernier pour poursuivre la procédure d'exécution que lorsqu'il date de plus de trois mois ou que l'étranger invoque de nouveaux problèmes de santé.

L'obligation faite au SEM et aux services cantonaux compétents pour exécuter les renvois ou les expulsions, à teneur de l'art. 15p nOERE, aura ainsi pour fâcheuse conséquence de compliquer considérablement le travail des autorités concernées et, surtout, de prolonger de façon inconsidérée la procédure de renvoi.

Par conséquent, on ne saurait manifestement suivre le rapport explicatif d'octobre 2016, lorsqu'il indique que la conservation ultérieure des données médicales devient "superflue", après l'exécution du renvoi ou de l'expulsion (cf. p. 22, ad. Article 15p).

Aussi, pour toutes les raisons précitées, nous proposons qu'un délai soit prévu (au minimum de 6 mois), pour la conservation des données médicales après l'exécution du renvoi ou de l'expulsion.

Ordonnance 2 sur l'asile relative au financement (OA 2 – RS 142.132)

Art. 24a (Durée de l'obligation de rembourser les frais concernant des groupes de réfugiés) et art. 26 al. 1

Selon l'art. 88 al. 3 LAsi, "les indemnités forfaitaires pour les réfugiés, les personnes à protéger titulaires d'une autorisation de séjour et les réfugiés sous le coup d'une expulsion au sens des art. 66a ou 66abis CP ou 49a ou 49abis CPM [...] sont versées pendant cinq ans au plus à compter du dépôt de la demande d'asile". L'art. 88 al. 3bis nLAsi prévoit, quant à lui, que dorénavant "pour les personnes admises en Suisse dans le cadre de l'asile octroyé à des groupes de réfugiés en vertu de l'art. 56, la Confédération peut verser les indemnités forfaitaires visées à l'al. 3 pendant plus de cinq ans, notamment si ces personnes sont handicapées ou âgées à leur arrivée en Suisse" (cf. également FF 2014 7771, 7840).

Autrement dit, la règle est une durée de versement des indemnités forfaitaires pendant 5 ans, alors que l'exception est le versement des indemnités forfaitaires pour une durée supérieure à 5 ans (notamment lorsqu'il s'agit de personnes handicapées ou âgées).

Dans ces conditions, on a de la peine à saisir le dispositif de l'art. 24a nOA 2, qui prévoit, à son premier alinéa (la règle), le versement des forfaits globaux "pendant 7 ans" (au lieu des 5 ans prévus par l'art. 88 al. 3 LAsi), alors que son deuxième alinéa (l'exception) mentionne – en conformité avec l'art. 88 al. 3bis nLAsi – que le versement de forfaits globaux à certaines catégories de "réfugiés à réinstaller" peuvent être d'"une durée supérieure à cinq ans".

Par ailleurs, le terme "âgé" est une notion indéterminée. En effet, la question de savoir à partir de quel âge on peut considérer qu'une personne est âgée se pose. Il aurait été ainsi souhaitable que l'art. 24a OA 2 – qui a principalement pour but de concrétiser l'art. 88 al. 3bis nLAsi – précise l'âge à partir duquel la Confédération estime qu'une personne, appartenant à "un groupe de réfugiés en vertu de l'art. 56 LAsi", est "âgée". Le principe de prévisibilité, les impératifs budgétaires cantonaux et la possibilité de vérifier le versement du juste montant des indemnités forfaitaires dues au canton commandent également que l'âge limite à partir duquel le canton doit s'attendre à recevoir une indemnisation supérieure à 5 ans, pour cette catégorie déterminée de réfugiés, soit mentionné expressément à l'art. 24a nOA 2. A cet égard, il est à noter que l'actuelle lettre b de l'alinéa 4 de l'art. 24 OA 2 (l'alinéa 4 va toutefois être abrogé par la prochaine entrée en vigueur de l'art. 24a nOA 2) arrête à 60 ans l'âge à partir duquel il y a lieu de considérer une personne comme "âgée". On ne comprend pas, du reste, les raisons pour lesquelles l'âge limite précité n'a pas été repris dans le nouvel art. 24a OA 2. Dès lors, s'il est parfaitement compréhensible que, pour des "raisons administratives", il n'y a pas lieu de prévoir de façon précise les cas de figure dans lesquels il s'impose de considérer qu'une personne est "dans un très mauvais état de santé" (cf. rapport explicatif d'octobre 2016, p. 20, ad. Article 24a), un tel postulat ne saurait cependant être repris pour déterminer si une personne est "âgée" en vertu de l'art. 88 al. 3bis nLAsi.

Enfin, le rapport explicatif d'octobre 2016 rappelle, à juste titre, que la disposition de l'ordonnance peut être complétée par d'autres catégories particulières de "réfugiés à réinstaller", telles que "les réfugiés qui sont gravement atteints dans leur santé" (cf. p. 21, ad. Article 24a), par opposition aux personnes "handicapées" (catégorie de réfugiés expressément mentionnée tant à l'art. 88 al. 3bis nLAsi qu'à l'art. 24a nOA 2). Aussi, pour éviter toute confusion entre ces deux catégories de réfugiés, il aurait été opportun de mentionner expressément, à l'art. 24a nOA 2, "les réfugiés qui sont gravement atteints dans leur santé" (à l'image, par exemple, de l'art. 9 du projet d'ordonnance sur la nationalité,

lequel distingue les personnes souffrant "d'un handicap physique, mental ou psychique" [lettre a] de celles souffrant "d'une maladie grave ou de longue durée" [lettre b]). C'est également le lieu de relever que ni à l'art. 88 al. 3bis nLAsi ni à l'art. 24a nOA 2 il n'est fait mention du niveau de gravité exigé du handicap pour pouvoir bénéficier d'un prolongement de la durée du versement des indemnités forfaitaires effectué par la Confédération. Au regard du principe de prévisibilité de la loi, il aurait donc été opportun de reprendre, à l'art. 24a nOA 2, les exemples mentionnés dans le rapport explicatif d'octobre 2016 (à l'image de ce qui a été fait, par exemple, en droit de la nationalité; cf. art. 9 lettre c du projet d'ordonnance sur la nationalité). Une telle solution aurait pour net avantage d'éviter, ou du moins de réduire, les éventuelles divergences d'interprétation entre le SEM et le canton concerné et, par voie de conséquence, les longs échanges épistolaires qui s'en suivraient.

En résumé, la nouvelle disposition prévoit le versement des forfaits globaux de la Confédération pour les personnes appartenant à un groupe de réfugiés pendant une durée de sept ans suivant leur entrée en Suisse. Après cinq ans toutefois, le cercle des bénéficiaires sera limité aux mineurs non-accompagnés et aux personnes qui, cinq ans après leur entrée en Suisse, ne sont pas encore autonomes sur le plan économique et qui sont âgées ou souffrent de graves handicaps physiques ou mentaux.

Cette modification ne manquera pas de créer un transfert de charges vers les cantons, dans la mesure où selon la réglementation actuelle (cf. art. 24 al. 4 let. b et c) OA2), le forfait global est versé par la Confédération jusqu'à ce que ces personnes soient pour la première fois devenues autonomes sur le plan économique (pour les mineurs non-accompagnés au plus tard jusqu'à l'âge de 25 ans), ce qui a pour conséquence que les forfaits sont actuellement versés pendant une durée de plus de sept ans.

Nous estimons que les calculs et les hypothèses mis en avant par le SEM sont très optimistes, ceci compte tenu du fait que les personnes faisant partie de groupes de réfugiés sont par définition considérées comme vulnérables en raison de divers facteurs tels que, par exemple, l'âge ou l'état de santé. Nous sommes particulièrement sceptiques par rapport à l'hypothèse émise que 75 % des personnes concernées s'intégreront sur le marché du travail ou pourront prétendre à des prestations d'assurances sociales après une durée de séjour de 5 ans en Suisse (cf. pages 22 et 23 du rapport explicatif d'octobre 2016). En effet, l'expérience démontre que l'accès au marché du travail rencontre de nombreux obstacles qui rendent l'indépendance économique difficile. On peut donc émettre quelques réserves sur la neutralité des coûts de ce point de vue.

La concrétisation des hypothèses de la Confédération dépendra aussi des prestations et programmes d'intégration. Il est donc important que la Confédération, pour l'accueil de nouveaux groupes de réfugiés à réinstaller, mette à disposition des cantons davantage de moyens financiers en sus des prestations d'intégration actuelles (au travers du forfait d'intégration et des programmes d'intégration cantonaux) pour intégrer ces personnes qui sont par définition particulièrement vulnérables, comme l'avait fait la Confédération pour le projet pilote de réinstallation.

Dès lors que les personnes faisant partie de groupes de réfugiés sont attribuées aux cantons par la Confédération, il est souhaitable que des quotas de personnes considérées comme vulnérables soient fixés en collaboration avec les cantons ou que ces personnes soient reconnues comme vulnérables d'entente avec les cantons.

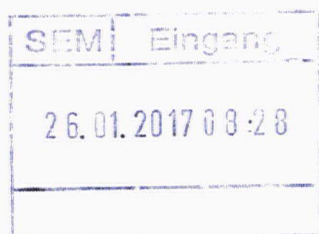
Enfin, il est particulièrement important de surveiller les effets réels de ces modifications à l'aide d'un suivi approprié, afin de vérifier si le principe de la neutralité des coûts avancé par la Confédération se trouve réalisé. Le cas échéant, il y aura lieu d'adapter le dispositif en fonction des évaluations faites.

Art. 27a

Le taux d'occupation des réfugiés à réinstaller ne sera plus pris en compte dans le calcul du forfait. Il s'agit une amélioration qui devrait contribuer à augmenter le montant versé au titre du forfait global tout en incitant les cantons à essayer d'intégrer au plus vite les personnes sur le marché du travail.

Disposition transitoire

Le remboursement du forfait à une durée limitée à 7 ans s'appliquera également aux groupes de réfugiés arrivés en Suisse avant l'entrée en vigueur du nouveau système de financement introduit par les présentes modifications. Le canton de Genève a accueilli de tels groupes avant l'entrée en vigueur de ces modifications et il sera dès lors directement impacté par le nouveau droit.



Staatsssekretariat für Migration SEM
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern



Glarus, 24. Januar 2017
Unsere Ref: 2016-185

Vernehmlassung i. S. Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs), Plangenehmigungsverfahren, Teilkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes (AsylG)

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Bei der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich (VGPA) ist der Nutzen und die Anwendbarkeit in der Praxis von Art. 27 Abs. 2 Bst. b zu hinterfragen. Eine antizipierte Würdigung der Erfolgsaussichten von Einsprachen im Zusammenhang mit der Frage des Entzugs der aufschiebenden Wirkung durch die Plangenehmigungsbehörde selber ist problematisch, sowohl in verfahrensrechtlicher wie auch in fiskalischer Hinsicht. Die bisherigen bundesrechtlichen Regeln im Zusammenhang mit einem allfälligen Entzug der aufschiebenden Wirkung haben sich bewährt und genügen aus unserer Sicht. Begrüsst wird von uns hingegen die Anpassung der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VWA). Bei der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (AsylV2) lehnen wir die in Art. 24 Abs. 4 und 5 vorgesehene Änderung ab und möchten an der bisherigen Regelung festhalten. Die Kantone hätten mit der neuen Bestimmung erhebliche zusätzliche Kosten für vulnerable Personen zu übernehmen. Dies ist mit dem heute geltenden Art. 24 Abs. 4 AsylV 2 nicht der Fall. Den Systemwechsel lehnen wir deshalb ab. Im Übrigen verweisen wir auf die beiliegende Musterstellungnahme der Generalsekretariate der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK), der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK).

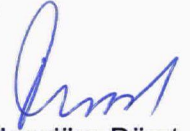
Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat



Rolf Widmer
Landammann



Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

Beilage:

- Musterstellungnahme BPUK, KKJPD, SODK

E-Mail an: dora.bucher@sem.admin.ch
gael.buchs@sem.admin.ch

versandt am: 25. Jan. 2017

Mitglieder BPUK, KKJPD und SODK

Bern, im Dezember 2016

Reg: Ime-6.22

**Vernehmlassung: Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs)
Plangenehmigungsverfahren, Teilinkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes (AsylG) vom
25. September 2015**

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin
Sehr geehrter Herr Regierungsrat

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2016 hat das EJPD die Kantone eingeladen, Stellung zum Entwurf der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich sowie zu weiteren Verordnungsänderungen im Zusammenhang mit der Teilinkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes vom 25. September 2015 zu nehmen. Als Unterstützung zu Handen Ihrer kantonalen Stellungnahmen möchten wir Ihnen mit diesem Schreiben die Optik der Generalsekretariate der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK), Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) zu den einzelnen Verordnungsanpassungen erläutern.

Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich (VPGA)

Die Stossrichtung sowie die Eckwerte zur Neustrukturierung wurden an zwei nationalen Asylkonferenzen vom 21. Januar 2013 und vom 28. März 2014 vom EJPD gemeinsam mit der KKJPD und der SODK sowie den Städten und Gemeinden verabschiedet. Das Volk hat den mit der Neustrukturierung verbundenen Änderungen des Asylgesetzes am 5. Juni 2016 mit grosser Mehrheit zugestimmt. Einen wichtigen Bestandteil der Neustrukturierung bildet dabei das Plangenehmigungsverfahren. Ordentliche Baubewilligungsverfahren, die besonders langwierig sind, sollen durch ein neues bundesrechtliches Plangenehmigungsverfahren ersetzt werden. Die Einführung eines solchen Verfahrens wurde in den gemeinsamen Erklärungen der Asylkonferenzen gutgeheissen. Sie wurde auch von der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) an der Plenarversammlung vom 7. März 2013 sowie von der Mehrheit der Kantone (25) in der Vernehmlassung zum Gesetzesentwurf zur Beschleunigung der Asylverfahren begrüsst (Art. 95a–95/nAsylG). Mit der nun im Entwurf vorliegenden Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich (VPGA) sollen die gesetzlichen Grundlagen zum Plangenehmigungsverfahren ausgeführt werden. Diese Ausführungsbestimmungen sind generell zu begrüssen.

Die BPUK bedauert allerdings, dass der Sachplan Asyl nicht gleichzeitig mit der vorliegenden Vernehmlassung der Verordnungen zur Beschleunigung der Asylverfahren vorliegt. Beim gleichzeitigen

Vorliegen des Sachplans und den darin enthaltenen Standorten wäre es möglich gewesen, den materiellen Gehalt der Verordnung an konkreten Beispielen zu prüfen.

Bei einem Plangenehmigungsverfahren des Bundes sind die Kantone zur Mitwirkung verpflichtet, da es sich bei den von den Kantonen erarbeiteten Stellungnahmen um einen unverzichtbaren Bestandteil handelt (siehe dazu auch BGr. 1C_78/2012 vom 10. Oktober 2012). Es wird deshalb davon ausgegangen, dass die Kantone dem Bund als Gesuchsteller die entstandenen Kosten in Rechnung stellen werden.

Folgenden Artikeln soll besondere Beachtung geschenkt werden:

Art. 5 Abs. 1 VPGA

Absatz 1 von Artikel 5 reicht das Staatssekretariat für Migration (SEM) dem Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) ein Vorprüfungsgesuch ein. In diesem Gesuch müssen die Auswirkungen des Vorhabens auf Raum, Umwelt und Dritte aufgezeigt werden können. Die Beantwortung dieser spezifischen Fragen ist jedoch nur unter Einbezug des involvierten Kantons bzw. seiner zuständigen Stellen möglich. Die Kantone beantragen deshalb, dass der Einleitungssatz von Absatz 1 wie folgt ergänzt wird:

«1 Das SEM erarbeitet unter Einbezug des betroffenen Kantons das Vorprüfungsgesuch und reicht es dem EJPD ein. Es umfasst insbesondere: ... »

Art. 7 Abs. 2 VPGA

Absatz 2 von Artikel 7 beschreibt wie die Profilierung erfolgen muss. Hier ist festzustellen, dass der Bund Vorgaben in einem Bereich macht, in dem er nicht zuständig ist. Die Gesetzgebungskompetenz liegt bei den Kantonen. Überdies ist die Formulierung nicht mit der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe IVHB vereinbar; dies hat das IOHB überprüfen lassen. Der Bund hat keine Grundlagen auf Stufe Verfassung oder Gesetz, um eine solche Bestimmung zu erlassen. Konflikte und rechtliche Auseinandersetzungen sind vorprogrammiert.

Die Kantone beantragen deshalb, dass dieser Absatz gestrichen wird.

Art. 7 Abs. 4 VPGA

Absatz 4 von Artikel 7 sieht vor, dass das SEM die beteiligten Gemeinden spätestens sieben Tage im Voraus über die Aussteckung und Profilierung informiert. Um sicherzustellen, dass auch der involvierte Kanton rechtzeitig darüber informiert ist, muss auch dieser vom SEM in Kenntnis gesetzt werden.

«4 Das SEM informiert den betroffenen Kanton und die betroffene Gemeinde spätestens sieben Tage im Voraus über die Aussteckung und Profilierung.»

Art. 10 Abs. 2 VPGA

Um von der Durchführung eines Mitwirkungsverfahrens abzusehen, hat das SEM nachzuweisen, dass die betroffene Bevölkerung schon früher in geeigneter Weise mitwirken konnte. Die Begriffe „früher“ und „in geeigneter Weise“ sind nicht klar definiert und können daher zu Umsetzungsproblemen führen. Die Bestimmung sollte daher präziser formuliert oder ganz gestrichen werden.

Art. 12 Abs. 1 VPGA

Die im erläuternden Bericht erwähnte Frist von in der Regel 1,5 Monaten ist im Art. 12 Abs. 1 der Verordnung nicht festgehalten. Es stellt sich die Frage, ob nicht auch diese Frist explizit zu regeln ist – zum Schutze der betroffenen Gemeinden.

Art. 15 Abs. 1 VPGA

In Absatz 1 von Artikel 15 wird darauf hingewiesen, dass ein Bereinigungsverfahren nach Artikel 62b des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG; SR 172.010) vorgesehen ist. Bei diesem

Bereinigungsverfahren werden jedoch nur die Fachbehörden des Bundes berücksichtigt. Um sicherzustellen, dass das Verfahren zügig vorangetrieben werden kann, muss auch der Kanton zum Bereinigungsverfahren eingeladen werden. Nur so kann die reibungslose Zusammenarbeit zwischen EJPD und dem beteiligten Kanton gewährleistet werden. Die Kantone beantragen deshalb, dass der Einbezug des involvierten Kantons ausdrücklich in der Verordnung verankert wird.

«^{1bis} Das EJPD lädt auch den betroffenen Kanton zum Bereinigungsverfahren nach Art. 62b RVOG ein.»

Art. 27 Abs. 2 Bst. b VPGA

Sofern Einsprachen aussichtslos erscheinen und das SEM die Wiederherstellung zusichern kann, kann das EJPD die sofortige Ausführung gestatten. Der Begriff "erscheinen" lässt viel Interpretationsspielraum zu und wäre daher – wenn möglich – bereits in der Verordnung zu definieren.

Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (AsylV 2)

Die Aufnahme von Flüchtlingsgruppen ist grundsätzlich zu begrüssen. In ihren Leitlinien vom Juni 2012 hat die SODK festgehalten, dass sie sich für die Aufnahme von Flüchtlingsgruppen einsetzt und so dazu beiträgt, diese humanitäre Tradition der Schweiz wieder aufleben zu lassen.

Grundsätzlich liegen die in der AsylV 2 geplanten Änderungen im Bereich der Globalpauschale für Resettlement-Flüchtlinge in der Logik einer Pauschalabgeltung und sollen das System vereinfachen. Dies ist in Prinzip zu begrüssen. Es ist auch nachvollziehbar, dass die Berechnungen aufgrund der vielen Variablen schwierig sind. Umso wichtiger ist, die realen Auswirkungen der Änderungen mittels geeignetem Monitoring zu überwachen. Das neue Finanzierungssystem für Resettlement-Flüchtlinge nach Artikel 24a wird vom Bund als grundsätzlich kostenneutral beschrieben. Dabei geht der Bund von Annahmen punkto Integration aus. Sollten sich diese Annahmen nicht bestätigen, müssen die rechtlichen Grundlagen abermals revidiert werden, denn das Prinzip der Kostenneutralität ist zu wahren. Im Weiteren sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

Artikel 24a, 26 Absatz 1 und 27a

- Die Berechnungen des SEM sind nicht in allen Punkten nachvollziehbar. Die Annahme, wonach 75 % der Resettlement-Flüchtlinge nach fünf Jahren Aufenthalt entweder in den Arbeitsmarkt integriert oder durch Leistungen einer Sozialversicherung finanziert sein sollen, ist aus der Erfahrung mit anderen Flüchtlingen mit einer gewissen Skepsis zu bewerten. Es ist nicht ersichtlich, wie das SEM auf diese Prozentsätze kommt – zumal die Evaluation des 2013 vom Bundesrat beschlossenen Pilotprojekts Resettlement noch nicht vorliegt. Weiter scheint bei der Berechnung die hohe Anzahl begleiteter oder unbegleiteter Minderjähriger, die den Resettlement-Gruppen eigen ist (aufgrund der gewollten Priorisierungskriterien), nicht adäquat repräsentiert.
- Ob sich die vom Bund getroffenen Annahmen so bewahrheiten, wird auch von den Integrationsleistungen und -programmen abhängen. Insofern ist wichtig, dass der Bund bei der Aufnahme weiterer Resettlement-Gruppen zusätzlich zu den bestehenden Integrationsleistungen (über die Integrationspauschale sowie die kantonalen Integrationsprogramme) weitere Gelder bereitstellt für die Integration dieser per Definition besonders vulnerablen Menschen – so wie der Bund dies beim Pilotprojekt Resettlement getan hatte.
- Die den Änderungen zugrundeliegenden Berechnungen weisen ein Delta von 7 Millionen Franken (196 – 189 Mio. Franken) zwischen den heutigen und allfälligen zukünftigen Kosten aus. Es ist davon auszugehen, dass dieses von den Kantonen bzw. den Gemeinden bezahlt werden müsste.
- Die finanziellen Auswirkungen der Änderungen hängen stark davon ab, wie gross der Prozentsatz an vulnerablen Personen im Rahmen von Resettlement-Gruppen ist. Da die längerfristigen Kosten von den Kantonen getragen werden, wird von Seiten der Kantone erwartet, dass der Bund die Festsetzung von Quoten für Vulnerable gemeinsam mit den Kantonen vornimmt bzw. mit dem Einverständnis der Kantone definiert.

- Aktuell sind Datenerhebungen und Gespräche betreffend Änderungen der Bundessubventionen für Unbegleitete Minderjährige (MNA) sowie für die Integration von vorläufig aufgenommenen Personen und Flüchtlingen im Gange. Die in der Vorlage vorgesehenen Änderungen des Finanzierungssystems dürfen den politischen Diskussionen über eine adäquatere Bundesabgeltung der Kosten der Kantone nicht vorgreifen. Die AsylV 2 müsste demnach aufgrund späterer Ergebnisse gegebenenfalls wieder angepasst werden können.

Art. 24 Abs. 1 Buchstabe c AsylV 2

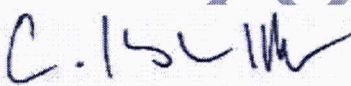
- Die vorgesehenen Änderungen zur Aufhebung der privilegierten Stellung von staatenlosen Personen in Bezug auf den Aufenthalt ist aufgrund der geänderten gesetzlichen Grundlage nachvollziehbar. Jedoch kann aufgrund des Berichtes nicht nachvollzogen werden, ob die Kostenneutralität – wie im Bericht festgehalten – wirklich gegeben ist. Auch diese Kostenentwicklung muss daher laufend analysiert werden und wenn nötig sind erneut Änderungen des Finanzierungssystems vorzunehmen.

Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA)

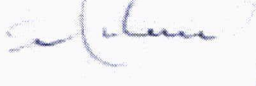
Mit Artikel 71b Ausländergesetz wurde eine Rechtsgrundlage geschaffen, welche die Weitergabe medizinischer Daten an Behörden und Organisationen erlaubt, die mit dem Vollzug von Wegweisungen befasst sind. Aus diesem Grund ist es folgerichtig, die Aufbewahrungs- und Lösungsfristen in der VVWA zu regeln. Die Daten sollen daher nach erfolgtem Vollzug der Wegweisung gelöscht werden. Unter dem erfolgten Vollzug ist in diesem Zusammenhang eine kontrollierte Ausreise der betreffenden Person zu verstehen. Bei "untergetauchten" ausreisepflichtigen Personen besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass sie später wieder in staatlichen Strukturen auftauchen oder von der Polizei in der Schweiz aufgegriffen werden. Daher sind die Daten von "untergetauchten" ausreisepflichtigen Personen nicht zu löschen.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme unserer Position und der allfälligen Berücksichtigung in Ihren kantonalen Stellungnahmen.

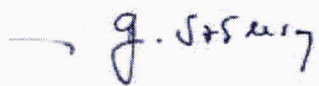
Freundliche Grüsse



Christa Hostettler
Generalsekretärin BPUK



Roger Schneeberger
Generalsekretär KKJPD



Gaby Szöllösy
Generalsekretärin SODK

Kopie per Email an

- Herr Mario Gattiker, Direktor, Bundesamt für Migration
- Frau Pascale Probst, Stv. Chefin Recht, Bundesamt für Migration
- Frau Christa Hostettler, Generalsekretärin BPUK
- Herr Roger Schneeberger, Generalsekretär KKJPD
- Kantonale Sozialamtsleitende
- Kantonale AsylkoordinatorInnen
- Vereinigung der Kantonalen Migrationsbehörden
- Konferenz der Kantonsregierungen KdK



Sitzung vom

24. Januar 2017

Mitgeteilt den

24. Januar 2017

Protokoll Nr.

41

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Auch per Mail zustellen als PDF und Word-Dokument:

dora.bucher@sem.admin.ch und gael.buchs@sem.admin.ch

Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs) Plangenehmigungsverfahren, Teilinkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes (AsylG) vom 25. September 2015

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2016 geben Sie uns die Gelegenheit, uns zu dem oben vermerkten Vorentwurf sowie den Verordnungsänderungen zu äussern. Dafür danken wir Ihnen bestens.

A) Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich (VPGA)

1. Allgemeine Bemerkungen

Die Regierung des Kantons Graubünden begrüsst im Grundsatz das Vorhaben, Bauten und Anlagen, welche dem Bund zur Unterbringung Asylsuchender oder zur Durchführung von Asylverfahren dienen, neu einer Plangenehmigungsbehörde des Bundes zu unterstellen. Die entsprechenden Ausführungsbestimmungen in der VPGA sind generell zu begrüßen. Wünschenswert wäre gewesen, den Sachplan Asyl gleichzeitig mit der vorliegenden Verordnung zur Beschleunigung der Asylver-

fahren vorzulegen. Beim gleichzeitigen Vorliegen des Sachplans und den darin enthaltenen Standorten wäre es möglich gewesen, den materiellen Gehalt der Verordnung anhand konkreter Beispiele zu überprüfen.

2. Zu den einzelnen Bestimmungen

Art. 5 Abs. 1 VPGA

In dem in der Bestimmung erwähnten Vorprüfungsgesuch müssen die Auswirkungen des Vorhabens auf Raum, Umwelt und Dritte aufgezeigt werden. Die Beantwortung dieser spezifischen Fragen ist nur unter Einbezug des involvierten Kantons bzw. seiner zuständigen Stellen möglich. Entsprechend ist der Einleitungssatz von Absatz 1 wie folgt zu ergänzen:

"Das SEM erarbeitet unter Einbezug des betroffenen Kantons das Vorprüfungsgesuch und reicht es dem EJPD ein."

Art. 7 Abs. 2 VPGA

Die Bestimmung beschreibt, wie die Profilierung zu erfolgen hat. Hier ist festzuhalten, dass der Bund damit Vorgaben in einem Bereich macht, in welchem er nicht zuständig ist. Die Gesetzgebungskompetenz liegt hier bei den Kantonen. Aus diesem Grund beantragen wir, diesen Absatz zu streichen.

Art. 7 Abs. 4 VPGA

Um sicherzustellen, dass neben der betroffenen Gemeinde auch der involvierte Kanton rechtzeitig über die Aussteckung und Profilierung informiert wird, ist dieser Absatz wie folgt abzuändern:

"Das SEM informiert den betroffenen Kanton und die betroffene Gemeinde spätestens sieben Tage im Voraus über die Aussteckung und Profilierung."

Art. 15 Abs. 1 VPGA

Bei dem in Art. 62b des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG; SR 172.010) erwähnten Bereinigungsverfahren werden nur die Fachbehörden des Bundes berücksichtigt. Um sicher zu gehen, dass ein entsprechendes Verfahren zügig vorangetrieben werden kann, sind auch die Kantone zum Bereinigungsverfahren einzuladen. Nur auf diese Weise kann eine professionelle Zusammenarbeit zwischen EJPD und dem beteiligten Kanton gewährleistet wer-

den. Entsprechend beantragen wir, dass der Einbezug der involvierten Kantone ausdrücklich in der Verordnung verankert wird:

"1^{bis} Das EJPD lädt auch den betroffenen Kanton zum Bereinigungsverfahren nach Art. 62b RVOG ein."

B) Asylverordnung 2 (AsylV 2)

Art. 24a AsylV 2: Dauer der Kostenerstattungspflicht für Flüchtlingsgruppen

Die Regierung des Kantons Graubünden begrüsst die neu in Art. 24a der Asylverordnung 2 vorgesehene Möglichkeit, den Kantonen Globalpauschalen für Resettlement-Flüchtlinge während sieben Jahren ab Beginn des Monats, welcher auf die Einreise folgt, zu vergüten. Diese erhöhte Dauer der Kostenerstattungspflicht für betagte und behinderte Personen oder unbegleitete Minderjährige orientiert sich an den faktischen Gegebenheiten und den Erfahrungen aus der Praxis. Die damit verbundene finanzielle Entlastung der Kantone ist angesichts der erheblichen Kosten, die diesen im Asylbereich anfallen, zwingend erforderlich.

In diesem Zusammenhang sind auch die finanziellen Beiträge des Bundes an den Integrationsmassnahmen zu erwähnen. Die Herausforderungen in diesem Bereich werden für die Kantone mit dem beschleunigten Asylverfahren weiter zunehmen, was auch mit derzeit nicht absehbaren finanziellen Folgen verbunden sein wird. In diese Sinne wird die vorgesehene Revision der Asylverordnung 2 als ein erster Schritt des Bundes zur finanziellen Unterstützung der Kantone im Hinblick auf die definitive Einführung des beschleunigten Asylverfahrens erachtet.

Abschliessend bedanken wir uns nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme.



Namens der Regierung

Die Präsidentin:

B. Janom Steiner

Der Kanzleidirektor:

Dr. C. Riesen

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Secrétariat d'Etat aux migrations
Mme Dora Bucher et
M. Gaël Buchs
Quellenweg 6
3003 Berne-Wabern

Egalement transmise par courrier électronique aux adresses suivantes : dora.bucher@sem.admin.ch et gael.buchs@sem.admin.ch

Delémont, le 10 janvier 2017

**Accélération des procédures d'asile (Restructuration du domaine de l'asile)
Procédure d'approbation des plans de constructions, mise en vigueur partielle de la
modification du 25 septembre 2015 de la loi sur l'asile (LAsi) : procédure de
consultation**

Madame, Monsieur,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura a bien reçu la demande de Mme la Conseillère fédérale Sommaruga du 12 octobre 2016, concernant l'ouverture de la procédure de consultation citée en marge, laquelle a retenu sa meilleure attention.

Il a pris connaissance avec intérêt des différents documents transmis, en particulier le rapport explicatif et le projet de nouvelle ordonnance sur la procédure d'approbation des plans dans le domaine de l'asile (OAPA), ainsi que les modifications de l'ordonnance 2 sur l'asile relative au financement (OA 2) et de l'ordonnance sur l'exécution du renvoi et de l'expulsion d'étrangers (OERE). Le Gouvernement a l'avantage de vous transmettre sa prise de position.

Après une analyse approfondie, le Gouvernement vous informe que, prises dans leur ensemble, il accueille favorablement les propositions législatives mises en consultation, lesquelles découlent des adaptations relatives à l'accélération des procédures d'asile acceptées par la majorité de la population suisse et l'ensemble des cantons lors du scrutin populaire du 5 juin 2016. Il souhaite toutefois apporter les commentaires qui suivent au sujet des trois ordonnances qui font l'objet de la présente consultation.

1. Projet de nouvelle ordonnance sur la procédure d'approbation des plans dans le domaine de l'asile (OAPA)

Le Gouvernement a pris bonne note des quatre catégories de procédure d'approbation des plans mentionnées dans l'ordonnance, à savoir la procédure ordinaire, la procédure simplifiée et la procédure combinée en cas d'expropriation (art. 2) ou encore la procédure ne nécessitant pas d'autorisation pour les projets qui ne compromettent aucun intérêt digne de protection de l'aménagement du territoire, de l'environnement ou de tiers (art. 3).

Aussi, le Gouvernement attache-t-il une importance toute particulière au fait que, comme le précise expressément le rapport, la procédure ordinaire constitue la règle et qu'elle s'applique en cas de doute. Il se prononce en faveur d'une application la plus large possible de ce type de procédure, laquelle offre les meilleures garanties en ce qui concerne la prise en compte des intérêts des différentes parties à la procédure et, partant, de réussite des projets d'implantation de constructions ou d'installations dans un domaine qui demeure très sensible.

Il convient d'éviter, dans la mesure du possible, la création de situations conflictuelles, synonymes de blocages et de rejet de projets de constructions. Le Gouvernement salue à cet effet la teneur de l'alinéa 3 de l'article 5 de l'ordonnance qui prévoit, lors de l'examen préliminaire du projet, la possibilité d'ordonner la participation anticipée de la population ou d'autres milieux concernés à la procédure. Une telle mesure est de nature à favoriser un dialogue constructif et d'éviter certains préjugés. Il est en outre essentiel de tenir compte des particularités cantonales, régionales et locales, lors, par exemple, de la fixation de l'affectation et de la taille d'une construction ou d'une installation, de façon à réduire le champ des oppositions à de telles réalisations.

2. Modifications de l'ordonnance 2 sur l'asile relative au financement (OA 2)

Après examen de l'article 24 OA 2, le Gouvernement est d'accord avec la suppression du droit à l'octroi d'une autorisation d'établissement pour les apatrides après un séjour d'une durée de cinq ans, et de leur placement sur un pied d'égalité avec les réfugiés au bénéfice de l'asile. Il note que la neutralité des coûts est assurée par l'introduction d'une durée limitée à cinq ans de l'obligation, pour la Confédération, de rembourser les frais pour les apatrides.

Le Gouvernement prend également bonne note que le nouveau système de financement en faveur des réfugiés à réinstaller prévu par les articles 24a, 26, al. 1, et 27a OA2, n'a en principe aucune incidence sur les coûts, dans la mesure où la Confédération verse déjà un forfait global en faveur de certains réfugiés à réinstaller pendant une durée supérieure à cinq ans si, à leur arrivée en Suisse, ces réfugiés étaient invalides, âgés ou malades, ou s'ils sont arrivés en Suisse en tant que mineurs non accompagnés. Partant, il insiste avec vigueur sur le strict respect de la neutralité des coûts en faveur de ces catégories de personnes.

Il se permet encore de relever que, la Confédération étant active dans l'accueil de ces personnes, qui s'ajoutent aux réfugiés qui arrivent par leurs propres moyens, il semble justifié qu'elle assume le cas échéant l'intégralité des coûts qui en découlent. Il ne partage au demeurant pas l'optimisme affiché dans le rapport explicatif qui mentionne la possibilité pour les cantons de constituer des réserves financières en cas d'intégration rapide sur le marché du travail, le calcul du forfait ne tenant pas compte du taux d'occupation en cas d'exercice d'une activité lucrative. De même, l'hypothèse selon laquelle 75 % des réfugiés à réinstaller, après cinq ans de séjour, s'intégreront sur le marché du travail ou pourront prétendre à des prestations d'assurance sociale (AVS, AI, PC) semble extrêmement optimiste au regard de la situation qui prévaut actuellement.

3. Modifications de l'ordonnance sur l'exécution du renvoi et de l'expulsion d'étrangers (OERE)

Le Gouvernement prend acte que la modification proposée (art. 15p) a pour but de réglementer la conservation et l'effacement des données médicales transmises au Secrétariat d'Etat aux migrations aux fins d'évaluer l'aptitude au transport de l'étranger. Cet amendement n'appelle pas de commentaire particulier.

En vous remerciant d'avoir pris le soin de le consulter, le Gouvernement vous adresse, Madame, Monsieur, l'expression de sa parfaite considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Nathalie Barthoulot
Présidente


Jean-Christophe Kübler
Chancelier d'État



Gesundheits- und Sozialdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 60 84
Telefax 041 228 60 97
gesundheit.soziales@lu.ch
www.lu.ch

Geht per E-Mail an:

- dora.bucher@sem.admin.ch
- gael.buchs@sem.admin.ch

Luzern, 24. Januar 2017

Protokoll-Nr.: 84

Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs): Plangenehmigungsverfahren, Teilinkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes (AsylG) vom 25. September 2015: Stellungnahme des Regierungsrates des Kantons Luzern

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen und Auftrag des Regierungsrats teile ich Ihnen mit, dass wir mit den Vorschlägen im titelerwähnten Vernehmlassungsverfahren grundsätzlich einverstanden sind, vorbehältlich nachstehender Bemerkungen:

Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich (VPGA)

Das Bewilligungsverfahren für den Bau von Bundeszentren einer Behörde zu unterstellen, trägt massgebend zur Beschleunigung der Verfahren bei und der Aufbau der nötigen Infrastruktur kann zügig an die Hand genommen werden. Dies ist zu begrüßen. Wir bemängeln jedoch, dass der Sachplan Asyl, der sich derzeit in Ausarbeitung befindet, anlässlich dieses Vernehmlassungsverfahrens nicht vorliegt.

Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (AsylV 2)

Bei den Angehörigen einer Flüchtlingsgruppe nach Art. 56 AsylG, den sog. Resettlement-Flüchtlingen, handelt es sich in der Regel um vulnerable Personen, die entweder behindert, betagt, krank oder unbegleitet und minderjährig sind. Der Vorschlag, dass der Bund für diese Personen während sieben Jahren Globalpauschalen ausrichtet, zielt eindeutig in die richtige Richtung, geht aber zu wenig weit. Bei vulnerablen Personen sind die Folgekosten in aller Regel hoch. Das durch den Bund den Vernehmlassungsbestimmungen zugrunde gelegte Rechnungsmodell, nach dem die über fünf Jahre hinausgehende Vergütung als Kompensation für die Mehrkosten, die durch diejenigen Resettlement-Flüchtlinge verursacht werden,

die zu jenem Zeitpunkt noch nicht wirtschaftlich selbständig oder unbegleitete Minderjährige sind, die Kantone schadlos zu halten vermag, überzeugt nicht.

Der Kanton Luzern weist insbesondere im Zusammenhang mit unbegleiteten minderjährigen Personen, die sich entweder in einem laufenden Asylverfahren befinden, vorläufig aufgenommen wurden oder Asyl erhalten haben, seit längerer Zeit immer wieder darauf hin, dass weder die Globalpauschale noch die Integrationspauschale annähernd ausreichen, um die in den Kantonen entstehenden Kosten zu decken.

Wir erwarten deshalb, dass der Bund seine Verantwortung wahrnimmt und für Resettlement-Flüchtlinge vorbehaltlos während zehn Jahren die Globalpauschale ausrichtet.

Bei dieser Gelegenheit erneuert der Kanton Luzern seine Forderung an den Bund, grundsätzlich während zehn Jahren seit Asylentscheid die ungedeckten Kosten der Unterbringung und Betreuung für anerkannte Flüchtlinge mit Asylgewährung, für vorläufig aufgenommene Flüchtlinge sowie für vorläufig aufgenommene Personen zu übernehmen und sich durch eine substantielle Erhöhung der Integrationspauschale stärker an den Kosten der Integration zu beteiligen.

Schliesslich ist es bei einer weiteren Aufnahme von Resettlement-Gruppen unabdingbar, dass der Bund analog des Pilotprojekts in den Jahren 2013-2015 (500 Personen) zusätzliche Gelder für die Integration dieser Personen bereitstellt.

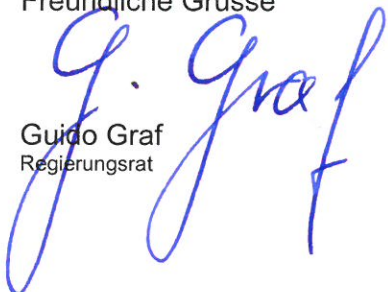
Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA)

Die Aufbewahrung und Löschung medizinischer Daten, die dem Staatssekretariat für Migration (SEM) zur Beurteilung der Transportfähigkeit einer wegzuweisenden Person übermittelt werden, soll neu geregelt werden. Der vorgeschlagene Umgang mit diesen sensiblen Daten ist im Grundsatz zweckdienlich, effizient und ermöglicht bei einer späteren, erneuten Beurteilung der Transportfähigkeit, auf die früheren medizinischen Daten zurückgreifen zu können. Allerdings kann unter Vollzug der Weg- oder Ausweisung unserer Meinung nach nur eine (durch die Behörden) kontrollierte Ausreise verstanden werden. Bei Personen, deren Weg- oder Ausweisung nicht kontrolliert vollzogen wurde besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass sie lediglich untergetaucht sind und somit die Schweiz gar nicht verlassen haben. Wir beantragen deshalb, für nicht kontrolliert ausgereiste Personen gesonderte Aufbewahrungs- und Löschungsfristen von einer gewissen Dauer festzulegen, falls diese Personen wieder in den staatlichen Strukturen auftauchen sollten.

Abschliessend danken wir Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, für die Möglichkeit zur Stellungnahme und bitten Sie um die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Guido Graf
Regierungsrat





LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement

27. Jan. 2017

N^o.



SEMPE006491

Département fédéral de
justice et police
Palais fédéral
3003 Berne

**Accélération des procédures d'asile (Restructuration du domaine de l'asile)
Procédure d'approbation des plans de constructions, mise en vigueur partielle de la
modification du 25 septembre 2015 de la loi sur l'asile (LAsi)**

Madame la conseillère fédérale,

Le Conseil d'État de la République et Canton de Neuchâtel vous remercie de lui avoir fourni la possibilité de participer à la consultation fédérale citée en rubrique et approuve le projet de modifications relatif aux dispositions d'exécution sur la procédure fédérale d'approbation des plans de constructions des centres de la Confédération ainsi que les autres modifications prévues.

Le projet de nouvelle ordonnance sur la procédure d'approbation des plans dans le domaine de l'asile (OAPA) fixe entre autres les règles permettant aux particuliers, aux communes et aux cantons de participer aux décisions qui seront prononcées par l'autorité d'approbation (DFJP) dans le cadre de projets de construction relatifs aux centres de la Confédération.

La Confédération envisage de soumettre les constructions et installations des centres d'accueil et d'hébergement fédéraux à une nouvelle procédure fédérale (inspirée de la procédure militaire) pour l'autorisation de construire ou de rénover. Tout comme la conférence suisse des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de l'environnement (DTAP), nous saluons cette initiative.

En vous souhaitant bonne réception de la présente et en vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 23 janvier 2017



Au nom du Conseil d'État :

Le président,
J.-N. KARAKASH

La chancelière,
S. DESPLAND



RÉPUBLIQUE ET CANTON DE NEUCHÂTEL

CHANCELLERIE D'ÉTAT

Département fédéral de justice et
police
Palais fédéral
3003 Berne

AVEC NOS COMPLIMENTS



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Frau Bundesrätin
Simonetta Sommaruga
Bundehaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 24. Januar 2017

Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs). Plangenehmigungsverfahren, Teilkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes vom 25. September 2015. Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2016 haben Sie uns zur Vernehmlassung zu oben genannter Vorlage eingeladen. Wir danken für die Möglichkeit zur Mitwirkung und nehmen gerne wie folgt Stellung.

Grundsätzliches

Der Regierungsrat muss immer wieder feststellen und zur Kenntnis nehmen, dass die Rückführung von letztinstanzlich abgewiesenen Asylbewerbern nicht vollzogen werden kann. Diesem wichtigen Element des Vollzugs der Asylpolitik muss vermehrt Beachtung geschenkt werden. Wir ersuchen Sie deshalb, sehr geehrte Frau Bundesrätin, die Vorkehrungen und Bemühungen für den Abschluss von entsprechenden Abkommen mit Drittstaaten fortzusetzen und zu intensivieren.

Zu den einzelnen Vorlagen

A Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich (VPGA)
Bundesrechtliche Plangenehmigungsverfahren sind auch aus anderen Bereichen bekannt. Wir sehen daher damit keine besonderen Schwierigkeiten und sind mit der neuen VPGA einverstanden.

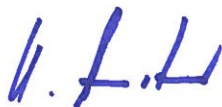
B Änderung der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (Asylverordnung 2, AsylV 2)
Die über fünf Jahre hinausgehende Vergütung bei Flüchtlingsgruppen nach Art. 56 AsylG und die damit einhergehende finanzielle Unterstützung der Kantone ist zu begrüßen. Ebenfalls überzeugen der Verzicht auf aufwändige Einzelfallabklärungen und die Abrechnung mittels Globalpauschalen. Die Globalpauschalen sind jedoch periodisch zu überprüfen und den Realitäten anzupassen. Ausserhalb der vorliegenden Änderung wäre zudem begrüssenswert, wenn nebst den Kosten der Asylverfahren zusätzlich die Kosten der „Dublin-III-Verfahren“ dem Staatssekretariat für Migration verrechnet werden könnten.

C Änderung der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VWA)

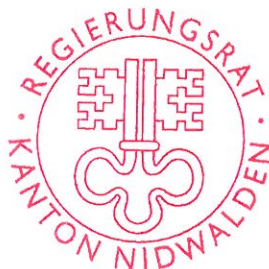
Die Normierung auf Verordnungsstufe der Bearbeitung besonders schützenswerter Personendaten (medizinische Daten) durch die mit dem Vollzug betrauten Behörden wird begrüsst. Wir unterstützen auch, dass die medizinischen Daten auch aufbewahrt werden dürfen, falls Weg- und Ausweisungen nicht vollzogen werden können. Wesentlich scheint uns in diesem Zusammenhang, dass die Daten nur bei einer kontrollierten Ausreise gelöscht werden. Daten von untergetauchten Ausreisepflichtigen sind daher nicht zu löschen.

Wir danken Ihnen, wenn Sie diese Überlegungen bei Ihren weiteren Arbeiten berücksichtigen.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Ueli Amstad
Landammann



lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber

Geht an:

- dora.bucher@sem.admin.ch
- gael.buchs@sem.admin.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach 1561, SJD

Per E-Mail an:

dora.bucher@sem.admin.ch

gael.buchs@sem.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.2678

Unser Zeichen: ma

Sarnen, 23. Januar 2017

Vernehmlassung zur Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs). Plangenehmigungsverfahren, Teilinkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes (AsylG) vom 25. September 2015; Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung zu den Verordnungsanpassungen im Zusammenhang mit den Änderungen des Asylgesetzes vom 25. September 2016. Gerne nehmen wir wie folgt Stellung:

Im Juni 2016 hat die Schweizer Stimmbevölkerung der Neustrukturierung des Asylbereichs und damit der Beschleunigung der Asylverfahren zugestimmt. Die vorliegenden Anpassungen verschiedener Verordnungen ermöglicht eine konsequente Umsetzung der Beschleunigung der Asylverfahren.

Die Stossrichtungen der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich, der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen und der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen werden grundsätzlich begrüsst. Hinsichtlich der einzelnen Änderungen schliessen wir uns den Ausführungen der Musterstellungnahme der Generalsekretariate der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren SODK, der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und der Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz (BPUK) vom Dezember 2016 an. Die geforderten Änderungen und Ergänzungen sind auch im Sinne des Kantons Obwalden.

Ergänzend haben wir folgende Bemerkungen:

Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren (VPGA)

Da bei einem Plangenehmigungsverfahren des Bundes die Kantone zur Mitwirkung verpflichtet sind, erwarten wir, dass den Kantonen die entstandenen Kosten durch den Bund entschädigt werden.

Art. 2 Abs. 3 VPGA

Gemäss der Vorlage wird das kantonale Recht berücksichtigt, soweit es die Erfüllung der Aufgaben des Bundes nicht unverhältnismässig einschränkt. Da eine klare Definition fehlt, wann eine „unverhältnismässige Einschränkung“ vorliegt, besteht die Gefahr, dass das kantonale Recht ausgehebelt wird. Im neuen Asylgesetz, welches vom Volk am 5. Juni 2016 angenommen wurde, ist in Art. 95 Abs. 3 vorgesehen, dass das kantonale Recht im Rahmen des Plangenehmigungsverfahrens zu berücksichtigen ist. Wir sehen nicht ein, weshalb nun auf Verordnungsstufe dieser Artikel ausgehebelt werden soll. An der uneingeschränkten Berücksichtigung des kantonalen Rechts ist festzuhalten und der Zusatz „soweit es die Erfüllung der Aufgaben des Bundes zur Unterbringung Asylsuchender oder zur Durchführung von Asylverfahren nicht unverhältnismässig einschränkt“ ist zu streichen.

Art. 19 VPGA

Eine Enteignung durch den Bund soll erst eingeleitet werden können, wenn für die Verwirklichung eines Vorhabens eine Enteignung notwendig ist und die Verhandlungen zwischen dem Bund und der Eigentümerschaft des Grundstücks, dem Belegenheitskanton und der Belegenheitsgemeinde ergebnislos verliefen. Der Artikel ist entsprechend zu ergänzen. So kann bereits früh sichergestellt werden, dass der Bund keine Enteignungen gegen den Willen der Bevölkerung und der kantonalen und kommunalen Gemeindewesen durchsetzt, ohne zuvor mit den betroffenen Gemeindewesen zusammenzusitzen und mögliche alternative Standorte im Kanton zu diskutieren. Eine Enteignung soll nur als letztmöglicher Weg erfolgen.

Art. 26 Eröffnung VPGA

Es stellt sich die Frage, weshalb Plangenehmigungsentscheide nicht analog Art. 9 Abs. 2 publiziert werden. Gesuchsunterlagen werden im amtlichen Publikationsorgan des Kantons und der Gemeinde sowie im Bundesblatt angezeigt.

Verordnung über Finanzierungsfragen (AsylV 2)

Art. 24a Abs. 1 AsylV 2

Der Bund vergütet den Kantonen neu Globalpauschalen für alle Flüchtlinge, die einer Flüchtlingsgruppe nach Artikel 56 AsylG angehören, während sieben Jahren. Ob diese Regelung für die Kantone tatsächlich kostenneutral sein wird, wagen wir zu bezweifeln. Die Kostenentwicklung muss daher laufend analysiert und wenn nötig das Finanzierungssystem angepasst werden.

Art. 24a Abs. 2 AsylV 2

Heute wird klar definiert, wie lange Globalpauschalen für unbegleitete Minderjährige (UMA) ausgerichtet werden können (Art. 24 Abs. 4 Bst. c AsylV 2): Bis zur Volljährigkeit oder bis zum Abschluss der Erstausbildung, längstens aber bis zum 25. Altersjahr. Diese Definition ist auch im neuen Art. 24a Abs. 2 aufzunehmen.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Freundliche Grüsse



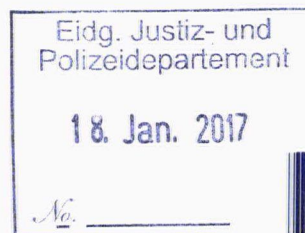
Christoph Amstad
Regierungsrat

Beilage:

- Musterstellungnahme der SODK, KKJPD und BPUK vom Dezember 2016

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Bau- und Raumentwicklungsdepartement BRD
- Volkswirtschaftsdepartement VD
- Sozialamt
- Staatskanzlei mit den Akten (OWSTK.2678)



SEMPE006384

Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 17. Januar 2017

**Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs)
Plangenehmigungsverfahren, Teilkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes
vom 25. September 2016; Vernehmlassungsantwort**

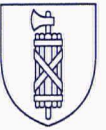
Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2016 haben Sie die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung zum Entwurf der neuen Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich (VPGA) sowie zu Änderungen der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (SR 142.312; abgekürzt AsylV 2) und der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (SR 142.281; abgekürzt VVWA) eingeladen. Wir nehmen dazu gern wie folgt Stellung:

Die Regierung des Kantons St.Gallen ist mit den in der Vernehmlassungsvorlage unterbreiteten Vorschlägen grundsätzlich einverstanden, fordert den Bund allerdings mit Nachdruck auf, bei der Planung und Errichtung seiner Zentren sowohl die kommunalen als auch die kantonalen Behörden rechtzeitig in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Weitere Bemerkungen zu den einzelnen Verordnungen wollen Sie dem beiliegenden Anhang entnehmen.

Gerne erlauben wir uns folgende ergänzende Randbemerkung: Im Moment sind Datenerhebungen und Gespräche betreffend Änderungen der Bundessubventionen für Unbegleitete Minderjährige (MNA) sowie für die Integration von vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen im Gang. Trotz ihrer grundsätzlichen Zustimmung zur Vorlage legt die Regierung des Kantons St.Gallen Wert darauf, dass die darin vorgesehenen Änderungen des Finanzierungssystems den politischen Diskussionen über eine adäquatere Bundesabgeltung der Kosten der Kantone in keinem Fall vorgreifen dürfen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Anliegen.



Im Namen der Regierung

Martin Klöti
Präsident

Canisius Braun
Staatssekretär



Beilage:
Anhang

Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
dora.bucher@sem.admin.ch; gael.buchs@sem.admin.ch



Anhang zur Vernehmlassungsantwort «Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs), Plangenehmigungsverfahren, Teilkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes vom 25. September 2015»

Die Regierung des Kantons St.Gallen weist im Zusammenhang mit der genannten Vorlage im Einzelnen auf folgende Punkte hin:

1. Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich (VGPA)

Allgemeine Bemerkungen

Beim Plangenehmigungsverfahren nach Art. 95c ff. nAsylG handelt es sich um ein neues Instrument für den Bund. Da im Bereich Asylwesen die Akzeptanz in der lokalen Bevölkerung wichtig ist, ist bereits bei der Planung und Umsetzung ein spezielles Augenmerk auf den Miteinbezug der betroffenen Gemeinden und Kantone zu richten.

Mit dem Plangenehmigungsverfahren wird ein zweistufiges Verfahren eingeführt. Zunächst erfolgt eine Vorprüfung (Art. 5 VPGA), danach die formelle Einreichung des Plangenehmigungsgesuchs (Art. 6 VPGA). Da die Bundesbehörden das kantonale Recht sowie die lokalen Begebenheiten zu berücksichtigen haben, ist es erforderlich, dass die entsprechenden kantonalen Fachstellen früh in den Prozess miteinbezogen werden. Es reicht nicht aus, wenn der Kanton erst nach Auflage der Gesuchsunterlagen Stellung nehmen kann.

Zu Art. 2 Abs. 3

Bei der Interessenabwägung durch das EJPD ist sicherzustellen, dass kantonales Recht nicht einfach übergangen werden kann. Es ist notwendig, rechtzeitig mit den kantonalen Fachstellen Rücksprache zu nehmen.

Zu Art. 5 Abs. 1

Das SEM reicht dem EJPD ein Vorprüfungsgesuch nach Art. 5 ein. Das EJPD muss aufgrund der Unterlagen die Auswirkungen des Vorhabens auf Raum, Umwelt und Dritte abschätzen und einen entsprechenden Fragenkatalog beantworten können. Gegebenenfalls kann es eine Ergänzung oder Überarbeitung verlangen. Für die Beurteilung der Auswirkungen sowie die Beantwortung der Fragen ist im Rahmen der Vorprüfung der Einbezug der entsprechenden kantonalen Fachstellen notwendig.

Zu Art. 7 Abs. 2 und 3

Diese Bestimmung geht weiter als die kantonale Regelung zur Bauvisierung (Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht des Kantons St.Gallen [sGS 731.1]). Es ist hier auf die kantonalen Vorgaben zu verweisen und eine Aussteckung / Visierung nach kantonalem Recht anzuordnen. Ebenso haben Erleichterungen der Anforderungen an die Aussteckung / Visierung den kantonalen Vorgaben zu entsprechen.



Zu Art. 7 Abs. 4

Das SEM informiert die betroffene Gemeinde spätestens sieben Tage im Voraus über die Aussteckung und Profilierung. Dabei ist nicht nur die betroffene Gemeinde, sondern auch der betroffene Kanton zu informieren.

Zu Art. 9 ff.

Es ist eine Abstimmung zwischen EJPD und der betroffenen Gemeinde sicherzustellen, damit die öffentliche Auflage koordiniert erfolgen kann. Dabei sollten insbesondere alle Publikationsorgane die gleichen Auflagedaten wiedergeben.

Wenn die knappe Frist von drei Monaten (Art. 13 Abs. 2) vom Kanton eingehalten werden soll, ist entsprechend zu präzisieren und sicherzustellen, dass die Gemeinde die bei ihr eingegangenen Einsprachen und Anregungen und die entsprechenden Stellungnahmen *unverzüglich* an den Kanton weiterleitet (Art. 12).

Zu Art. 12

Um nicht vom weiteren Verfahren ausgeschlossen zu werden (Art. 95g Abs. 1 nAsylG), muss die Gemeinde, in der das Gebäude oder die Anlage geplant ist, ihre Interessen innerhalb der Einsprachefrist geltend machen (Art. 11 Abs. 1). Auf diese Tatsache sollte die Gemeinde im Verfahren explizit hingewiesen werden.

Zu Art. 15

Wir erachten es als sinnvoll, wenn im Rahmen des Bereinigungsverfahrens nach Art. 62b RVOG auch die betroffenen Kantone miteinbezogen werden.

Zu Art. 25 Abs. 1

Da ein Gesuch nach dem im Zeitpunkt des Entscheids geltenden Recht beurteilt wird, ist sicherzustellen, dass der Bund die aktuellen kantonalen und kommunalen Bestimmungen genügend berücksichtigt.

Zu Art. 30 Abs. 1

Art. 95a Abs. 1 Bst. a nAsylG gilt während zehn Jahren nach seinem Inkrafttreten. Nach Ablauf der Frist von zehn Jahren werden Vorhaben des Bundes zur Erstellung neuer Bauten und Anlagen für die Unterbringung Asylsuchender oder die Durchführung von Asylverfahren im Rahmen der kantonalen Bewilligungsverfahren geprüft. Es ist bereits jetzt darauf zu achten, dass dieser Übergang dannzumal reibungslos erfolgen kann.

3. Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA)

Da im Kanton St.Gallen das Migrationsamt für den Vollzug der Wegweisungen zuständig ist, müsste die Löschung und/oder die Aufbewahrung der medizinischen Daten in deren Dossiers manuell, d.h. ohne Automatismus, durchgeführt werden. Dies wäre mit einem immensen Aufwand verbunden und eine systematische Kontrolle nicht realistisch. Für das Migrationsamt ist die vorgeschlagene Änderung kaum umsetzbar.



Staatssekretariat für Migration SEM

3003 Bern-Wabern

23. Januar 2017

Vernehmlassung zur Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs) Plangenehmigungsverfahren, Teilinkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes (AsylG) vom 25. September 2015

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 12. Oktober 2016 die Vernehmlassung zur Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs) Plangenehmigungsverfahren, Teilinkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes (AsylG) vom 25. September 2015 zugestellt. Wir nehmen wie folgt Stellung:

1. Neue Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich

Kernstück der beschlossenen Asylgesetzrevision ist die Beschleunigung der Asylverfahren, welche mehrheitlich in den vom Bund betriebenen Asylzentren durchgeführt werden sollen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es unabdingbar, dass der Bund für die Durchführung der Asylverfahren und des Wegweisungsvollzugs über die dafür nötigen Bundeszentren auch tatsächlich verfügt, und die zusätzlich notwendigen Plätze innert nützlicher Frist realisieren kann. Die Vereinfachung und Beschleunigung der Bewilligungsverfahren sind neben anderen Faktoren entscheidend, damit dieses zentrale Element der Asylgesetzrevision umgesetzt werden kann.

Auch im bundesrechtlichen Planbewilligungsverfahren hat die Bevölkerung Gelegenheit Anregungen einzubringen und Einsprache zu erheben. Ein Entscheid des für die Bewilligung zuständigen EJPD kann beim Bundesverwaltungsgericht und in zweiter Instanz beim Bundesgericht angefochten werden.

Insgesamt ist der Ersatz der ordentlichen Baubewilligungsverfahren durch ein neues bundesrechtliches Plangenehmigungsverfahren daher richtig und sorgt dafür, dass die Umsetzung der beschlossenen Asylgesetzrevision nicht mit überaus langwierigen Verfahren verlangsamt und hinausgezögert werden kann.

Die Neuordnung des Plangenehmigungsverfahrens im Asylbereich wird vom Kanton Solothurn in diesem Sinn ausdrücklich begrüsst und unterstützt.

2. Änderungen der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen

2.1. Dauer der Kostenerstattungspflicht für staatenlose Personen

Der Kanton Solothurn begrüsst die vorgesehene Anpassung, wonach staatenlose Personen nach Ablauf von 5 Jahren keinen automatischen Anspruch auf die Erteilung einer Niederlassungsbewilligung haben. Die staatenlosen Personen werden damit den anerkannten Flüchtlingen gleichgestellt. Die Beschränkung der Kostenerstattungspflicht des Bundes für die staatenlosen Personen auf maximal 5 Jahre ist die logische Konsequenz. Personell hat die Neuregelung weder für den Bund noch die Kantone Auswirkungen.

2.2. Dauer der Kostenerstattungspflicht für Flüchtlingsgruppen

Die Verlängerung der Kostenabgeltung für Resettlement-Flüchtlinge wird vom Kanton Solothurn begrüsst. Sie trägt dem Umstand Rechnung, dass im Rahmen der Resettlementprogramme von der Schweiz aktiv Personen aufgenommen werden, welche teilweise in schlechtem gesundheitlichen Zustand sind, und daher oft nur sehr schwer oder gar nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Der Kanton Solothurn hat bisher 2 Gruppen von Resettlement-Flüchtlingen aufgenommen und ebenfalls die Erfahrung gemacht, dass die Unterstützungsbedürftigkeit dieser Flüchtlinge tendenziell eher länger andauert.

Mit der neu vorgeschlagenen Nichtberücksichtigung der Erwerbsquote wird ein richtiger finanzieller Anreiz geschaffen; allerdings wird dieser aus den bereits erwähnten Gründen nur bedingt wirksam sein.

3. Änderung der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung ausländischer Personen

Aufbewahrung und Löschung medizinischer Daten

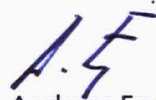
Gestützt auf die Praxiserfahrung wird die Neuregelung der Aufbewahrung medizinischer Daten vom Kanton Solothurn nicht unterstützt. Medizinische Daten betreffend die Beurteilung der Transportfähigkeit sollten nicht unmittelbar nach dem Vollzug der Weg- oder Ausweisung gelöscht, sondern für eine angemessene Zeit noch aufbewahrt werden. Es ist bekannt, dass etliche Personen – insbesondere auch aus dem Bereich der Dublinverfahren – nach erfolgter Wegweisung erneut und teilweise mehrfach wieder in die Schweiz einreisen. Bei gleichbleibenden Verhältnissen würde die sofortige Löschung der Daten dazu führen, dass mit den entsprechenden Kosten neue medizinische Abklärungen getroffen werden müssen, und damit auch der neue Wegweisungsvollzug verzögert werden kann. Wir schlagen daher vor, dass die medizinischen Daten in Anlehnung an Art. 111c Asylgesetz während maximal 5 Jahren nach Eintritt der Rechtskraft des Wegweisungsentscheids aufbewahrt werden können.

Wir bitten Sie, unsere Überlegungen in der weiteren Behandlung des Geschäfts zu berücksichtigen und stehen für allfällige Fragen jederzeit zur Verfügung.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES



Dr. Remo Ankli
Landammann



Andreas Eng
Staatsschreiber



6431 Schwyz, Postfach 1260

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

elektronisch an

- dora.bucher@sem.admin.ch
- gael.buchs@sem.admin.ch

Schwyz, 10. Januar 2017

Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs); Plangenehmigungsverfahren, Teilkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes (AsylG) vom 25. September 2015
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2016 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) den Kantonsregierungen die Unterlagen betreffend die Neustrukturierung des Asylbereichs zur Vernehmlassung bis 26. Januar 2017 unterbreitet. Gerne äussern wir uns dazu wie folgt:

Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen

Zu Art. 24 Bst. c AsylV2

Keine Anmerkungen.

Zu Art. 24a / Art. 26 Abs. 1 und Art. 27a AsylV2

Wir stehen der Aufnahme von Asylgruppen, insbesondere von vulnerablen Personen, bei welchen die Integrationsvoraussetzungen nochmals um ein vielfaches schwieriger und die Belastung für die zu integrierende Gemeinde entsprechend grösser sind, sehr kritisch gegenüber. Eine Unterstützung vor Ort oder eine Unterstützung der Integration in den umliegenden Regionen des Herkunftsgebiets wird klar bevorzugt. Die Erfahrungen, die der Kanton Schwyz mit Resettlement-Flüchtlingen gemacht hat, bestärken ihn in dieser Ansicht. Es gilt, bei der Aufnahme jedoch auch die Aussichten auf eine erfolgreiche Integration zu berücksichtigen und zu priorisieren.

Zur vorgeschlagenen Änderung der Globalpauschale

Es ist grundsätzlich positiv, mittels einer Globalpauschale analog zu den bestehenden GP I und GP II zu verfahren und das Abgeltungssystem einfach und unbürokratisch zu halten.

Es ist nicht nachvollziehbar, mit welcher Berechnungsgrundlage das Staatssekretariat für Migration (SEM) operiert. Die Annahme, dass 75% der Resettlement-Flüchtlinge nach fünf Jahren wirtschaftlich unabhängig sein sollen, ist mit Blick auf die Statistik der Erwerbstätigkeit von Flüchtlingen nicht zu vertreten. Zumal der Anteil an Vulnerablen bei Resettlement-Flüchtlingen höher liegt als bei den

übrigen Asylsuchenden und die Ergebnisse des Pilotprojekts „Resettlement-Flüchtlinge“ noch nicht vorliegen. Somit ist die Berechnungsgrundlage, wodurch die über fünf Jahre hinausgehende Vergütung die Mehrkosten von Personen mit einer schweren körperlichen oder geistigen Behinderung oder von sehr betagten Personen auffangen sollte, nicht schlüssig.

Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA)

Wir erachten eine unverzügliche Löschung der medizinischen Daten zur Beurteilung der Transportfähigkeit als nicht sinnvoll und sprechen uns dagegen aus. Insbesondere im Hinblick auf Dublin-Repeater oder Personen, die Mehrfachgesuche stellen, welche im Schnellverfahren entschieden werden können, sollten die medizinischen Daten mindestens sechs Monate aufbewahrt und erneut für die Feststellung der Transportfähigkeit mitberücksichtigt werden. So wird zudem verhindert, dass ein relevanter Umstand bei einer erneuten Abklärung allenfalls übersehen werden könnte.

Bei Personen, die sich dem Vollzug der Wegweisung durch Untertauchen entziehen, sind die Daten nicht zu löschen. Grund hierzu ist die Wahrscheinlichkeit, wonach diese Personen später entweder wieder vorstellig werden (z.B. mit einem Mehrfachgesuch) oder von staatlichen Organen angetroffen werden.

Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich (VPGA)

Allgemeines

An dieser Stelle halten wir nochmals mit Nachdruck fest, dass der Ortsteil Seewen der Gemeinde Schwyz nicht als Zentrum des Bundes bezeichnet und folglich nicht im Sachplan Asyl aufgeführt werden darf.

Das Plangenehmigungsverfahren (PGV) bezieht sich auf den Sachplan Asyl, der jedoch noch nicht vorliegt. So ist es uns nicht möglich, den materiellen Gehalt der vorliegenden Verordnung am konkreten Beispiel zu überprüfen.

Bei einem Plangenehmigungsverfahren des Bundes sind die Kantone zur Mitwirkung verpflichtet, da es sich bei den von den Kantonen erarbeiteten Stellungnahmen um einen unverzichtbaren Bestandteil handelt (siehe dazu auch BGr. 1C_78/2012 vom 10. Oktober 2012). Da der Kanton zur Mitwirkung verpflichtet ist, erachten wir es als nicht angebracht, Verfahrenskosten zu übernehmen.

Zu Art. 2 VPGA

Art. 2 Abs. 3 VPGA wird in der vorgesehenen Form abgelehnt. Die diesbezügliche übergeordnete gesetzliche Bestimmung (Art. 95a Abs. 3 AsylG) schreibt im Rahmen des Plangenehmigungsverfahrens eine zwingende Berücksichtigung des kantonalen Rechts vor und nicht bloss für Fälle, in denen dieses die Erfüllung der Aufgaben des Bundes zur Unterbringung Asylsuchender oder zur Durchführung von Asylverfahren nicht unverhältnismässig einschränkt.

Zu Art. 3 VPGA

Die „vorübergehende Nutzung“ ist zeitlich zu definieren. Wir beantragen, den Artikel wie folgt anzupassen:

„Vorhaben, die eine vorübergehende Nutzung von militärischen Bauten und Anlagen gemäss Artikel 24c AsylG vorsehen, sind genehmigungsfrei. Eine vorübergehende Nutzung soll eine Dauer von drei Jahren nicht überschreiten.“

Zu Art. 3 Bst d VPGA

Dafür, dass Fahrnisbauten bis zu einer Dauer von 24 Monaten genehmigungsfrei aufgestellt werden können, besteht im (Asyl-)Gesetz keine rechtliche Grundlage. Art. 3 Abs. 2 Bst. d VPGA erweist sich somit als rechtswidrig und wird abgelehnt. Es sind überdies auch kaum Fälle denkbar, in denen für 24 Monate geplante Fahrnisbauten keine schutzwürdigen Interessen der Raumordnung, der Umwelt oder Dritter berühren (vgl. Art. 3 Abs. 2 erster Satz VPGA).

Zu Art. 4 VPGA

Vgl. einleitende Bemerkungen zum Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich.

Zu Art. 5 VPGA

Gemäss der vorgeschlagenen Formulierung kann das SEM ungeachtet der Position des betroffenen Kantons ein Vorprüfungsgesuch einreichen. Dies erscheint uns nicht angemessen und entspricht nicht dem föderalistischen Gedankengut, da Standortkantone in jedem Falle von Vorhaben stark betroffen sind. In diesem Sinne muss ein Einbezug des potentiellen Standortkantons in der Norm wie folgt festgehalten sein:

„¹ Das SEM erarbeitet unter Einbezug des betroffenen Kantons das Vorprüfungsgesuch und reicht es dem EJPD ein. Es umfasst insbesondere: ...“.

Zu Art. 7 Abs. 2 VPGA

Hier ist festzustellen, dass der Bund Vorgaben in einem Bereich macht, in dem er nicht zuständig ist. Die Gesetzgebungskompetenz liegt bei den Kantonen. Überdies ist die Formulierung nicht mit der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) vereinbar; dies hat das Interkantonale Organ über die Harmonisierung der Baubegriffe (IOHB) überprüfen lassen. Der Bund hat somit keine Grundlagen auf Stufe Verfassung oder Gesetz, um eine solche Bestimmung zu erlassen, weshalb Konflikte und rechtliche Auseinandersetzungen vorprogrammiert sind.

Zu Art. 7 Abs. 4 VPGA

Art. 7 Abs. 4 VPGA sieht vor, dass das SEM die beteiligten Gemeinden spätestens sieben Tage im Voraus über die Aussteckung und Profilierung informiert. Um sicherzustellen, dass auch der involvierte Kanton darüber informiert ist, muss das SEM diesen ebenfalls rechtzeitig informieren. Der Artikel ist wie folgt anzupassen.

„⁴ Das SEM informiert den betroffenen Kanton und die betroffene Gemeinde spätestens sieben Tage im Voraus über die Aussteckung und Profilierung.“

Zu Art. 10 Abs. 2 VPGA

Um von der Durchführung eines Mitwirkungsverfahrens abzusehen, hat das SEM nachzuweisen, dass die betroffene Bevölkerung schon früher in geeigneter Weise mitwirken konnte. Die Begriffe „früher“ und „in geeigneter Weise“ sind nicht klar definiert und können daher zu Umsetzungsproblemen führen. Es wird dringend empfohlen, diesen Artikel präziser auszuformulieren oder zu streichen.

Zu Art. 12 Abs. 1 VPGA

Die im erläuternden Bericht erwähnte Frist von in der Regel 1.5 Monaten ist in Art. 12 Abs. 1 VPGA nicht festgehalten. Es stellt sich die Frage, ob diese Frist zum Schutz der betroffenen Gemeinden explizit zu regeln ist.

Zu Art. 13 Abs. 2 VPGA

Die dreimonatige Frist des Kantons zur Abgabe seiner Stellungnahme kann sinnvollerweise erst zu laufen beginnen, nachdem ihm die Einsprachen und Anregungen aus der Bevölkerung zur Kenntnis gebracht worden sind. Dies ist im Wortlaut der Bestimmung entsprechend zu präzisieren.

Zu Art. 15 Abs. 1 VPGA

Im Bereinigungsverfahren werden nur Fachbehörden des Bundes berücksichtigt. Dies ist nicht opportun. Hier muss eine Anpassung erfolgen, die auch eine Einladung des betroffenen Kantons zum Bereinigungsverfahren vorsieht.

Zu Art. 27 Abs. 2 VPGA

Die Bestimmungen, wonach das EJPD einen sofortigen Baubeginn gestatten kann, werden abgelehnt. Nicht nur weisen sie im AsylG keine entsprechende formalgesetzliche Grundlage aus. Sie widersprechen auch dem Anspruch allfälliger Drittbetroffener auf einen wirksamen Rechtsschutz.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Namen des Regierungsrates:

Othmar Reichmuth, Landammann



Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber

Kopie:

– Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.



Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Frau Simonetta Sommaruga
Bundesrätin
3003 Bern

Frauenfeld, 10. Januar 2017

Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs), Plangenehmigungsverfahren, Teilinkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes (AsylG) vom 25. September 2015

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen neuen Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich (VPGA) sowie den Entwürfen für eine Änderung der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (AsylV 2; SR 142.312) und der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VWA; SR 142.281) und teilen Ihnen mit, dass wir die entsprechenden Entwürfe in der vorliegenden Form ablehnen. Wir bitten Sie, unsere nachfolgenden Bemerkungen zu den jeweiligen Verordnungsentwürfen und den einzelnen Bestimmungen für die weiteren Gesetzgebungsarbeiten zu berücksichtigen.

I. VPGA

Allgemeine Bemerkungen

Es ist zu bedauern, dass der Sachplan Asyl nicht gleichzeitig mit der vorliegenden Vernehmlassung zur VPGA vorliegt. Würden der Sachplan und die darin enthaltenen Standorte bereits aufgeführt, wäre es möglich, den materiellen Gehalt der Verordnung an konkreten Beispielen zu prüfen. Bei einem Plangenehmigungsverfahren des Bundes sind die Kantone zur Mitwirkung verpflichtet, da es sich bei den von den Kantonen erarbeiteten Stellungnahmen um einen unverzichtbaren Bestandteil handelt (vgl. auch BGE 1C_78/2012 vom 10. Oktober 2012). Wir gehen deshalb davon aus, dass die Kantone dem Bund als Gesuchsteller die entstandenen Kosten in Rechnung stellen können.

Art. 5 Abs. 1

Gemäss Art. 5 Abs. 1 VPGA reicht das Staatssekretariat für Migration (SEM) dem Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) ein Vorprüfungsgesuch ein. In diesem Gesuch müssen die Auswirkungen des Vorhabens auf Raum, Umwelt und Dritte aufgezeigt werden können. Die Beantwortung dieser spezifischen Fragen ist jedoch nur unter Einbezug des involvierten Kantons bzw. seiner zuständigen Amtsstellen möglich. Es wird deshalb beantragt, dass der Einleitungssatz von Abs. 1 wie folgt ergänzt wird:

„Das SEM erarbeitet unter Einbezug des betroffenen Kantons das Vorprüfungsgesuch und reicht es dem EJPD ein. Es umfasst insbesondere: ...“

Art. 7 Abs. 2

Art. 7 Abs. 2 VPGA beschreibt, wie die Profilierung erfolgen muss. Diesbezüglich ist festzustellen, dass der Bund hier Vorgaben in einem Bereich macht, in dem er nicht zuständig ist. Die Gesetzgebungskompetenz liegt nämlich bei den Kantonen. Überdies ist die Formulierung nicht mit der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) vereinbar. Der Bund hat keine Grundlagen auf Stufe Verfassung oder Gesetz, um eine solche Bestimmung zu erlassen. Konflikte und rechtliche Auseinandersetzungen sind vorprogrammiert. Aus diesem Grunde beantragen wir die Streichung dieses Absatzes.

Art. 7 Abs. 4

Art. 7 Abs. 4 VPGA sieht vor, dass das SEM die beteiligten Gemeinden spätestens sieben Tage im Voraus über die Aussteckung und Profilierung informiert. Um sicherzustellen, dass auch der involvierte Kanton rechtzeitig orientiert ist, muss auch dieser vom SEM in Kenntnis gesetzt werden. Es wird daher folgende Ergänzung beantragt:

„Das SEM informiert den betroffenen Kanton und die betroffene Gemeinde spätestens sieben Tage im Voraus über die Aussteckung und Profilierung.“

Art. 10 Abs. 2

Um von der Durchführung eines Mitwirkungsverfahrens abzusehen, hat das SEM nachzuweisen, dass die betroffene Bevölkerung schon früher in geeigneter Weise mitwirken konnte. Die Begriffe „früher“ und „in geeigneter Weise“ sind nicht klar definiert und können daher zu Umsetzungsproblemen führen. Die Bestimmung sollte daher präziser formuliert oder ganz gestrichen werden.



3/4

Art. 12 Abs. 1

Die im erläuternden Bericht erwähnte Frist von in der Regel 1,5 Monaten ist in Art. 12 Abs. 1 VPGA nicht festgehalten. Zum Schutze der betroffenen Gemeinden beantragen wir, diese Frist in die angeführte Bestimmung aufzunehmen.

Art. 13 Abs. 1

Gemäss Art. 13 Abs. 1 VPGA äussert sich der betroffene Kanton in seiner Stellungnahme zum Gesuch, zur Stellungnahme der Gemeinde sowie zu den Einsprachen und den Anregungen aus der Bevölkerung. Das EJPD entscheidet dann im Plangenehmigungsentscheid über die Anträge des Kantons (Art. 25 Abs. 2 lit. a VPGA; vgl. auch die Ausführungen im Erläuternden Bericht, S. 17). Wir fordern, dass bei der Beurteilung der geplanten Bauten und Anlagen den kantonalen Stellungnahmen ein hoher Stellenwert eingeräumt wird.

Art. 15 Abs. 1

In Art. 15 Abs. 1 VPGA wird darauf hingewiesen, dass ein Bereinigungsverfahren nach Artikel 62b des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG; SR 172.010) vorgesehen ist. Bei diesem Bereinigungsverfahren werden jedoch nur die Fachbehörden des Bundes berücksichtigt. Um sicherzustellen, dass das Verfahren zügig vorangetrieben werden kann, muss auch der Kanton zum Bereinigungsverfahren eingeladen werden. Nur so kann die reibungslose Zusammenarbeit zwischen EJPD und dem beteiligten Kanton gewährleistet werden. Wir beantragen deshalb, dass der Einbezug des involvierten Kantons ausdrücklich in der Verordnung verankert wird:

„1^{bis} Das EJPD lädt auch den betroffenen Kanton zum Bereinigungsverfahren nach Art. 62b RVOG ein.“

Art. 27 Abs. 2 lit. b

Sofern Einsprachen aussichtslos erscheinen und das SEM die Wiederherstellung zusichern kann, kann das EJPD die sofortige Ausführung gestatten. Der Begriff „erscheinen“ lässt viel Interpretationsspielraum zu und ist daher in der Verordnung selbst zu definieren.

II. Asyl IV 2

Art. 24a

Wir befürworten die Erstreckung der Kostenerstattungspflicht für Flüchtlingsgruppen. In Bezug auf die Gruppe der unbegleiteten Minderjährigen beantragen wir indessen, die Kostenerstattungspflicht bis zur Erlangung der Volljährigkeit der entsprechenden Personen zu erstrecken.

4/4

III. VVWA

Art. 15p

Es gehört zur Pflicht der Vollzugsbehörde, allfällige medizinische Kontraindikationen, die gegen einen zwangsweisen Ausreisevollzug sprechen, zu erfragen, abzuklären und der Ausreiseorganisation zukommen zu lassen. Dies geschieht z.B. in Form des Formulars über medizinische Kontraindikationen, das in der Praxis ein vorgeschriebenes Element der Ausreiseabwicklung darstellt. Genauso wie ein Dossier einer Person nicht einfach nach erfolgter Ausreise kassiert wird, werden auch diese medizinischen Informationen nicht einfach gelöscht. In der Praxis wäre diese Löschung völlig unverständlich und unverhältnismässig, da sie bei den immer wieder vorkommenden späteren Ein- und Wiederausreisen erneut beigezogen werden können müssen. Nicht zuletzt bilden die Beurteilung der Transportfähigkeit und der medizinische Zustand regelmässig auch Gegenstand von ausländerrechtlichen Bewilligungswiderrufen, von späteren ausländerrechtlichen Haftverhandlungen oder ausserordentlichen Rechtsmitteln, um die Zumutbarkeit und Möglichkeit des Ausreisevollzugs erneut zu überprüfen. Somit ist eine Löschung von solchen für die Verfahren notwendigen medizinischen Daten in der Praxis nur dann sinnvoll, wenn dies gleichzeitig mit der Kassierung eines Dossiers geschieht (nach zehn Jahren Inaktivität analog der Rechnungsbelege). Bis dahin ist die Aufbewahrung weiterhin für die Aufgabenerledigung notwendig, da das Untertauchen, das Wiederauftauchen, erneutes Einreisen oder spätere ausländerrechtliche Geschäfte zum Alltag gehören. Aus diesem Grunde beantragen wir, dass die Löschungspflicht in Art. 15p des Entwurfs dahingehend eingeschränkt wird, dass sie sich nur auf medizinische Fachakten (z.B. Röntgenbilder usw.) von Ärztinnen und Ärzten, Spitälern und Dritten bezieht, welche die Vollzugsbehörde im Rahmen ihres Auftrages an die operative Ausreisebegleitung weiterleitet.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates

M. Müller

Der Staatschreiber

J. J. J. J.



numero			Bellinzona
222	cl	2	25 gennaio 2017
Repubblica e Cantone Ticino Consiglio di Stato Piazza Governo 6 Casella postale 2170 6501 Bellinzona telefono +41 91 814 43 20 fax +41 91 814 44 35 e-mail can-sc@ti.ch			Repubblica e Cantone Ticino

Il Consiglio di Stato

Signora
Simonetta Sommaruga
Consigliera federale
Dipartimento federale di giustizia e polizia
DFGP
Palazzo federale ovest
3003 Berna

**Velocizzazione delle procedure d'asilo (Riassetto del settore d'asilo)
Procedura di approvazione dei piani di costruzione, entrata in vigore parziale della
modifica del 25 settembre 2015 della legge sull'asilo (LAsi)**

Gentile Consigliera federale,

abbiamo ricevuto la sua lettera del 12 ottobre 2016 in merito alla summenzionata procedura di consultazione e, ringraziando per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio, formuliamo le seguenti osservazioni.

Ordinanza concernente l'esecuzione dell'allontanamento e dell'espulsione di stranieri (OEAE)

Art. 15p OEAE

Con la formulazione dell'art. 71b della Legge federale sugli stranieri (LStr – RS. 142.20) è stata creata la base legale che permette la trasmissione dei dati medici inerenti l'idoneità al trasporto delle persone da allontanare alle autorità e alle organizzazioni, che si occupano dell'esecuzione dell'allontanamento.

Per questo motivo si è reso necessario specificare nell'OEAE la questione della conservazione e la cancellazione di questi dati. In virtù di questo disposto, i dati devono essere cancellati immediatamente dopo l'esecuzione dell'allontanamento. Per *“esecuzione dell'allontanamento”* in questo contesto vi è da intendere un allontanamento controllato della persona in oggetto. Nel caso delle persone che sono tenute a partire e che si sono rese irreperibili sussiste una certa probabilità che le stesse più tardi ricompaiano presso le strutture statali d'accoglienza o vengano scoperte dalle Autorità di polizia ancora sul territorio svizzero. Da ciò deriva che i dati delle persone scomparse e oggetto di un termine di partenza non ancora ottemperato in maniera controllata, non sono da cancellare e possono essere conservati in ossequio al contenuto del disposto succitato.

Questa precisazione si impone per il fatto che, nel rapporto esplicativo del DFGP dell'ottobre 2016, al punto 2.3 inerente il commento alla modifica dell'OEAE (cfr. *“Rapporto esplicativo DFGP dell'ottobre 2016 concernente il progetto di nuova ordinanza sulla procedura d'approvazione dei piani nel settore dell'asilo (OAPA) e le modifiche dell'ordinanza 2 sull'asilo (Oasi 2) e*

dell'ordinanza concernente l'esecuzione dell'allontanamento e dell'espulsione di stranieri (OEAE)", ad art. 15p OEAE, pag. 21), quale casistica per la conservazione dei dati medici ricevuti dall'autorità per l'organizzazione della partenza, è indicata esclusivamente la fattispecie in cui l'allontanamento o l'espulsione non possono essere eseguiti, ad esempio per ragioni tecniche ma non il caso in cui l'interessato nell'imminenza della partenza si rende irreperibile.

Fatta questa precisazione, lo scrivente Consiglio non ha ulteriori osservazioni in merito al summenzionato articolo di ordinanza e concorda con la sua introduzione. La stessa permette infatti all'Autorità d'esecuzione competente di ottenere la conoscenza dello stato valetudinario del rimpatriando onde permettere l'adozione delle relative misure volte a tutelarne la sicurezza.

Ordinanza sulla procedura d'approvazione dei piani nel settore dell'asilo (OAPA)

Nel complesso, il progetto in consultazione è stato elaborato dal DFGP in collaborazione con la Conferenza delle Direttrici e dei Direttori dei Dipartimenti cantonali di giustizia e polizia (CDDGP), con la Conferenza delle Direttrici e dei Direttori dei Dipartimenti cantonali delle opere sociali (CDOS), nonché con i rappresentanti delle Città e dei Comuni.

Il processo, condotto tramite l'organizzazione di due conferenze a livello nazionale sul tema dell'asilo, ha permesso di ottenere un elevato consenso che si è tradotto nell'accettazione da parte del popolo lo scorso 5 giugno della modifica della Legge federale sull'asilo.

La procedura di approvazione dei piani è un elemento importante di questa strategia. Con la modifica dell'Ordinanza in oggetto (OAPA) tale procedura andrebbe a sostituire le ordinarie procedure edilizie che spesso richiedono tempi assai lunghi per giungere alle necessarie autorizzazioni a costruire.

Considerato che tale cambiamento è stato concordato nell'ambito del processo citato in precedenza e fatto proprio anche dalla Conferenza dei responsabili cantonali delle pubbliche costruzioni, della pianificazione del territorio e dell'ambiente (DTAP), le disposizioni contenute nell'Ordinanza in consultazione (OAPA) possono essere di principio condivise.

D'altro canto, allineandoci con la posizione della CDOS, non possiamo sottacere una certa delusione per il fatto che il Piano settoriale sull'asilo non sia ancora disponibile. La messa a disposizione di tale strumento avrebbe di certo facilitato la valutazione dei contenuti materiali dell'OAPA sulla base di esempi concreti.

Ritenuto infine che i Cantoni dovranno assumere degli oneri in relazione ai preavvisi da formulare nell'ambito delle procedure di approvazione dei Piani, riteniamo che i relativi costi dovranno essere assunti dalla Confederazione.

Nel merito dei singoli articoli dell'OAPA formuliamo le seguenti richieste/considerazioni.

Art. 5 cpv. 1

Il coinvolgimento delle autorità cantonali è fondamentale, chiediamo pertanto di completare la frase iniziale del capoverso nel modo seguente:

"La SEM presenta in collaborazione con i Cantoni coinvolti la domanda di esame preliminare al DFGP."

Chiediamo inoltre di aggiungere nell'elenco: "indicazione delle necessarie misure di protezione antincendio".

Art. 5 cpv. 3

Ci chiediamo se non sia opportuno specificare la possibilità di coinvolgere, in casi dubbi, anche l'autorità cantonale.

Art. 6

Chiediamo di aggiungere: "la presentazione del concetto e piani della protezione antincendio elaborati dal Responsabile della Garanzia della qualità (Direttiva antincendio dell'AICAA n. 11-15)".

Art. 7 cpv. 4

Per garantire l'informazione tempestiva anche ai Cantoni si chiede di completare la frase come segue: "La SEM informa il Cantone e il Comune interessato il più tardi sette giorni prima del picchettamento e dell'indicazione dei profili".

Art. 15 cpv. 1

È opportuno che oltre ai servizi della Confederazione anche i Cantoni siano coinvolti nella procedura di eliminazione delle divergenze. Sugeriamo pertanto di inserire un nuovo capoverso 1^{bis} del seguente tenore:

1^{bis} Il DFGP invita anche i Cantoni coinvolti a partecipare alla procedura di eliminazione delle divergenze secondo l'art. 62b della LOGA.

Ordinanza 2 sull'asilo relativa alle questioni finanziarie (Ordinanza 2 sull'asilo, OAsi 2)

Le modifiche previste dall'OAsi2 nell'ambito del forfait globale per gli apolidi e per i gruppi di rifugiati mirano a semplificare il sistema del rimborso forfettario dei costi sostenuti dai cantoni con l'aiuto sociale già in vigore per le altre tipologie di rifugiati. In generale si tratta quindi un cambiamento positivo. Il Cantone esprime tuttavia un parere parzialmente negativo ed evidenzia delle riserve sull'impostazione proposta dalla Confederazione, poiché:

- l'adattamento proposto si fonda su delle ipotesi di prospettive di integrazione che non possono essere garantite;
- ritenuto il target prioritario del reinsediamento, persone vulnerabili e minorenni non accompagnati, l'importo forfettario previsto nell'ambito dei rifugiati non permetterebbe la copertura dei costi sostenuti dai cantoni.

Il nuovo sistema di finanziamento dei gruppi di rifugiati nell'ambito del reinsediamento è infatti definito come neutrale sul piano dei costi, ma si fonda su ipotesi in materia di integrazione che non sono sufficientemente supportate da studi o dati concreti. Per questo motivo e sulla base degli attuali costi già oggi sostenuti dal Cantone per rifugiati o persone ammesse provvisoriamente con problematiche di salute o minorenni non accompagnati, si ritiene che il mero prolungo temporale dell'obbligo di rimborso forfettario sia insufficiente. Esso non risponde alle richieste che negli scorsi mesi i cantoni, per tramite delle diverse Conferenze dei direttori cantonali, sono state portate all'attenzione della Confederazione.

Di seguito alcune osservazioni sulle singole modifiche proposte.

Art. 24a, 26 cpv.1 e 27a

I calcoli e le ipotesi contenuti nel rapporto non sono chiari e non sono suffragati da studi. La modifica proposta si fonda su una stima per la quale il 75% dei rifugiati dovrebbe essere integrato nel mercato del lavoro dopo 5 anni dall'entrata in Svizzera. Il Cantone Ticino ritiene questa ipotesi poco verosimile, soprattutto per i casi di minorenni non accompagnati.

Le conseguenze finanziarie di queste modifiche dipenderanno dalla quota di persone vulnerabili che saranno attribuite ai cantoni nell'ambito del reinsediamento.

Tenuto conto che i costi a lungo termine sono a carico dei cantoni, si chiede che la Confederazione stabilisca delle quote di persone vulnerabili (con problematiche di salute e minorenni non accompagnati) in collaborazione e in accordo con i cantoni.

Negli scorsi mesi la Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali delle opere sociali (SODK) ha promosso una raccolta e analisi di dati relativi ai costi sostenuti dai cantoni in materia di minorenni non accompagnati (MNA) e per l'integrazione delle persone ammesse provvisoriamente e rifugiati.

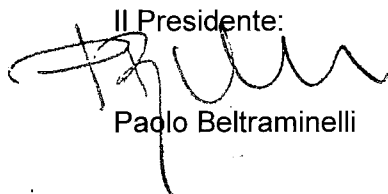
Per la gestione dei MNA, l'attuale forfait versato dalla Confederazione copre solo circa 1/3 dei costi effettivi sostenuti dal Ticino. Anche per i casi di persone con problemi di salute gravi e invalidanti, il forfait è insufficiente, visti i costi per un collocamento in un istituto per invalidi. Si evidenzia peraltro che per le persone con un problema di salute antecedente l'arrivo in Svizzera e in assenza di accordi con la nazione di provenienza, l'assicurazione invalidità, pur emettendo una decisione che attesta l'invalidità totale, non interviene né con rendite né con altri provvedimenti.

Tenuto conto dei maggiori costi a carico dei cantoni per le persone vulnerabili (con problematiche di salute e minorenni non accompagnati, non solo per i rifugiati nell'ambito del reinsediamento) si chiede che la Confederazione non solo preveda un prolungo della durata dell'indennizzo (oltre i 5 anni, fino all'indipendenza economica dei casi vulnerabili), ma che venga anche aumentato l'importo forfettario per garantire un'effettiva copertura dei costi dei cantoni. L'entrata in vigore della modifica oggetto della consultazione non deve quindi in ogni caso pregiudicare le discussioni in atto e, se necessario, dovrà essere predisposta una nuova modifica dell'OAsi2.

Voglia gradire, gentile Consigliera federale, l'espressione della nostra stima.

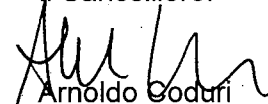
PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:



Paolo Beltraminelli

Il Cancelliere:



Arnoldo Coduri

Copia per conoscenza a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch);
- Dipartimento del territorio (dt-dir@ti.ch);
- Dipartimento della sanità e della socialità (dss-dir@ti.ch);
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg@ti.ch);
- Sezione della popolazione (di-sp.direzione@ti.ch);
- Divisione dell'ambiente (moreno.celio@ti.ch);
- Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali delle opere sociali (office@sodk.ch);
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione in Internet.



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Bundesamt für Migration
Bundeshaus West
3003 Bern

Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs): Plangenehmigungsverfahren, Teilinkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes (AsylG); Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Oktober 2016 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) die Kantonsregierungen eingeladen, zur Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs): Plangenehmigungsverfahren, Teilinkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes (AsylG) Stellung zu nehmen. Dafür danken wir Ihnen und äussern uns wie folgt:

1. Allgemeines

Grundsätzlich unterstützt der Urner Regierungsrat den vorliegenden Entwurf zur Neustrukturierung des Asylbereiches. Er erachtet es als wichtig, dass es eine Beschleunigung im Asylverfahren gibt.

2. Bemerkungen zu einzelnen Ausführungsbestimmungen

Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich

Artikel 5 Absatz 1

Gemäss Artikel 5 Absatz 1 VPGA reicht das Staatssekretariat für Migration (SEM) dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement ein Vorprüfungsgesuch ein. In diesem Gesuch müssen die Aus-

wirkungen des Vorhabens auf Raum, Umwelt und Dritte aufgezeigt werden können. Die Beantwortung dieser spezifischen Fragen ist jedoch nur unter Einbezug des involvierten Kantons bzw. seiner zuständigen Amtsstellen möglich. Wir beantragen deshalb, dass der Einleitungssatz von Absatz 1 wie folgt ergänzt wird:

«1 Das SEM erarbeitet unter Einbezug der Kantone das Vorprüfungsgesuch und reicht es dem EJPD ein. Es umfasst insbesondere: ...»

Artikel 7 Absatz 2

Absatz 2 von Artikel 7 VPGA beschreibt wie die Profilierung erfolgen muss. Hier ist festzustellen, dass der Bund Vorgaben in einem Bereich macht, in dem er nicht zuständig ist. Die Gesetzgebungskompetenz liegt bei den Kantonen. Überdies ist die Formulierung nicht mit der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) vereinbar. Der Bund hat keine Grundlagen auf Stufe Verfassung oder Gesetz, um eine solche Bestimmung zu erlassen. Konflikte und rechtliche Auseinandersetzungen sind vorprogrammiert.

Wir beantragen deshalb, dass dieser Absatz gestrichen wird.

Artikel 7 Absatz 4

Artikel 7 Absatz 4 VPGA sieht vor, dass das SEM die beteiligten Gemeinden spätestens sieben Tage im Voraus über die Aussteckung und Profilierung informiert. Um sicherzustellen, dass auch der involvierte Kanton rechtzeitig darüber informiert ist, muss auch dieser vom SEM in Kenntnis gesetzt werden. Wir beantragen deshalb die folgende Ergänzung:

«4 Das SEM informiert den betroffenen Kanton und die betroffene Gemeinde spätestens sieben Tage im Voraus über die Aussteckung und Profilierung».

Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen

Artikel 24a Absatz 1 und 2

Gemäss Artikel 56 des Asylgesetzes hat der Bund alleine die Möglichkeit über die Aufnahme und die auszuwählenden Personen zu bestimmen. Aus humanitärer Sicht ist es durchaus richtig, dass primär vulnerable Personen aufgenommen werden, wenn sie nur kleine oder gar keine Perspektiven haben, jemals von der Sozialhilfe unabhängig zu werden. Die Bereitschaft des Bunds soll jedoch so weit gehen, dass die Kantone bei der Aufnahme und der wirtschaftlichen sowie sozialen Integration finanziell unterstützt werden. Nur so können solche Personengruppen und die im Zusammenhang stehenden Herausforderungen optimal bewältigt werden.

Gemäss Artikel 115 der Bundesverfassung (BV; SR 101) sind die Kantone für die Ausrichtung der Sozialhilfe zuständig. In diesem Zusammenhang sind sie auch für die Ausrichtung der Sozialhilfe an Flüchtlinge gemäss SKOS-Richtlinien zuständig. Gemäss Artikel 24a Absatz 1 schränkt die Auszahlung der Globalpauschale auf maximal sieben Jahre nach der Einreise ein. Dies unabhängig davon, ob sie

nach dieser Zeit wirtschaftlich unabhängig sind oder nicht. Der vorliegenden Vorschlag des SEM schreibt zwar im Absatz 1 von Artikel 24 a vor, dass den Kantonen «Globalpauschalen für alle Flüchtlinge, die einer Flüchtlingsgruppe nach Artikel 56 des Asylgesetzes angehören, während sieben Jahren ab Beginn des Monats, der auf die Einreise folgt» gewährt werden. Mit Absatz 2 schränkt das SEM aber diese Möglichkeit wieder ein und gewährt diese um zwei Jahre längere finanzielle Unterstützung des Bunds nur in Fällen von unbegleiteten Minderjährigen und Personen, die fünf Jahre nach ihrer Einreise aufgrund einer schweren körperlichen oder geistigen Beeinträchtigung oder wegen Betagtheit nicht wirtschaftlich selbstständig sind.

Bei den unbegleiteten Minderjährigen ist dies noch tragbar, da die UMA nach sieben Jahren kaum mehr UMA sind und eine Ausbildung machen und wirtschaftlich integriert werden können. Bei den anderen in Absatz 2 erwähnten Gruppen hingegen tragen mit diesem Vorschlag des Bunds die Kantone vielleicht über mehrere Jahre die vollen Kosten für die Sozialhilfe. Dies kann aus unserer Sicht aus den folgenden Gründen nicht akzeptiert werden:

- Bei den Resettlement-Flüchtlingen ist davon auszugehen, dass es sich in der Regel um Personen handelt, die aufgrund von Kriterien vom SEM und UNHCR ausgewählt worden sind, die unter Umständen «integrationshemmend» wirken können (Trauma, seit Jahren entwurzelt usw.). Aus diesem Grund ist es fraglich, ob eine Vielzahl der Flüchtlinge innerhalb der ersten fünf Jahre nach ihrer Einreise so schnell unabhängig von der Sozialhilfe werden.
- Nicht mehr wirtschaftlich integrierbare Flüchtlinge (körperlich und geistig behinderte Personen und Betagte) werden gemäss dem vorliegenden Vorschlag des Bunds maximal sieben Jahre im Bereich der Sozialhilfe mitfinanziert. Ab diesem Zeitpunkt gehen diese Kosten vollumfänglich zu Lasten des Kantons.

Aus diesen Gründen lehnen wir den Vorschlag des Bunds von Artikel 24 a Absatz 1 und 2 ab und fordern, dass der Bund die vollumfängliche Finanzierung bis zum effektiven Ende der Sozialhilfeabhängigkeit abgelte.

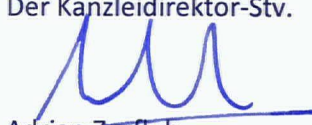
Im Weiteren machen wir darauf aufmerksam, dass in der heute geltenden Bestimmung von Artikel 24 Absatz 4 Buchstabe C der AsylV2 klar definiert ist, wie lange die Globalpauschalen von alleinstehenden respektive unbegleiteten minderjährigen Kindern und Jugendlichen ausgerichtet werden können, nämlich bis zur Volljährigkeit oder bis zum ordentlichen Abschluss der Erstausbildung. Diese zeitliche Präzisierung ist unbedingt in den neuen Artikel 24 a Absatz 2 aufzunehmen.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit der Stellungnahme und ersuchen Sie um Berücksichtigung unserer Anliegen.

Altdorf, 20. Dezember 2016



Im Namen des Regierungsrats
 Der Landammann Der Kanzleidirektor-Stv.

 Beat Jörg

 Adrian Zurfluh

Secrétariat d'Etat aux migrations
Etat-major Affaires juridiques
A l'attention de
Monsieur Gaël Buchs
Quellenweg 6
3003 Berne-Wabern

Par courriel à : gael.buchs@sem.admin.ch
dora.bucher@sem.admin.ch

Réf. : CS/15021409

Lausanne, le 18 janvier 2017

Consultation fédérale

**Accélération des procédures d'asile (restructuration du domaine de l'asile)
Procédure d'approbation des plans de construction, mise en vigueur partielle de
la modification du 25 septembre 2015 de la loi sur l'asile (LAsi)**

Monsieur,

Le Conseil d'Etat vous fait parvenir, ci-dessous, ses déterminations dans le cadre de la consultation sur le projet d'ordonnance concernant la procédure d'approbation des plans dans le domaine de l'asile (OAPA) ainsi que sur les modifications de l'ordonnance 2 sur l'asile relative au financement (OA2) et de l'ordonnance sur l'exécution du renvoi et de l'expulsion d'étrangers (OERE). A cet égard, il vous remercie de l'avoir consulté sur ces trois projets.

I Projet d'ordonnance sur la procédure d'approbation des plans dans le domaine de l'asile (OAPA)

Le Gouvernement vaudois est conscient que ce projet d'ordonnance constitue une des pièces maîtresses de la restructuration du domaine de l'asile et de l'accélération du traitement des procédures d'asile, principes auxquels il a adhéré dès la publication en fin 2012 du rapport du groupe de travail Confédération/cantons institué par le Département fédéral de justice et police (DFJP) et qu'il n'a eu cesse de défendre depuis lors.

Dans ce sens, il tient à saluer de manière générale les dispositions d'exécution de ce projet d'ordonnance.

Il regrette toutefois que le plan sectoriel Asile (PSA) actuellement en cours d'élaboration sous la direction du Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM) et en collaboration avec les représentants de l'Administration fédérale et de la Conférence suisse des aménagistes cantonaux (COSAC) n'ait pas également fait l'objet de la présente consultation, ce qui lui aurait sans doute permis un examen de ce projet d'ordonnance, fondé sur des exemples concrets.

Il relève en outre qu'une procédure d'approbation des plans par la Confédération ne saurait avoir lieu sans la participation active et obligatoire des cantons concernés, dès lors que la prise de position de ces derniers constitue un élément essentiel au bon déroulement de cette procédure. A cet égard, le Conseil d'Etat note qu'en pareille circonstance, les cantons seraient en droit de facturer les frais engagés dans la préparation de leur avis, ainsi que cela a été confirmé par le Tribunal fédéral dans son arrêt du 10 octobre 2012 (TF 1C_78/2012), dans le cadre d'une procédure d'approbation des plans d'installations électriques sur le territoire du Canton de Berne.

Compte tenu de ce qui précède, le Conseil d'Etat vous fait part de ses observations au sujet des articles suivants :

Article 5, alinéa 1

Les renseignements que le SEM est tenu de fournir au DFJP lors du dépôt d'une demande d'examen préliminaire et qui devraient conduire celui-ci à une prise de décision objective requièrent forcément l'implication et la participation préalable des cantons concernés, respectivement de leurs services compétents.

Dès lors, il est proposé de modifier l'alinéa comme suit :

« ¹ Le SEM dépose la demande préliminaire auprès du DFJP après avoir consulté les cantons concernés. La demande contient en particulier... »

Article 7, alinéa 2

Cet alinéa qui porte sur le profil des immeubles empiète clairement sur le domaine des compétences législatives cantonales.

En outre et ce, bien que le Canton de Vaud n'ait pas adhéré à l'Accord intercantonal harmonisant la terminologie dans le domaine des constructions (AIHC), il est relevé que la formulation de cet alinéa ne respecte pas ledit accord.

Dès lors, il est proposé de supprimer cet alinéa.

Article 7, alinéa 4

Si cet alinéa prévoit que le SEM informe la commune concernée du piquetage et de la pose de profils au plus tard sept jours avant leur mise en place, il conviendrait de prévoir que le canton concerné en soit également informé.

Dès lors, il est proposé de modifier l'alinéa comme suit :

« ⁴ *Le SEM informe le canton et la commune concernés du piquetage...* »

Article 9, alinéa 2

La publication de la mise à l'enquête par le DFJP devrait se conformer aux supports définis dans les lois cantonales d'aménagement du territoire, lorsque celles-ci les prévoient.

Dès lors, il est proposé de modifier l'article 9 en énonçant que le DFJP publie la mise à l'enquête, cas échéant, conformément aux dispositions des lois cantonales en la matière.

Article 15, alinéa 1

Contrairement aux dispositions de l'article 62b de la loi fédérale du 21 mars 1997 sur l'organisation du gouvernement et de l'administration (LOGA ; RS 172.010) qui stipulent que seuls les organismes de la Confédération sont consultés dans la procédure d'élimination des divergences, il conviendrait d'intégrer ici les cantons concernés afin de garantir la rapidité et l'efficacité de cette procédure.

Dès lors, il est proposé de reformuler cet alinéa en instaurant la participation des cantons à la procédure d'élimination des divergences.

II Ordonnance 2 sur l'asile relative au financement (OA2)

Le Conseil d'Etat relève avec satisfaction les efforts de la Confédération à privilégier une politique d'accueil par contingents au sens des dispositions de l'article 56 de la loi sur l'asile (LAsi) dont l'application a été quasiment suspendue depuis une vingtaine d'années. Il émet cependant ses réserves sur la question des incidences en termes de coûts supplémentaires générés par le nouveau système de financement proposé en faveur des réfugiés à réinstaller. Il ne saurait ainsi partager la position des autorités fédérales dans la mesure où celles-ci se limitent dans le rapport explicatif à motiver la neutralité des coûts sur la base d'estimations qu'il juge mal fondées. A titre d'exemple, si le Conseil d'Etat peut se rallier aux prévisions selon lesquelles le Conseil fédéral doit s'attendre à l'entrée prochaine dans notre pays d'une majorité de personnes atteintes de graves troubles psychiques ou physiques, il ne parvient pas à suivre le raisonnement permettant de conclure que « *pour les 75% (d'entre elles), il faut partir du principe que soit ils s'intégreront sur le marché du travail, soit ils pourront prétendre à des prestations d'assurance sociale (AVS, AI, PC) après une durée de cinq ans en Suisse.* »

Le Conseil d'Etat est plutôt d'avis que les incidences financières dépendront du nombre de personnes vulnérables accueillies dans le cadre des groupes de réfugiés à réinstaller. Il en fait actuellement le constat, en particulier au vu des coûts liés à la prise en charge et à l'intégration des mineurs non accompagnés attribués au Canton de Vaud. Dès lors que ces coûts sont appelés à être supportés par les cantons à moyen terme, il suggère d'étudier les possibilités de tenir compte de ce facteur de vulnérabilité dans l'attribution des réfugiés aux cantons.

Enfin, le Conseil d'Etat tient encore à souligner ici l'importance et la nécessité dans l'engagement des moyens supplémentaires permettant le financement de mesures ou de programmes spécifiques en vue de l'intégration de ces personnes, à l'instar du dispositif mis en œuvre par le SEM lors de l'accueil des premiers groupes de réfugiés vulnérables, décidé par le Conseil fédéral en septembre 2013.

III Ordonnance sur l'exécution du renvoi et de l'expulsion d'étrangers (OERE)

Le Conseil d'Etat estime que la notion « *d'exécution du renvoi ou de l'expulsion* » propre à déterminer le moment auquel l'effacement des données doit intervenir mérite d'être définie plus précisément, ce d'autant plus lorsqu'une personne au bénéfice d'un document de voyage délivré par le pays dont il est ressortissant, peut pour des raisons inconnues se voir refuser l'entrée dans son pays, à la sortie de l'avion et dès lors être immédiatement appelée à embarquer sur un vol de retour à destination de la Suisse.

Dès lors, il est proposé de définir clairement le terme auquel l'effacement des données doit avoir lieu, après confirmation des autorités concernées que l'entrée de la personne renvoyée ou expulsée a été autorisée par les autorités de son pays.

En vous remerciant de l'attention portée à ce qui précède, le Conseil d'Etat vaudois vous prie de croire, Monsieur, à l'assurance de ses sentiments respectueux.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LE PRESIDENT



Pierre-Yves Maillard

LE CHANCELIER



Vincent Grandjean

Copies

- Office des affaires extérieures
- Service de la population

24. Jan. 2017



2017.00151



SEMPE006445

Département fédéral de justice et police
Madame Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Bundeshaus West
3003 Berne

Références CMT / JLA
Date 24 janvier 2017

**Accélération des procédures d'asile (Restructuration du domaine de l'asile)
Procédure d'approbation des plans de constructions, mise en vigueur partielle de la
modification du 25 septembre 2015 de la loi sur l'asile (LAsi)
Ouverture de la procédure de consultation**

Madame la Conseillère fédérale,

Donnant suite à votre invitation du 12 octobre 2016, le Conseil d'Etat du canton du Valais vous communique, par la présente, sa détermination relative à l'objet cité en titre.

Le Gouvernement valaisan salue le travail effectué et approuve de manière globale les modifications apportées aux différentes ordonnances mises en consultation.

Nous saluons particulièrement le fait que la nouvelle procédure d'approbation des plans des constructions et des installations servant à la Confédération pour l'hébergement de requérants d'asile ou l'exécution de procédures d'asile permet d'allier les exigences de rapidité liées à la loi relative à l'accélération des procédures d'asile au droit d'être entendu et d'opposition des particuliers, des communes et des cantons touchés par un projet de construction.

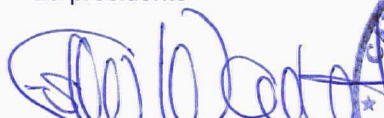
Nous nous réjouissons également que la loi rétablisse l'égalité de traitement entre les réfugiés reconnus et les apatrides en supprimant le droit de ces derniers à obtenir une autorisation d'établissement après cinq ans.

Nous approuvons l'augmentation de cinq à sept ans de l'obligation de la Confédération de rembourser les frais concernant les réfugiés particulièrement vulnérables et nécessitant une prise en charge, tant humaine que financière, sur une longue durée. Nous doutons cependant que seuls 25 % de ces derniers dépendront de l'aide sociale pour une longue période, voire de manière durable. Cette estimation nous semble basse. De plus, nous constatons que pour les 75 % restants il y aura, pour une partie, un report sur les assurances sociales (AVS, AI, PC), lesquelles connaîtront déjà un problème de financement à moyen terme.

Le Gouvernement valaisan vous remercie de l'avoir consulté et vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de sa parfaite considération.

Au nom du Conseil d'Etat

La présidente


Esther Waeber-Kalbermatten

Le chancelier


Philipp Spörri

Copie à Versions Word et PDF à dora.bucher@sem.admin.ch et gael.buchs@sem.admin.ch



Regierungsrat, Postfach 156, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Staatssekretariat für Migration
SEM
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

Zug, 24. Januar 2016 hs

Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs), Plangenehmigungsverfahren, Teilkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes (AsylG) vom 25. September 2015

Sehr geehrte Frau Bucher
Sehr geehrter Herr Buchs

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2016 lud das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD die Kantonsregierungen in oben genannter Angelegenheit zur Vernehmlassung bis zum 26. Januar 2017 ein. Gestützt auf ein internes Mitberichtsverfahren nehmen wir diese Gelegenheit zur Stellungnahme gerne wahr.

I. Allgemeines

Grundsätzlich begrüsst der Kanton Zug die vorliegenden Ausführungsbestimmungen, bedauert jedoch, dass der Sachplan Asyl nicht gleichzeitig mit der vorliegenden Vernehmlassung unterbreitet wurde, welcher es möglich gemacht hätte, den materiellen Gehalt der Verordnung an einem konkreten Beispiel zu prüfen. Unabhängig davon ist aber ersichtlich, dass der Bund mit der Verordnung die Möglichkeit erhalten soll, im Rahmen eines Plangenehmigungsverfahrens örtlich unbegrenzt neue Asylbauten zu erstellen, namentlich ausserhalb der Bauzonen. Auf diese Weise werden jedoch die Vorschriften des eidgenössischen Raumplanungsrechts ausser Acht gelassen, an welches sich die Kantone und Gemeinden halten müssen. Dass der Bund für sich somit eine Sonderregelung zu schaffen beabsichtigt, während sich die Kantone und Gemeinden weiterhin nach dem strengerem Raumplanungsgesetz richten müssen, ist aus unserer Sicht stossend. Es wäre wohl zu überlegen, ob nicht auch das Raumplanungsgesetz in gewissen Bereichen angepasst und Sonderregelungen für die Unterbringung von Asylsuchenden beinhalten sollte, welche für die Kantone und Gemeinden ebenfalls Gültigkeit hätten. Andernfalls sollte der Bund die Kompetenz zur Unterbringung von Asylsuchenden vollständig übernehmen.

Im Übrigen weisen wir darauf hin, dass die Kantone bei einem Plangenehmigungsverfahren des Bundes zur Mitwirkung verpflichtet sind, da es sich bei den von den Kantonen zu erarbeitenden Stellungnahmen um einen unverzichtbaren Bestandteil handelt. Entsprechend gehen wir davon aus, dass die Kantone dem Bund als Gesuchsteller die ihnen entstandenen Kosten in Rechnung stellen können.

II. Anträge mit Begründung

1. Zur Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich (VPGA)

1.1. Anträge

- a) Art. 5 Abs. 1 ist wie folgt zu ergänzen: «Das SEM erarbeitet unter Einbezug der Kantone das Vorprüfungsgesuch und reicht es dem EJPD ein. Es umfasst insbesondere: ... »
- b) Art. 7 Abs. 4 ist wie folgt zu ändern: «Das SEM informiert den betroffenen Kanton und die Standortgemeinde spätestens sieben Tage im Voraus über die Aussteckung und Profilierung.»
- c) Art. 15 sei wie folgt zu ergänzen: «^{1bis} Das EJPD lädt auch den betroffenen Kanton zum Bereinigungsverfahren nach Art. 62b RVOG ein.»

1.2. Begründung

- a) Gemäss Art. 5 Abs. 1 reicht das Staatssekretariat für Migration (SEM) dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) ein Vorprüfungsgesuch ein. In diesem Gesuch müssen die Auswirkungen des Vorhabens auf Raum, Umwelt und Dritte aufgezeigt werden. Die Beantwortung dieser spezifischen Fragen ist jedoch nur unter Einbezug des involvierten Kantons, seiner zuständigen Amtsstellen sowie der Standortgemeinde möglich. Wir beantragen deshalb die vorgeschlagene Ergänzung des Einleitungssatzes.
- b) Um sicherzustellen, dass auch der involvierte Kanton rechtzeitig über die Aussteckung und Profilierung informiert ist, muss nebst der Standortgemeinde auch dieser vom SEM in Kenntnis gesetzt werden.
- c) In Art. 15 Abs. 1 wird darauf hingewiesen, dass ein Bereinigungsverfahren nach Art. 62b des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG) vorgesehen ist. Bei diesem Bereinigungsverfahren werden jedoch nur die Fachbehörden des Bundes berücksichtigt. Um sicherzustellen, dass das Verfahren zügig vorangetrieben werden kann, muss auch der Kanton zum Bereinigungsverfahren eingeladen werden. Nur so kann die reibungslose Zusammenarbeit zwischen EJPD und dem beteiligten Kanton gewährleistet werden. Deshalb sollte der Einbezug des involvierten Kantons ausdrücklich in der Verordnung verankert werden.

2. Zur Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (AsylV 2)

2.1. Anträge

- a) Art. 24a AsylV 2 ist dahingehend zu ergänzen, dass Globalpauschalen auch für unbegleitete Minderjährige (UMA) gelten, die individuell eingereist sind bzw. die nicht den Flüchtlingsgruppen nach Art. 56 AsylG (Resettlement-Flüchtlinge) zugeordnet werden können.
- b) Art. 24a AsylV 2 ist zudem dahingehend zu präzisieren, dass die Globalpauschalen für unbegleitete Minderjährige (UMA) generell vergütet werden, bis sie volljährig sind oder bis zum ordentlichen Abschluss der Erstausbildung, längstens aber bis zum 25. Altersjahr.

2.2. Begründung

a) und b)

Mit der Änderung der AsylV 2 sollen die aktuell in Kraft stehenden Bestimmungen von Art. 24 Abs. 4 und 5 aufgehoben und die «Dauer der Kostenerstattungspflicht für Flüchtlingsgruppen» in einer neuen Bestimmung (Art. 24a AsylV 2) geregelt werden. Dazu ist festzuhalten, dass über fünf Jahre hinausgehende Vergütungen für Globalpauschalen gemäss heute geltendem Abs. 4 von Art. 24 AsylV 2 nicht ausschliesslich für «Flüchtlingsgruppen» vorgesehen sind, (vgl. Bst. b), sondern insbesondere auch für «als allein stehende Kinder oder unbegleitete Jugendliche in der Schweiz aufgenommen[e]» Flüchtlinge (vgl. Bst. c). Die neue Bestimmung ist deshalb in dem Sinne zu ergänzen, als dass Globalpauschalen auch für «Nicht-Resettlement-UMAs» vergütet werden, wobei die Vergütungen für UMAs generell zeitlich einzuschränken sind (Volljährigkeit bzw. ordentlicher Abschluss der Erstausbildung bzw. längstens bis zum 25. Altersjahr). Diese zeitliche Präzisierung bzw. Formulierung entspricht auch dem Bundesziel, wonach 95 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Schweiz einen Abschluss Sekundarstufe II erreichen sollen. Fraglich bleibt immerhin, ob sich die in Ziff. 2.1 und 2.2 beantragten Ergänzungen unter die Bestimmung von Art. 88 Abs. 3^{bis} nAsylG subsumieren lassen (vgl. dazu BBl 2014 7991; AS 2016 3101).

3. Zur Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA)

3.1. Anträge

- a) Art. 15p VVWA: Nebst der Dauer der Bearbeitung und dem Zeitpunkt der Löschung ist auch die Aufbewahrung der medizinischen Daten explizit zu regeln.
- b) Die Daten von untergetauchten ausreisepflichtigen Personen sind nicht zu löschen.

3.2. Begründung

a) Art. 15p VVWA bezieht sich auf Art. 71b des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG), welcher ebenfalls erst in Entwurfsform vorliegt (siehe BBI 2014 8119). Gemäss Art. 71b Abs. 2 AuG regelt der Bundesrat die Aufbewahrung und Löschung der medizinischen Daten auf dem Verordnungsweg. Wir stellen fest, dass Art. 15p VVWA nun jedoch ausschliesslich die Dauer der Bearbeitung und den Zeitpunkt der Löschung der medizinischen Daten regelt. Die Aufbewahrung der Daten wird aber in der Bestimmung entgegen dem Wortlaut von Art. 71b Abs. 2 AuG nicht geregelt. Dem beiliegenden erläuternden Bericht ist lediglich zu entnehmen, dass für die Aufbewahrung der entsprechenden Daten kein neues Informationssystem zu erstellen sei und dass die für die Weg- und Ausweisung zuständigen kantonalen Behörden für die Form der Aufbewahrung der medizinischen Daten selbst zuständig seien (vgl. Ziff. 3.3, S. 22). Werden die medizinischen Daten nicht in einem zentralen Medizinaldossier aufbewahrt, ist jede einzelne Stelle, welche medizinische Daten nach Art. 71b AuG dezentral bei sich aufbewahrt, selbst dafür verantwortlich, dass diese Daten gemäss Art. 15p VVWA unverzüglich nach dem Vollzug der Weg- oder Ausweisung gelöscht werden. Dazu muss sichergestellt sein, dass sämtliche Stellen über die Tatsache des Vollzugs der Weg- oder Ausweisung umgehend informiert werden. Ob dies bereits heute der Fall ist bzw. wie dies umgesetzt ist, geht aus den verfügbaren Unterlagen nicht hervor. Es stellt sich deshalb die Frage, ob hier allenfalls Regelungsbedarf besteht.

b) Mit Art. 71b AuG wurde eine Rechtsgrundlage geschaffen, welche die Weitergabe medizinischer Daten an Behörden und Organisationen erlaubt, die mit dem Vollzug von Wegweisungen befasst sind. Aus diesem Grund ist es folgerichtig, die Aufbewahrungs- und Löschungsfristen in der VVWA zu regeln. Die Daten sollen daher nach erfolgtem Vollzug der Wegweisung gelöscht werden. Unter dem erfolgten Vollzug ist in diesem Zusammenhang eine kontrollierte Ausreise der betreffenden Person zu verstehen. Bei untergetauchten ausreisepflichtigen Personen besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass sie später wieder in staatlichen Strukturen auftauchen oder von der Polizei in der Schweiz aufgegriffen werden. Daher sind die Daten dieser ausreisepflichtigen Personen nicht zu löschen.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Seite 5/5

Zug, 24. Januar 2017

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Manuela Weichelt-Picard
Frau Landammann



Tobias Moser
Landschreiber

Kopie per E-Mail an:

- dora.bucher@sem.admin.ch (Word- und PDF-Version)
- gael.buchs@sem.admin.ch (Word- und PDF-Version)
- Info.VDS@zg.ch
- Info.bds@zg.ch
- Info.DIS@zg.ch
- Christine.Andres@zg.ch
- INFO.AFM@zg.ch



SEMPE006380



Kanton Z.
Regierungsrat

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

11. Januar 2017 (RRB Nr. 7/2017)

**Beschleunigung der Asylverfahren
(Neustrukturierung des Asylbereichs, Vernehmlassung)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Einladung vom 12. Oktober 2016, zur Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich (VPGA) sowie zur Teilrevision der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung (VWA) und der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (Asylverordnung 2, AsylV2) Stellung zu nehmen, und äussern uns wie folgt:

Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich (VPGA)

Art. 4 VPGA

Es ist zu begrüßen, dass für bauliche Vorhaben, die sich erheblich auf Raum und Umwelt auswirken, ein Sachplan Asyl verlangt wird. Für die Entscheidbehörde besteht jedoch ein erheblicher Ermessensspielraum, die Sachplanrelevanz eines Vorhabens zu bejahen oder nicht. Wir beantragen daher, Art. 4 VPGA dahingehend zu ergänzen, dass im Zweifelsfall die Sachplanrelevanz eines Vorhabens bejaht wird.

Art. 5 VPGA

Gemäss Art. 5 Abs. 1 VPGA reicht das Staatssekretariat für Migration (SEM) dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) ein Vorprüfungsgesuch ein. In diesem Gesuch müssen die Auswirkungen des Vorhabens auf Raum, Umwelt und Dritte aufgezeigt werden. Die Beantwortung dieser spezifischen Fragen ist jedoch nur unter Einbezug des betroffenen Kantons bzw. seiner zuständigen Amtsstellen möglich. Wir beantragen deshalb, den Einleitungssatz von Abs. 1 wie folgt zu ergänzen: «Das SEM erarbeitet unter Einbezug des betroffenen Kantons das Vorprüfungsgesuch und reicht es dem EJPD ein. Es umfasst insbesondere: ...».



Damit dieses Plangenehmigungsverfahren beschleunigt abgewickelt wird, ist in dieser Bestimmung zudem eine Frist für die Abwicklung dieses Vorprüfungsverfahrens festzulegen.

Die Frage der Rechtsnatur des Entscheides des EJPD über die Vorprüfung ist in der Verordnung in Art. 5 Abs. 4 VPGA anzuführen. Aus Gründen der Rechtssicherheit sollte diese Stellungnahme in der Form einer verfahrensleitenden Verfügung erlassen werden. Dieses Vorgehen ist insbesondere angezeigt, wenn Fragen des anwendbaren Verfahrens allenfalls strittig sind. Die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner sollten beispielsweise frühzeitig verlangen können, dass anstelle des angeordneten vereinfachten Plangenehmigungsverfahrens das ordentliche Plangenehmigungsverfahren durchgeführt wird.

Art. 7 Abs. 2 VPGA

Art. 7 Abs. 2 VPGA beschreibt, wie die Profilierung erfolgen muss. Die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bereich liegt jedoch alleine bei den Kantonen. Dieser Absatz ist deshalb wegzulassen.

Art. 7 Abs. 4 VPGA

Art. 7 Abs. 4 VPGA sieht vor, dass das SEM die beteiligten Gemeinden spätestens sieben Tage im Voraus über die Aussteckung und Profilierung informiert. Um sicherzustellen, dass auch der betroffene Kanton rechtzeitig darüber informiert ist, muss auch dieser vom SEM in Kenntnis gesetzt werden. Art. 7 Abs. 2 VPGA sollte deshalb wie folgt lauten: «Das SEM informiert den betroffenen Kanton und die betroffene Gemeinde spätestens sieben Tage im Voraus über die Aussteckung und Profilierung.»

Art. 12-15 VPGA

Gemäss dem Wortlaut dieser Bestimmungen können der Kanton und die Gemeinden der verfahrensleitenden Behörde des Bundes einzig ihre Stellungnahmen zustellen. Im Sinne einer Präzisierung ist festzuhalten, dass der Kanton und die betroffenen Gemeinden ihre Interessen zusätzlich mit einer Einsprache wahren können (für die Gemeinden wird dieses Recht in Art. 95g Abs. 3 AsylG ausdrücklich festgehalten).

Art. 12 Abs. 1 VPGA

Die im erläuternden Bericht erwähnte Frist von in der Regel anderthalb Monaten ist in Art. 12 Abs. 1 VPGA nicht festgehalten. Unseres Erachtens ist auch diese Frist zum Schutz der betroffenen Gemeinden ausdrücklich zu regeln.

Art. 15 Abs. 1 VPGA

In Art. 15 Abs. 1 VPGA wird darauf hingewiesen, dass ein Bereinigungsverfahren nach Art. 62b des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG) vorgesehen ist. Bei diesem Bereinigungsverfahren werden jedoch nur die Fachbehörden des Bundes berücksichtigt. Um sicherzustellen, dass das Verfahren zügig vorangetrieben werden kann, muss auch der Kanton zum Bereinigungsverfahren eingeladen werden. Nur so kann die reibungslose Zusammenarbeit zwischen dem EJPD und dem beteiligten Kanton gewährleistet werden. Wir beantragen deshalb, dass der Einbezug des beteiligten Kantons in einem Abs. 1^{bis} ausdrücklich wie folgt in der Verordnung verankert wird: «Das EJPD lädt auch den betroffenen Kanton zum Bereinigungsverfahren nach Art. 62b RVOG ein.»

Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen

Gemäss Art. 88 Abs. 3^{bis} nAsylG kann der Bund für Personen, die im Rahmen einer Asylgewährung für Flüchtlingsgruppen nach Art. 56 AsylG in der Schweiz aufgenommen werden, die Pauschale länger als für fünf Jahre ausrichten, namentlich wenn diese Personen bei ihrer Einreise behindert oder betagt sind. Vorgeschlagen wird nun (Art. 24a AsylV2), die Pauschale für alle Resettlement-Flüchtlinge während sieben Jahren auszurichten, unabhängig davon, ob die Personen beeinträchtigt sind. Damit sollen die Kosten für unbegleitete Minderjährige und Personen, die wegen einer Beeinträchtigung nicht wirtschaftlich selbstständig sind, abgegolten sein. Unter dem geltenden Recht vergütet der Bund den Kantonen die Pauschale für diese Personengruppe bis zur erstmaligen wirtschaftlichen Selbstständigkeit.

Die vorgeschlagene Regelung führt zu einer Kostenverlagerung vom Bund auf die Kantone und ist deshalb entschieden abzulehnen. Die Annahme, wonach 75% der Resettlement-Flüchtlinge nach fünf Jahren Aufenthalt entweder in den Arbeitsmarkt integriert oder durch Leistungen einer Sozialversicherung finanziert sein sollen, ist aus der Erfahrung mit anderen Flüchtlingen nicht nachvollziehbar. Erfahrungsgemäss ist der Prozentsatz an verletzlichen Personen im Rahmen von Resettlement-Gruppen gross. Entsprechend werden viele Personen dieser Gruppe nie oder nur schwer in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

Aus diesen Gründen ist die Globalpauschale wie bisher bis zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit auszurichten. Zudem sind für die Integration dieser Personengruppen zusätzlich zu den bestehenden Integrationsleistungen (über die Integrationspauschale sowie die kantonalen Integrationsprogramme hinaus) weitere Gelder bereitzustellen.

Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA)

Medizinische Daten sollen nach erfolgtem Vollzug der Wegweisung gelöscht werden. Unter dem erfolgten Vollzug ist in diesem Zusammenhang eine kontrollierte Ausreise der betreffenden Person zu verstehen. Bei «untergetauchten» ausreisepflichtigen Personen besteht die Möglichkeit, dass sie später wieder in staatlichen Strukturen auftauchen oder von der Polizei in der Schweiz aufgegriffen werden. Daher sind die Daten von «untergetauchten» ausreisepflichtigen Personen nicht zu löschen.

Weitere Bemerkungen

Gemäss dem Erläuternden Bericht des EJPD ist ein erstes Paket, das unter anderem den Grundschulunterricht (Art. 80 AsylG) betrifft, ausdrücklich nicht Teil des laufenden Vernehmlassungsverfahrens. Im Bericht ist dazu vermerkt, dass dieser Teil ohne Ausführungsbestimmungen auf Verordnungsebene in Kraft gesetzt werden soll. Die entsprechenden Bestimmungen des Asylgesetzes wurden bereits auf den 1. Oktober 2016 in Kraft gesetzt. Wir erachten es als notwendig, dass der Bund auch Ausführungsbestimmungen zu den Regelungen, die den Grundschulunterricht in Bundeszentren betreffen, erlässt. Es gilt Klarheit zu schaffen, wie die Kantone und das SEM in der Organisation des Grundschulunterrichts zusammenarbeiten. Aus unserer Sicht fehlen insbesondere Ausführungsbestimmungen,



die regeln, welche Beiträge der Bund gemäss Art. 80 Abs. 4 AsylG den Standortkantonen für die Durchführung des Grundschulunterrichts in den Bundeszentren ausrichten wird. Zu den Ausführungsbestimmungen über den Grundschulunterricht sind die Kantone zwingend anzuhören.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:

Der Staatsschreiber:





Kanton Zürich
Staatskanzlei
Neumühlequai 10
8090 Zürich



16.01.17

CH - 8090
Zürich
2090054
30002033

5.30

R Suisse



DIE POST+

EINSCHREIBEN

Falls refüsiert oder nicht
abgeholt, als taxpflichtige
B-Post zurück zu senden!

R

DIE POST+

LA POSTE

LA POSTA

8090 Zürich



98.42.115762.02714429

Recommandé Suisse



Biologisch abbaubare Fensterfolie
Film de la fenêtre en matière végétale biodégradable
Pellicola della finestra in materia vegetale biodegradabile

SEN

Telefon 052 632 74 61
Fax 052 632 77 51
sekretariat.di@ktsh.ch

Departement des Innern

Staatssekretariat für Migration SEM
3000 Bern

Per E-Mail an:
dora.bucher@sem.admin.ch sowie
gael.buchs@sem.admin.ch

Schaffhausen, 20. Januar 2017

Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs); Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2016 haben Sie die Kantone zu einer Vernehmlassung in oben erwähnter Angelegenheit eingeladen. Ihre Einladung wurde zuständigkeitshalber an das Departement des Innern weitergeleitet. Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und lassen uns wie folgt vernehmen:

Einleitend verweisen wir auf die Musterstellungnahme der Direktorenkonferenzen in den Bereichen Bau Planung und Umwelt (BPUK), Justiz- und Polizeiwesen (KKJPD) sowie Sozialwesen (SODK) vom Dezember 2016, welche sich bereits eingehend zu den vorliegenden Verordnungsentwürfen betreffend eine Beschleunigung des Asylverfahrens äussert. Mit Blick auf den Kanton Schaffhausen erlauben wir uns folgende Hinweise:

Bezüglich der vorgesehenen Anpassungen der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen schliessen wir uns grundsätzlich der Stellungnahme der Direktorenkonferenzen an. Aus Sicht des Kantons Schaffhausen als einem der Pilotkantone des Resettlementprogramms des Bundes bedürfen die Ausführungen jedoch noch einiger kantonsspezifischer Ergänzungen: Der Kanton Schaffhausen hat am 9. September 2014 eine Flüchtlingsgruppe aus Syrien mit insgesamt 25 Personen und am 15. August 2015 eine weitere Gruppe mit 19 Personen aufgenommen. In den Gruppen befinden sich auch kranke und behinderte Personen, die kaum je wirtschaftlich selbständig sein werden. Für eine rollstuhlgebundene Person musste von Anfang an eine teure rollstuhlgängige Wohnung finanziert werden, welche den Rahmen der Globalpauschale deutlich sprengt. Noch am 19. September 2014 hat der Direktor des BFM bzw. SEM, Herr Mario Gattiker, dem Kanton Schaffhausen in einem Schreiben zugesichert, die Globalpauschale von behinderten, kranken und betagten Flüchtlingen aus der Resettlementgruppe bis zur erstmaligen wirtschaftlichen Selbständigkeit zu vergüten. Der vorliegende Vorschlag

mit einer Beschränkung der Vergütung der Globalpauschale auf sieben Jahre widerspricht den seinerzeitigen Versprechungen und verstösst gegen Treu und Glauben.

Im Weiteren wird die hohe Anzahl von Kindern und Jugendlichen in den Flüchtlingsgruppen dazu führen, dass die Erlangung der wirtschaftlichen Selbständigkeit in vielen Fällen länger als sieben Jahre dauern wird. So muss der Bund auch zukünftig mindestens bei den bereits bei der Einreise behinderten Personen aus einer Flüchtlingsgruppe die Globalpauschale unbeschränkt weiterübernehmen. Der Vorschlag des SEM soll für den Bund Kostenneutralität und bürokratische Vereinfachungen bringen. Das letzte wäre ja an sich zu begrüßen, der Preis, den die Kantone dafür zu bezahlen haben, ist bei der bewusst auf vulnerable Personen ausgerichteten Zielgruppe aber enorm. Es kann nicht sein, dass die Bereitschaft einiger Kantone, beim Resettlement mitzumachen, am Ende finanziell betraff wird, bzw. die Gruppenaufnahme langfristig vor allem zu Lasten der Kantone bzw. der Kommunen geht. Dies vor dem Hintergrund, dass der Kanton Schaffhausen erneut für die Aufnahme einer Gruppe angefragt wurde. Andernfalls könnte irgendwann das Vertrauen zerbrechen und die Bereitschaft zur freiwilligen Zusammenarbeit ein Ende nehmen.

Hinsichtlich der Änderungen der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA) betreffend Aufbewahrung und Löschung medizinischer Daten zur Beurteilung der Transportfähigkeit erachten wir die sofortige Löschung nach erfolgtem Vollzug als zu früh. Dies namentlich dann, wenn der Vollzug zwar stattgefunden hat, es nachträglich jedoch beispielsweise zu einer Strafanzeige kommt. In solchen Fällen könnten die – bereits gelöschten – medizinischen Daten der Beurteilung der Transportfähigkeit verfahrenswesentlich für eine allfällige Strafuntersuchung sein. Dies gilt es zu vermeiden, auch wenn es sich nur um Einzelfälle handeln wird. Eine Löschung wäre daher frühestens auf das Ende einer Strafantragsfrist bei Antragsdelikten oder auf die Verjährung allfälliger möglicher Straftatbestände vorzusehen.

Für die Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse

Der Departementsvorsteher



Walter Vogelsanger, Regierungsrat

Kopie z.K.:

- Baudepartement
- Kantonales Migrationsamt
- Kantonales Sozialamt